

# Soziales im Blick

Landesbeilagen

---

SOVD



**Januar 2021**

Verbände kritisieren geplante Änderungen beim Grad der Behinderung

## Verschlechterung beim GdB?

**Die 6. Versorgungsmedizin-Verordnung scheint nach Jahren der Auseinandersetzungen zwischen Bundesarbeitsministerium (BMAS) und Behindertenverbänden in eine neue Phase zu gehen. Sozialverbände warnen vor Schlechterstellungen beim Grad der Behinderung (GdB).**

Für Menschen mit Behinderungen ist die Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedVO) von größter Bedeutung. Sie ist die Grundlage zur Bemessung eines Grades der Behinderung (GdB) im Einzelfall. Daran werden verschiedene wesentliche Leistungen und Hilfen für Menschen mit Behinderungen ausgerichtet: insbesondere Nachteilsausgleiche wie zum Beispiel Steuervergünstigungen, etwa die kürzlich beschlossene Verdoppelung der Behindertenpauschbeträge, gesonderte Parkplätze sowie Zusatzurlaub und Kündigungsschutz am Arbeitsplatz.

Bei 7,5 Millionen Menschen mit Schwerbehinderungen (GdB von 50 Prozent) in Deutschland werden Änderungen an der Versorgungsmedizin-Verordnung für einen sehr großen Betroffenenkreis Folgen haben.

Aus seiner Beratungspraxis weiß der SoVD um die große Bedeutung der Festsetzung eines GdB für die betroffenen Menschen. Hauptstreitpunkte sind die GdB-Festlegungen gemessen an dem Behandlungsergebnis einschließlich Hilfsmitteln und allgemeiner Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens.

Sozialverbände haben vorgeschlagen die Durchschnitte,



Foto: Andi Weiland / Pfotenpiloten e. V., Gesellschaftsbilder.de

**Wie geht es weiter beim Grad der Behinderung? Sozialverbände wie der SoVD setzen sich für die Rechte Betroffener ein.**

beziehungsweise Standards für die Bemessung des Behandlungsergebnisses und/oder die Versorgung mit Hilfsmitteln vorzusehen. Stattdessen hat das BMAS eine detaillierte Sammlung von einzelnen Behinderungsarten mit Auswirkungen auf die GdBs vorgenommen.

Allerdings fehlt eine schlüssige Begründung, nach welchen Kriterien die an einzelnen Behinderungsarten ausgerichteten GdBs bemessen wurden. Es bleibt die Darlegungs- und Beweislastverschiebung zulasten der Betroffenen. Danach wären die GdBs nur dann zu erhöhen, wenn ein bestimmtes Behandlungsergebnis nicht erreicht

wird und eine höhere Teilhabebeeinträchtigung vorliegt.

Die Darlegungslast hierzu würde die Menschen mit Behinderungen treffen; sie müssten Befunde beibringen. Es wäre zu befürchten, dass sozial benachteiligte Menschen, die ihre Interessen weniger engagiert einfordern, bei der GdB-Festsetzung benachteiligt werden.

Der SoVD wird sich weiterhin für eine praktikable Reform der Versorgungsmedizin-Verordnung einsetzen, die Verschlechterungen bei den GdBs verhindert und an der gesellschaftlichen Teilhabe der Menschen mit Behinderungen ausgerichtet ist.



## Aus dem Landesvorstand

Liebe Mitglieder, liebe Freund\*innen des SoVD und liebe Leser\*innen,

vielen Dank, dass Sie uns auch in der schwierigen Corona-Zeit die Treue gehalten haben. Damit Sie am Anfang des neuen Jahres „Ihre“ Landesbeilage Berlin-Brandenburg der SoVD-Zeitung pünktlich in den Händen halten können, haben wir bereits Mitte November die wichtigsten Informationen und Neuigkeiten aus der Sozialpolitik für Sie zusammengestellt.

Es ist nicht immer einfach, in die „Zukunft“ zu schauen. So werden Sie diesmal unsere Berichte mit den schönen Fotos der festlichen Jahresabschlussfeiern und Ehrungsveranstaltungen sicherlich vermissen, gerade zu diesem Zeitpunkt erfolgte unerwartet der erneute Lockdown und die Veranstaltungen mussten abgesagt werden.

Wir als Sozialverband wollen uns aber trotz der Corona-Pandemie weiterhin um wichtige sozialpolitische Themen kümmern. Die Armut in Europa steigt trotz Arbeit und wird sich pandemiebedingt weiter verschärfen. Daher haben wir einen dringenden Appell an den Senat sowie Berliner Abgeordnete in EU-Parlament und Bundestag gerichtet, die EU-Kommission bei ihrem Vorschlag für eine EU-Richtlinie zum Mindestlohn zu unterstützen und den bisherigen Entwurf nachzubessern.

Als Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes habe ich auch die Forderung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes „Hauptstadtumlage für Alle“ bekräftigt. Das Land Berlin gewährt den Tarifbeschäftigten und auszubildenden Personen der unmittelbaren Landesverwaltung seit dem 1. November eine außertarifliche Hauptstadtzulage. Allerdings sind Mitarbeiter\*innen in den freien gemeinnützigen Trägern, die ebenso wertvolle Arbeit leisten, hierbei leider nicht berücksichtigt. Es darf keine zwei Klassen von Beschäftigten geben, die sich gleichermaßen für das Gemeinwesen und die Bürger\*innen einsetzen.

So haben wir als SoVD auch erreicht, dass der Pauschbetrag für Menschen mit Behinderung nach 45 Jahren endlich angepasst wird. Die Pauschbeträge dienen der Abgeltung laufender, typischer und unmittelbar mit der Behinderung zusammenhängender Mehraufwendungen und stellen einen wichtigen Nachteilsausgleich dar. Leider ist es uns nicht gelungen, die jährliche Dynamisierung der Pauschbeträge durchzusetzen. Wir werden „am Ball“ bleiben. Es dürfen nicht noch einmal 45 Jahre verstreichen, bevor die nächste Erhöhung der Pauschbeträge erfolgt.

Auch das barrierefreie Bauen und Wohnen zu bezahlbaren Kosten ist für uns als SoVD eine zentrale soziale Frage. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass die besonderen Anforderungen der älteren, behinderten und pflegebedürftigen Menschen berücksichtigt werden.

Ich wünsche Ihnen einen gesunden Start in das neue Jahr und passen Sie gut auf sich auf!

Eure Ursula Engelen-Kefer



## Aus der Rechtsberatung

### Zuschuss zum Treppenlift

**Das SoVD-Mitglied hat den Pflegegrad 2 und wohnt in einem Zweifamilienhaus parterre. Da ihm das Gehen nur mit Hilfe einer Pflegeperson möglich ist, stellte es einen Antrag auf Zuschuss für den Einbau eines Treppenlifts. Nachdem die Pflegekasse zunächst ablehnte, war ein Widerspruch erfolgreich.**

Pflegekassen können finanzielle Zuschüsse bis zu 4.000 Euro für Maßnahmen zur Verbesserung des individuellen Wohnumfeldes von Pflegebedürftigen gewähren, wenn dadurch die häusliche Pflege ermöglicht oder erleichtert wird oder eine möglichst selbstständige Lebensführung wiederhergestellt wird.

Im Falle des Mitglieds wurde der Antrag mit der Begründung

abgelehnt, dass ein Treppenlift aus medizinisch-pflegerischer Sicht nicht zweckmäßig sei. Außerdem würde das Mitglied parterre wohnen und demnach keine Treppen überwinden müssen. Einen vorher angekündigten Hausbesuch führte die Pflegekasse nicht durch.

Die mit dem Antrag eingereichten Bilder zu den Wohnverhältnissen schienen die Pflegekasse ebenfalls nicht

ausgewertet zu haben. Sonst wäre aufgefallen, dass der bewohnte Parterrebereich eben nicht ebenerdig ist und das Mitglied auch nicht über den Balkoneingang in den Wohnbereich gelangen kann, ohne Stufen überwinden zu müssen.

Mit einem Widerspruch erreichte der SoVD, dass der Zuschuss für den Einbau eines Treppenlifts schließlich bewilligt wurde.

### Öffnungszeiten der SoVD-Geschäftsstelle

Liebe Mitglieder, unsere Landesgeschäftsstelle und die Sozialrechtsberatung in der Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin, sind bis zum 3. Januar 2021 geschlossen. Ab Montag, 4. Januar 2021, stehen die Mitarbeiter\*innen unseren Mitgliedern wieder zur Verfügung.

#### Sprechzeiten der Sozialrechtsberatung

Montag und Donnerstag: 9–12 Uhr und 13–17 Uhr  
Rentenberatung: Dienstag: 9–12 Uhr und 13–15 Uhr.  
Mittwoch und Freitag geschlossen.

Tel: 030/26 39 38-0.

## Wir kümmern uns

# Spendenaufruf - Corona belastet Frauenhäuser

**Der SoVD setzt sich für das Recht auf Schutz und Unterstützung für von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder ein. Erst im Sommer forderte die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer, den Senat von Berlin auf, den Frauenhäusern endlich ausreichende Budgetmittel zur Verfügung zu stellen sowie die Personalnot zu beheben. Dies reicht jedoch bei Weitem nicht aus.**

Frauenhäuser waren und sind immer auf Spenden angewiesen, um die Schutz suchenden Frauen und Kinder auch finanziell und materiell unterstützen zu können. Denn: Viele Frauen und Kinder kommen mit Nichts im Frauenhaus an, weil sie meist schnell entscheiden müssen - „Bleiben oder Gehen“, um ihr Leben und das ihrer Kinder zu retten. Viele Frauen erleben dann einen sozialen Abstieg und fallen in Armut – beides Folgen von Gewalt - und geraten so in finanzielle und oft existenzielle Not. Durch die Trennung aus der Gewaltbeziehung verlieren viele nicht nur ihre Wohnung, sondern auch ihren Job. Viele Frauen müssen zu allem Übel sehr lange Schulden für ihren (Ex-)Partner oder Ehemann abzahlen, weil dieser Verträge auf ihren Namen abgeschlossen hat. Die Frauen und Kinder brauchen also nicht nur Schutz, sondern oft auch umfassenden finanziellen Beistand! Deshalb möchte der Landesverband auch hier unterstützen.

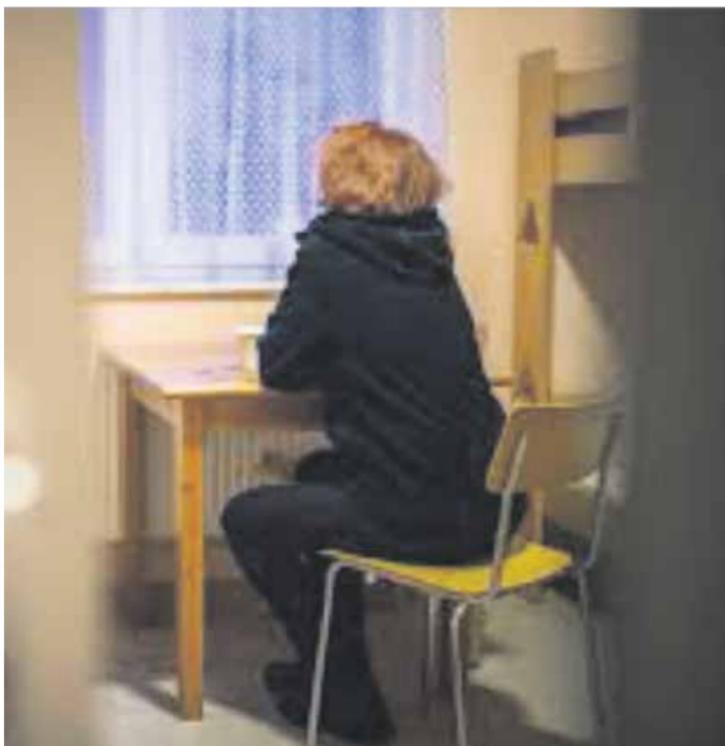
### Spenden helfen Frauen in Not

Auf Vermittlung unserer Koordinatorin des ehrenamtlichen Besuchsdienstes, Heike Ritterbusch, haben wir Kontakt zum Berliner Frauenhaus Cocon aufgenommen. Dort gibt es ein dauerhaftes Spendenprojekt für Frauen in Not. Die gesammelten Spenden werden unter anderem gebraucht, um die notwendige rechtsanwaltliche Vertretung in scheidungs-, familien- oder ausländerrechtlichen Angelegenheiten finanzieren zu können. Dazu gehört zum Beispiel das Beschaffen von Ausweispapieren, die den Frauen vom Gewalttäter oft weggenommen werden. Aber auch die Absicherung des rechtlichen Bleibestatus von Migrantinnen, der gefährdet ist, wenn die Frauen sich trennen, bevor die erforderliche Ehebestandszeit von drei Jahren erreicht ist, um Anspruch auf ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu bekommen.

### SoVD Berlin-Brandenburg unterstützt Frauenhaus Cocon

Der Landesverband Berlin-Brandenburg möchte das Frauenhaus Cocon finanziell unterstützen.

Spenden können Sie direkt über die Internetseite [www.frauenhaus-cocon-berlin.de/spenden/hilfe-in-not/](http://www.frauenhaus-cocon-berlin.de/spenden/hilfe-in-not/). Dort finden Sie einen sicheren Spendenbutton, der direkt mit dem Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft verlinkt ist.



**Frauenhäuser können in Notsituationen eine sichere Zuflucht sein. Die Corona-Pandemie erschwert den Einrichtungen ihre Arbeit.**

Auch Lohnuntergrenze in Deutschland muss dringend angehoben werden

# EU-Mindestlöhne nachbessern

**„Um Armut in Europa erfolgreich zu bekämpfen, brauchen wir einen Mindestlohn von 60 Prozent des mittleren Einkommens in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten“, betont Ursula Engelen-Kefer. Der Vorschlag der EU-Kommission reiche nicht aus, um Armut zu verhindern.**

In Deutschland steigt der gesetzliche Mindestlohn bis Mitte 2022 in Trippelschritten auf lediglich 10,45 Euro pro Stunde. „Um Armut im Alter abzuwenden, ist in Deutschland ein Mindestlohn in Höhe von aktuell 13 Euro notwendig“, fordert Engelen-Kefer. „Klar ist für uns auch: Er muss jährlich angepasst werden.“

Einen dringenden Appell richtet die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer an Senat und Berliner Abgeordnete in EU-Parlament und Bundestag, die EU-Kommission bei ihrem Vorschlag für eine EU-Richtlinie zum Mindestlohn zu unterstützen und diesen Entwurf nachzubessern.

Die Berliner Politik ist hierbei besonders gefordert: In Berlin gilt seit Anfang 2020 für die öffentliche Verwaltung, öffentliche und öffentlich geförderte Unternehmen sowie sonstige Institutionen bereits ein Mindestlohn von 12,50 Euro. Für die Verhinderung von Lohndumping zwischen den Bundesländern sowie gerechter Teilhabe aller an öffentlicher Förderung ist eine einheitliche Höhe des Mindestlohnes ausschlaggebend. Die



**„Trotz Arbeit steigt die Armut in Europa aktuell“, kritisiert Ursula Engelen-Kefer.**

SoVD-Landesvorsitzende sieht darin einen wichtigen Schritt. Damit kommt endlich wieder Bewegung in soziale Mindeststandards zur Verbesserung der Löhne und Bekämpfung von Armut. Dies ist ein wichtiges Signal zur Halbzeit der deutschen Ratspräsidentschaft in der EU.

Allerdings muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass der Mindestlohn in Höhe der EU-Armutsgrenze von 60 Prozent des Mittleren Einkommens festgelegt wird. Dies ist

in dem vorliegenden Richtlinienentwurf entgegen den ursprünglichen Vorschlägen der EU-Kommission nicht enthalten. Die EU-Richtlinie muss klare Vorgaben für die Höhe des Mindestlohnes von 60 Prozent des Mittleren Einkommens machen. EU Richtlinien müssen nach zwei Jahren in nationale Gesetzgebung umgesetzt werden, um auch in Deutschland und Berlin zum Abbau der anhaltend verbreiteten Niedriglöhne und Armut zu leisten.

Veränderungen der Gedächtnisleistung im Alter – Selbsttest auf SoVD-Website

# Vergesslichkeit früh behandeln

**Es ist der natürliche Lauf der Dinge, dass die Leistungsfähigkeit des Gehirns mit zunehmendem Alter abnimmt. Meist lässt das Kurzzeitgedächtnis nach. Einige Tipps und Verhaltensweisen helfen, die geistige Fitness zu erhalten.**

Viele Menschen sind verunsichert, wenn sie Dinge vergessen: Wo habe ich meinen Schlüssel hingelegt? Wo steht mein Auto? Habe ich das Licht ausgeschaltet? Das Gehirn nimmt jeden Tag Informationen auf, speichert sie, ruft sie wieder ab und drängt unwichtige Informationen zurück. Daher ist Vergesslichkeit nicht gleichzusetzen mit „Demenz“ oder „Alzheimer“.

Demenz ist keine Krankheit, sondern beschreibt das gemeinsame Auftreten verschiedener Symptome, die geistige Leistungseinbußen umfassen. Das Risiko solcher Einbußen kann man mit vorsorgenden Maßnahmen und Verhaltensweisen mindern: gesunde Ernährung, Abbau überflüssiger Pfunde, nicht rauchen, körperliche Aktivität, Vorsorgeuntersuchungen wahrnehmen sowie regelmäßige geistige Anstrengungen und vieles mehr. Je früher man damit



**Geistige Beschäftigungen wie das Lösen von Kreuzworträtseln helfen, die Gedächtnisleistung zu erhalten.**

beginnt, desto besser! Denn wie ein Muskel lässt sich auch das Gehirn bis zu einem gewissen Grad trainieren. Macht sich eine Gedächtnisstörung regelmäßig und auf Dauer bemerkbar, kann dies verschiedene Ursachen haben. Um Erkrankungen auszuschließen, sollte in jedem Fall ein Arzt aufgesucht werden.

Zur Einschätzung der geisti-

gen Leistungsfähigkeit kann ein Selbsttest eine erste Hilfe sein. Der Test ersetzt jedoch keine Diagnose des Arztes. Auch ein Gespräch in einer Beratungsstelle für Demenz oder einem Pflegestützpunkt ist zu empfehlen.

Der SoVD Berlin-Brandenburg bietet im Internet einen Selbsttest an: [www.sovd-bbg.de/aktuelles](http://www.sovd-bbg.de/aktuelles).



# Aus den Kreis- und Ortsverbänden

## Kreisverband Neukölln

Die Kreisvorsitzende Edith Massow wünscht allen Mitgliedern ein frohes und gesundes neues Jahr. Leider steht noch nicht fest, wann es wieder Treffen gibt. Wenn die Kirchengemeinde zustimmt, findet die erste Versammlung am 18. Januar statt. Bitte informieren Sie sich im Internet, unter Tel.: 030/603 28 10 oder per E-Mail: edith-massow@t-online.de.

## Kontaktstelle Brandenburg an der Havel

In der SoVD-Geschäftsstelle fand trotz Corona-Lage im Oktober ein kleiner Trödelmarkt statt. Die Besucher\*innen hielten die Corona-Vorschriften ein, nutzten die Gelegenheit für Einkäufe und informierten sich über den SoVD Berlin-Brandenburg. Einige ließen sich auch sozialrechtlich beraten.



Trödelmarkt

## Kreisverband Reinickendorf

Der Kreisverband gedachte am Volkstrauertag all der Menschen, unabhängig von Nationalität und Glauben, die durch Gewaltherrschaft, Krieg und Verfolgung ihr Leben verloren haben.

Auf dem städtischen Friedhof Reinickendorf liegen Tote aus beiden Weltkriegen und Maueropfer. Mitglieder des Kreisverbandes gedachten der Menschen, die Widerstand leisteten, ihr Leben für ein anderes Leben einsetzten oder ihr Leben als Maueropfer verloren. Wir hoffen auf eine künftige friedvolle Zeit, für ein Miteinander, für Wert-

schätzung jeglichen Lebens, für Toleranz und Akzeptanz.



Auf dem Foto: Die erste Vorsitzende Angelika Golombek (Mi.), die zweite Vorsitzende Gabriele Degner (re.) und Mitglied Ferdinand Degner.

## Kreisverband Steglitz

Am Volkstrauertag legte eine Abordnung des Kreis- und Ortsverbandes Steglitz zum Gedenken der in den Kriegen umgekommenen Bürger des Bezirks und der gefallenen Soldaten Kränze an den Ehrendenkmalern nieder. Bei sonnigem Wetter fand die Gedenkstunde unter Corona-Bedingungen statt. Oberfeldwebel d. R. Haase, Cerstin Richter-Kotowski, Bezirksbürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf, und Hans-Joachim Fentz vom Kirchenkreis Steglitz hielten eine Gedenkrede.

Auch Vertreter des Bezirksamtes Steglitz, der BVV Steglitz-Zehlendorf, der Kirche sowie des Militärs nahmen an der Gedenkfeier teil. Außerdem spielte die Bläsergruppe „Maria Dolorosa“. Die Corona-Situation verhinderte leider das Mitsingen.

## Kreisverband Tiergarten-Wedding

### Sozialrechtsberatung

Das Sozialrecht ist ein komplexes Rechtsgebiet. In der Geschäftsstelle des SoVD-Kreisverbandes stehen der Kreisvorsitzende Joachim Krüger und

sein Team den Mitgliedern für eine ausführliche Beratung zur Verfügung. Auch während der Corona-Zeit können sich Mitglieder nach telefonischer Terminvereinbarung in der Geschäftsstelle beraten lassen – natürlich unter der Beachtung der Hygiene-Regeln. Ansprechpartner: Joachim Krüger, Tel.: 030/39 59 549, E-Mail: j.h.krueger@gmx.net.

## Soziales Engagement

Auf der Mitgliederversammlung des Sozialwerks Berlin wurde Joachim Krüger, stellvertretender SoVD-Landesvorsitzender, für weitere vier Jahre in den Vorstand gewählt.

Bereits einige Wochen zuvor war Joachim Krüger mit der silbernen Verdienstmedaille des Berliner Union-Hilfswerks ausgezeichnet worden. Seit Jahren organisiert er im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf regelmäßige Kontakttreffen der dortigen sozialen Verbände und Einrichtungen.

## Ehrung langjähriger Mitglieder

In Corona-Zeiten muss die Ehrung langjähriger Mitglieder auf andere Weise erfolgen: Statt die einzelnen Urkunden zu überreichen, kamen sie diesmal



Horst Zernicke

per Post. Mehr als 60 Urkunden gingen an die Jubilare.

Eine Ausnahme war dabei die Ehrung eines langjährigen Kreisvorstandsmitgliedes, die im kleinsten Kreise erfolgte: Horst Zernicke konnte nicht nur seinen 87. Geburtstag feiern, sondern nahm auch die Ehrenurkunde für 35-jährige SoVD-Mitgliedschaft entgegen. Er zählt trotz seines hohen Alters zu den auch sozialpolitisch besonders aktiven Diskutanten und ist auch seit Jahren Delegierter seines Kreisverbandes für die Landesverbandstagung des SoVD. Der Kreisverband wünscht ihm weiterhin bestmögliche Gesundheit und rechnet mit seinem tollen Engagement!

## Geburtstagsgrüße für Edith Krüger

Edith Krüger, seit Jahren Vorstandsmitglied und guter Geist



Der neue Vorstand des Sozialwerks Berlin. In der Mitte: Margit Hankewitz, links neben ihr: Joachim Krüger.

so mancher Veranstaltung in der Geschäftsstelle, kann in diesen Tagen auf 88 Lebensjahre zurückblicken. Der Vorsit-

zende gratulierte ihr und hofft, dass sie noch lange Freude an der ehrenamtlichen Arbeit im SoVD hat.



Edith Krüger

## Kreisverband Zehlendorf

Der Kreisvorsitzende Hans Drenckmann wünscht allen Mitgliedern und Freunden des SoVD ein besinnliches und glückliches neues Jahr, verbunden mit der Hoffnung auf eine gesunde Zeit.

Die Treffen des Ortsverbandes Zehlendorf sind für jeden dritten Freitag im Monat im Café Lebensart, Clayallee, 14169 Berlin, geplant.



# Glückwünsche



Foto: Dora Zett/Adobe Stock

*Schau immer Richtung Sonne, und du wirst niemals Schatten sehen.*

**Cicero**

Wir freuen uns, dass Sie zu uns gehören und gratulieren recht herzlich zu Ihrem Ehrentag. Mögen Frohsinn, Heiterkeit und eine gute Gesundheit Sie stets begleiten!

## Besondere Glückwünsche gehen an:

- 91 Jahre:** 3.1.: Ingeborg Kortmann, Berlin.
- 92 Jahre:** 8.1.: Erika Paulig, Berlin; 17.1.: Erika Schubert, Berlin.
- 93 Jahre:** 27.1.: Ursula Hammel, Berlin.
- 94 Jahre:** 18.1.: Sasso Hinz, Berlin.
- 95 Jahre:** 20.1.: Edwin Günthermann, Berlin; 24.1.: Walter Eicher, Berlin; 31.1.: Gertrud Knöfel, Berlin.
- 96 Jahre:** 24.1.: Margot Schwarz, Berlin.
- 98 Jahre:** 18.1.: Dora Seifert, Berlin.
- 99 Jahre:** 18.1.: Henning Koschitzki, Stadtsteinaich.
- 102 Jahre:** 6.1.: Hildegard Harter, Berlin.

## Unseren Jubilarinnen und Jubilaren herzliche Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband!

- Für 35 Jahre:** 1.1.: Gerd Görtemaker, Berlin; 13.1.: Karin Block, Berlin.
- Für 40 Jahre:** 20.1.: Elfriede Gotisch, Berlin; 24.1.: Renate Fechner, Berlin; 29.1.: Ursula Gennrich, Berlin.
- Für 40 Jahre:** 3.1.: Brigitta Eitert, Berlin; 26.1.: Charlotte Borowicz, Henningsdorf.

(Stand: 18.11.2020)



Kreisverband Steglitz



## Termine der Kreis- und Ortsverbände

### Alle Termine unter Vorbehalt

Liebe Mitglieder und Gäste, die Veranstaltungstermine veröffentlichen wir unter Vorbehalt, da nicht gesichert ist, dass diese wegen der Corona-Maßnahmen stattfinden können. Die Ansprechpartner\*innen Ihres Kreisverbandes sind aber weiterhin für Sie da, per E-Mail und Telefon.

**Wichtiger Hinweis:** Alle Veranstaltungen finden unter Einhaltung der Corona-Regelungen wie Abstands- und Hygienebestimmungen statt.

#### SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 38 0.

Sprechzeiten der Sozialrechtsberatung: Antragstellung Rente & Schwerbehinderung: Tel.: 030/26 39 38 0. Montag und Donnerstag: 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, Dienstag: 9–12 Uhr und 13–15 Uhr. Mittwoch und Freitag geschlossen.

Sozialrechtsberatung: Dana Raabe, Tel.: 030/26 39 38 0.

Allgemeine Verwaltung: Jenny Fruth, Tel.: 030/26 39 38 26.

Mitgliederverwaltung und Buchführung: Bernhard Kippert, Tel.: 030/26 39 38 14.

Presse/Verbandszeitung: Ute Loßin, Tel.: 030/26 39 38 0.

Ehrenamtlicher Besuchsdienst: Heike Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21.

#### Kreisverband Bezirksverband Brandenburg Süd-West Kontaktstelle Brandenburg an der Havel

Versammlungsort: Die Altstädtere.V., Bäckerstr.14, 14770 Brandenburg an der Havel, Anschrift Kontaktstelle: Ritterstr.91, 14770 Brandenburg a.d.H., Info: Dagmar Herz, Tel.: 03381/55 15 131 oder 0152/58 57 78 46 (mobil), E-Mail: dagmarherz@gmail.de, Sprechstunde: Dienstag, 10–13 Uhr.

#### Kontaktstelle Cottbus (Niederlausitz)

Info für Mitglieder: Landesverband Berlin-Brandenburg, Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 0, E-Mail: joachim.melchert@sovd-bbg.de.

#### Kontaktstelle Jüterbog (Teltow/Fläming)

Info: Marlies Zappe, Tel.: 03372/43 33 97, Neuheim 6, 14913 Jüterbog.

#### Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Info: 1. Bezirksvorsitzender

Thorsten Waue, Am Fuchsberg 20, 16567 Mühlenbeck, Tel.: 033056/75 068, mobil: 0163/87 00 665, E-Mail: sovd.waue@web.de.

#### Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: 1. Vorsitzender Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: info@fachanwalt-drbock.de.

#### Kreisverband Berlin-Ost Servicesprechstunde und Sorgentelefon

Montag, 13–17 Uhr, andere Tage nach Vereinbarung. Info: Holger Kahl, Tel.: 030/72 62 22 385, mobil: 0173/56 47 236, Fax: 030/67 89 53 74, E-Mail: sovd.kv-ost@sovd-bbg.de.

#### Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Die Mitgliederversammlungen finden alle zwei Monate dienstags statt. Nächste Versammlung: 23. Februar. Info: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 0170/33 51 445, E-Mail: ursula@engelen-kefer.de.

#### Ortsverband Berlin-Mitte

Aufgrund der Corona-Situation war eine Planung bzgl. Versammlung für Januar nicht möglich. Info: Dominique-Mpaka Botembe, Tel.: 0152/14 56 21 17 (mobil), E-Mail: Dominique.botembe@hotmail.de. Hinweis: Bei Umzug oder familiären Veränderungen unbedingt die neue Adresse an den SoVD melden.

#### Ortsverband Treptow-Köpenick

19. Januar, 14 Uhr: Mitgliederversammlung. Ort: Rathaus Johannisthal, Sterndamm 102, 12487 Berlin. Info: Michael Nakoinz, Tel.: 030/65 41 590, E-Mail: m.nakoinz@gmail.com.

#### Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Aufgrund der Infektionsschutzverordnung des Berliner Senats konnte für die Zeitungsausgabe Januar 2021 keine Monats-/Jahresplanung der Ortsverbände Charlottenburg

und Wilmersdorf vorgenommen werden. Die Ortsvorsitzenden stehen als Ansprechpartner jederzeit zur Verfügung.

#### Ortsverband Charlottenburg

Info: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/38 27 645 oder 0172/82 46 105 (mobil), E-Mail: vonroenne.juergen@hotmail.com oder sovd-ov-charlottenburg@gmx.de.

#### Ortsverband Wilmersdorf

Info: Bodo Feilke, Tel.: 030/81 78 682 oder E-Mail: b.feilke@gmx.de. Bitte beachten Sie die aktuellen Informationen in der SoVD-Mitgliederzeitung sowie die Internetseite www.sovd-bbg.de.

#### Kreisverband Neukölln

#### Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

Keine Veranstaltung im Januar. Info: Edith Massow, Tel.: 030/60 32 810, E-Mail: edith-massow@t-online.de. Anmeldung für die Rentenberatung unter Tel.: 0175/10 57 894 (mobil).

#### Kreisverband Reinickendorf

**Hinweis:** Bis eine geeignete Geschäftsstelle gefunden ist, finden alle Aktivitäten in den Räumlichkeiten des Landesverbandes (s. o.) statt.

23. Januar, 10 Uhr: Sozialpolitische Mitgliederversammlung mit Neujahrsempfang / Büfett im Anschluss. Der Ort ist bei der Anmeldung zu dieser Veranstaltung zu erfragen. Anmeldefrist bis zum 8. Januar 2021. Gäste sind herzlich willkommen

Info: 1. Kreisvorsitzende Angelika Golombek, Tel.: 030/54 49 77 71, E-Mail: angelika.golombek@yahoo.de. Vertreterin: Gabriele Degner, Tel.: 030/30 81 09 83, E-Mail: gabi.13403@gmail.com.

#### Kreisverband Spandau Ortsverband Spandau-Mitte mit Haselhorst/Siemensstadt

23. Januar, 18.30 Uhr: Mitgliederversammlung. Ort: Begegnungsstätte Lindenufer, Mauerstr.10 a, 13597 Berlin. Info: Elke Beuke, Tel.: 030/36 34 334, E-Mail: h-beuke@t-online.de.

#### Ortsverband Spandau Nord/Süd

Info: Armin Dötsch, Tel.: 03342/30 75 46 oder 030/72 62 02 070, E-Mail: sovd.kv-spandau@t-online.de.

#### Kreisverband Steglitz

#### Ortsverband Steglitz-Lankwitz-Lichterfelde

13. Januar, 15–17 Uhr: Mitgliederversammlung in zwei

Gruppen. Thema: „Wie geht es weiter in der Pandemiezeit?“. Bericht über den außerordentlichen Landesverbandstag, zum ersten Mal mit schriftlichen Beschlussverfahren.

Sozialberatung nur nach vorheriger Anmeldung. Info: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/76 40 32 10, E-Mail: wolfgang.engelmann@kabelmail.de, oder Dieter Effner, Tel.: 030/72 14 298, E-Mail: dundbeffner@t-online.de.

#### Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

#### Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

Nächste Mitgliederversammlung ist für den 20. März geplant. Info: Sabine Schwarz, Tel.: 0152/09 03 57 88 (mobil), erreichbar zur Sprechstunde und Dienstag, 13–17 Uhr.

#### Kreisverband Tiergarten-Wedding

8. Januar: Neujahrsempfang in mehreren Etappen: (11 Uhr und 14 Uhr – Ende 17 Uhr) in der Kreisgeschäftsstelle in der Waldstraße 48. Einzelheiten bitte bei Rita Krüger-Bieberstein unter Tel.: 030/41 44 662 erfragen.

Wegen der coronabedingten Beschränkungen ist eine Anmeldung zwingend erforderlich.

#### Kreisverband Zehlendorf Ortsverband Zehlendorf

15. Januar, 14–16 Uhr: Mitgliederversammlung mit Gedankenaustausch über die Sozialpolitik des SoVD. Ort: Café Lebensart, Clayallee 346, 14169 Berlin. Ansprechpartner: Hans Drenckmann, Tel.: 030/79 22 648.



## Ehrenamtliche Richter

Mit Wirkung vom 1. April 2020 wird Bernhard Breuer für die Dauer von 5 Jahren zum ehrenamtlichen Richter an das Sozialgericht Berlin berufen.

Mit Wirkung vom 1. April 2020 wird Ralf Dylla für die Dauer von 5 Jahren zum ehrenamtlichen Richter an das Sozialgericht Berlin berufen.

Mit Wirkung vom 1. April 2020 wird Marina Henke für die Dauer von 5 Jahren zur ehrenamtlichen Richterin an das Sozialgericht Berlin berufen.

Mit Wirkung vom 1. April 2020 wird Stefan Koch für die Dauer von 5 Jahren zum ehrenamtlichen Richter an das Sozialgericht Berlin berufen.

Mit Wirkung vom 1. April 2020 wird Regina Kühne für die Dauer von 5 Jahren zur ehrenamtlichen Richterin an das Sozialgericht Berlin berufen.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 2020 wird Andre Otto für die Dauer von 5 Jahren zum ehrenamtlichen Richter an das Sozialgericht Berlin berufen.

Mit Wirkung vom 1. März 2020 wird Kerstin Böhm für die Dauer von 5 Jahren zur ehrenamtlichen Richterin an das Sozialgericht Potsdam berufen.

Mit Wirkung vom 1. März 2020 wird Edwin Jäger für die Dauer von 5 Jahren zum ehrenamtlichen Richter an das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg berufen.

Mit Wirkung vom 1. März 2020 wird Angelika Kropp für die Dauer von 5 Jahren zur ehrenamtlichen Richterin an das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg berufen.

Mit Wirkung vom 1. März 2020 wird Michael Loff für die Dauer von 5 Jahren zum ehrenamtlichen Richter an das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg berufen.

Mit Wirkung vom 1. März 2020 wird Ortwin Passon für die Dauer von 5 Jahren zum ehrenamtlichen Richter an das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg berufen.

Mit Wirkung vom 1. April 2020 wird Bodo Feilke für die Dauer von 5 Jahren zum ehrenamtlichen Richter an das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg berufen.



Besuchen Sie uns auch im Internet

[www.sovd-bbg.de](http://www.sovd-bbg.de)

AWO-Mehrgenerationenhaus erhält Spende vom Ortsverband Lautertal

## Gegenseitige Unterstützung

Mit einer Spende von zwei Mitgliedern des SoVD Lautertal in Höhe von insgesamt 1.000 Euro wird das AWO-Mehrgenerationenhaus bei der Anschaffung eines neuen Kaffeevollautomaten unterstützt. Ortsverbandsvorsitzende Barbara Hölzel überreichte den Scheck persönlich.

Übergeben wurde die Spende durch die Ortsvorsitzende des SoVD Lautertal, Barbara Hölzel: „Der SoVD und die AWO sind seit vielen Jahrzehnten Kooperationspartner – sei es auf Bundesebene, auf Landesebene oder auch auf Ortsverbandsebene.“

Sonja Borzel, im Vorstand des AWO-Bezirksverbands Ober- und Mittelfranken, freute sich: „Bereits seit 2018 bietet der SoVD monatlich eine kostenfreie Erstberatung in den Räumen unseres Mehrgenerationenhauses an. Diese gute Kooperation ergänzt und bereichert das breit gefächerte Angebot der Einrichtung.“

Der Landesvorsitzende der AWO, Prof. Dr. Thomas Beyer, schätzt die Unterstützung des Sozialverbandes sehr. „Als Landesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt freue ich mich sehr, dass die gute Zusammenarbeit von SoVD und AWO und die tolle Arbeit des Mehrgenerationenhauses in Coburg mit dieser großzügigen Spende eine große Unterstützung erfahren.“

Das AWO-Mehrgenerationenhaus ist ein Ort der Begegnung zwischen Menschen jeden Alters und jeder Herkunft. „Der offene Treff, das Café, ist das Herzstück der Begegnungsstät-



Von links: Liane Blietsch, Sonja Borzel und Prof. Dr. Thomas Beyer von der AWO mit Barbara Hölzel vom SoVD Lautertal.

te. In ungezwungener Atmosphäre wird geplauscht, Karten gespielt oder gestrickt. Das ehrenamtliche Team sorgt für das leibliche Wohl. 2019 besuchten 7.422 Gäste das Café“, so Liane Blietsch, Leiterin des AWO-Mehrgenerationenhauses.

Soziale und aktive Teilhabe wird besonders Älteren in unkomplizierter Art und Weise ermöglicht. Der Zugang zu weiteren Angeboten und Veranstaltungen aber auch zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten kann so geebnet werden.

Coronabedingt sind momen-

tan viele Angebote, Veranstaltungen und Begegnungen nicht mehr oder nur eingeschränkt im Mehrgenerationenhaus möglich.

Carsten Höllein, Geschäftsführer des AWO-Kreisverbandes Coburg betont, „dass Mehrgenerationenhäuser auch jetzt wichtige Orte des Miteinanders sind und in dieser schwierigen Zeit einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie schnell und unkompliziert die Besucher\*innen bei der Nutzung digitaler Medien unterstützen und hier kreativ neue Angebote initiieren.“

Steuertipps von der Vereinigten Lohnsteuerhilfe e. V.

## Die Bahncard absetzen

Wer sich als Arbeitnehmer\*in eine Bahncard kauft, um sie für berufliche Fahrten zu nutzen, kann die Kosten unter bestimmten Voraussetzungen von der Steuer absetzen. Die Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (LHV) erklärt die Bedingungen.

Sie haben die Bahncard selbst gekauft und nutzen Sie vorwiegend für Fahrten zur Arbeit oder für Dienstreisen? Dann können Sie die Kosten anteilig als Werbungskosten in Ihrer Einkommensteuererklärung angeben und steuerlich geltend machen. Einzige Voraussetzung: Die Kosten der Bahncard sollten durch die Ersparnis bei den einzelnen Fahrten kompensiert werden. Sprich: Der Kauf der Bahncard muss sich tatsächlich finanziell lohnen. Ist diese Voraussetzung erfüllt, dürfen Sie die Bahncard zusätzlich zu den regelmäßigen Fahrten zur Arbeit und Ihren Dienstreisen auch für private Fahrten nutzen.

Wird die Rabattkarte der Bahn für die dienstliche und die private Nutzung vom Arbeitgeber kostenlos zur Verfügung gestellt, wird es etwas komplizierter. Es stellt sich folgende Frage: Wann wird sie als geldwerter Vorteil bewertet, also als Arbeitslohn, und wann nicht? Für Sie als Steuerpflichtige\*n ist das ganz wichtig – denn gilt die Bahncard als Arbeitslohn, müssen Sie diese voll versteuern.

Die obersten Finanzbehörden des Bundes haben sich Ende 2019 darüber abgestimmt und unterscheiden zwischen zwei Fallgestaltungen:

1. Vollamortisation: Kann unabhängig von der privaten Nutzungsmöglichkeit ein überwiegend eigenbetriebliches Interesse des Arbeitgebers an der Überlassung der Bahncard angenommen werden, so stellt sie keinen Arbeitslohn dar. Das ist der Fall, wenn abzusehen ist, dass die wegen Auswärtstätigkeiten gesparten Kosten für Einzelfahrscheine die Kosten der Bahncard erreichen oder übersteigen. Dann muss der \*die Arbeitnehmende die vom Arbeitgeber überlassene Bahncard nicht versteuern. Das gilt auch, wenn die erwartete Vollamortisation aus unvorhersehbaren Gründen nicht eintritt, beispielsweise bei Krankheit. Eine nachträgliche Versteuerung der Bahncard ist dann nicht erforderlich

2. Teilamortisation: Erreicht die Ersparnis voraussichtlich nicht die Kosten der Bahncard, liegt sie nicht im überwiegend eigenbetrieblichen Interesse des Arbeitgebers. Dann ist sie ein geldwerter Vorteil und damit zunächst in voller Höhe steuerpflichtiger Arbeitslohn. Die Kosten, welche der\* die Arbeitnehmende bei dienstlichen Fahrten durch die Bahncard spart, mindern dann aber nachträglich den steuerpflichtigen Arbeitslohn. *Quelle: VLH*

Kostenlose Broschüre des Ernährungsministeriums mit Rezepten für Wintergerichte zum Download

## Mit bayerischem Superfood durch den Winter

Superfood aus dem Ausland ist nicht unbedingt nötig. Mit Wintergemüse aus Bayern muss man auch in der kalten Jahreszeit nicht auf frische und vitaminreiche Lebensmittel verzichten. Und es ist zudem klimafreundlicher als Importe aus dem Ausland. Ernährungsministerin Michaela Kaniber hat jetzt eine neue Broschüre mit Rezeptideen vorgestellt.

Bunt, frisch und vielfältig soll es auf dem Teller sein – wer diesen Rat beherzigt, der unterstützt seinen Körper und stärkt seine Abwehrkräfte. Die Zutaten wachsen in der Region, sozusagen vor der Haustür. Wintergemüse und Superfood aus Bayern spielen dabei die Hauptrolle. „In der Wintergemüse-Broschüre findet jeder frische Ideen und praktische Anregungen. Wer auf Saisonalität und Regionalität beim Einkauf und in der Küche achtet, tut sich und seiner Familie etwas Gutes – und stärkt

dabei die heimische Landwirtschaft. Man muss nicht auf weit gereiste Importware wie Quinoa oder Avocado setzen. Viele unserer heimischen Lebensmittel bieten ebenso wertvolle Inhaltsstoffe, sind oft frischer, preisgünstiger und belasten unser Klima weniger“, sagt Ministerin Michaela Kaniber.

Unter dem Motto „Fit durch den Winter“ machen 27 Rezeptideen Lust aufs Nachkochen. Winter-Antipasti oder Gemüsesawaffeln bringen gesunde Abwechslung in die Ernährung.

Schwarzwurzel, Steckrübe und Co. liefern viele Vitamine, Mineralstoffe, Spurenelemente sowie Ballaststoffe. Bayerisches Kimchi, also milchsauer eingelegtes Gemüse wie Chinakohl und Winterrettich, ist – ebenso wie Sauerkraut im Glas – lange haltbar. Haferflocken, Kürbiskerne und Nüsse sind echte Kraftpakete und ergänzen die schmackhaften Gemüse-Rezepte. Die Broschüre ist kostenlos erhältlich und kann unter [www.kern.bayern.de/wintergemuese](http://www.kern.bayern.de/wintergemuese) bestellt werden.



Foto: eqroy / Adobe Stock

Heimisches Wintergemüse ist gesund und durch die kurzen Transportwege klimafreundlicher als exotisches Superfood.

## Kassierer\*in dringend gesucht!

Die langjährige Kassiererin Renate Erdmann musste aus schwerwiegenden gesundheitlichen Gründen das Amt der Kassiererin in den Ortsverbänden Röthenbach/Lauf und Nürnberg/Fürth aufgeben. Da bedingt durch die Corona-Krise bis auf weiteres keine Versammlungen, Veranstaltungen, Neuwahlen stattfinden können, ist es erforderlich, dass schnellstens eine Interimslösung gefunden wird, entweder für beide Ortsverbände zusammen oder auch getrennt. Eine Einarbeitung wird selbstverständlich erfolgen!

Bei Interesse bitte Kontakt aufnehmen, per E-Mail: bs.reinhardt@t-online.de oder unter Tel.: 09153/97 06 048 (Anrufbeantworter).

### Weihnachtsteller statt Weihnachtsveranstaltung

## Gelungene Überraschung

**Der Ortsverband Lautertal überraschte seine treuen Mitglieder mit einer gelungenen Aktion: Selbst gebackene Kekse wurden auf einem Weihnachtsteller ins Haus geliefert und erfreute alle Beschenkten.**

Da 2020 die Weihnachtsveranstaltung nicht im üblichen Rahmen stattfinden konnte, hatte der Vorstand lange überlegt, wie man den Mitgliedern, die immer gerne an den Veranstaltungen teilnehmen, eine kleine Freude bereiten kann. Mit großer Mehrheit wurde eine „Weihnachtsteller-Verteilaktion“ beschlossen.

Fleißige „Weihnachtswichtel“ backten Plätzchen, andere „Wichtel“ übernahmen die Aufgabe, diese an die Mitglieder zu verteilen. Pünktlich zum 1. Advent konnten sich die Beschenkten über den „süßen Beitrag“ freuen. Diese Aktion kam bei allen Mitgliedern, die einen Teller erhalten haben, sehr gut an.

Der Vorstand hofft, dass es bald wieder möglich ist, sich auf Veranstaltungen wieder persönlich zu treffen.



## Glückwünsche



Foto: smileus/Adobe Stock

*Man weiß selten, was Glück ist,  
aber man weiß meistens, was Glück war.*

**Françoise Sagan**

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

**60 Jahre:** 6.1.: Claudia Leigart, Fürth; 13.1.: Karl-Helmut Deiters, Hollfeld.

**65 Jahre:** 12.1.: Karin Bruhn, Penzberg; 15.1.: Klaus Seifert, Lautertal; 19.1.: Rainer Kadner, Nürnberg.

**70 Jahre:** 20.1.: Jutta Niebler-Schütz, Hohenwarth; 29.1.: Gerhard Hertel, Gilching.

**75 Jahre:** 21.1.: Peter Guttenberger, Ansbach; 29.1.: Annemarie Weller, Ansbach.

**80 Jahre:** 20.1.: Heinz Lehn, Bad Tölz; 25.1.: Anna-Rosa Leistner, Neustadt; 27.1.: Inge Schiller, Bad Kissingen; 28.1.: Alois Gruber, Fraunberg.

**85 Jahre:** 30.1.: Reinhold Bomba, Obernburg.

**90 Jahre:** 6.1.: Richard Wahl, Coburg; 17.1.: Emil Schuhmann, Zapfendorf; 24.1.: Max Weber, München.

### Tipps des Deutschen Verkehrssicherheitsrat für Fußgänger

## Sicher zu Fuß durch den Winter

**Je kürzer die Tage, desto höher das Unfallrisiko im Straßenverkehr. Das gilt zumindest für zu Fuß Gehende. Von November bis Januar verunglücken durchschnittlich ein Drittel mehr Menschen unterwegs zu Fuß als im Schnitt in den übrigen Monaten.**

Helle Kleidung macht sichtbar: Wer bei Dunkelheit zu Fuß unterwegs ist und dabei dunkle Kleidung trägt, ist im Straßenverkehr kaum oder nur spät zu erkennen. Im Scheinwerferlicht werden unbeleuchtete Fußgängerinnen und Fußgänger erst ab einem Abstand von rund 25 Metern wahrgenommen. Helle Kleidung kann das ändern.

Bei Dunkelheit retroreflektieren: Sogenanntes retroreflektierendes Material wirft Lichtstrahlen in die Richtung zurück, aus der Sie kommen. Reflektormaterial an Jacken oder Rucksäcken ist daher im Dunkeln besonders gut sichtbar. In einige Kleidungsstücke sind retroreflektierende oder fluo-



Foto: Vuk Saric/Adobe Stock

**Im Dunkeln sind Passant\*innen schwer zu erkennen.**

reszierendes Material bereits eingearbeitet. Nützlich sind auch zusätzliche Reflektorbän-

der an Armen oder Beinen oder Jacken und Mützen mit Reflektormaterial.

Straße an geeigneten Stellen überqueren: Wenn Sie eine Straße überqueren, meiden Sie unbedingt schlecht einsehbare Stellen, zum Beispiel zwischen geparkten Autos. Nutzen Sie immer Ampeln, Fußgängerüberwege, Zebrastreifen und Querungshilfen bzw. Mittelinseln, um auf die andere Straßenseite zu gelangen.

Auch beim Überqueren der Straße gilt: Machen Sie sich sichtbar und stellen Sie durch Blickkontakt oder Handzeichen sicher, dass Sie von anderen gesehen werden, bevor Sie die Straße überqueren.



## Termine

**Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher telefonisch bei dem Ortsverband, ob die Veranstaltung stattfindet.**

### Ortsverband Ansbach

Informieren Sie bei Krankheit oder Umzug bitte Udo Weller, Tel.: 0981/36 33, E-Mail: weller@an24.info.

### Ortsverband Bayreuth

Jeden zweiten Dienstag im

Monat, 14–16 Uhr: Mitgliederversammlung mit Sprechtag, Gasthof „Moosing“, Oberobsang 11.

### Ortsverband Lauf/Röthenbach Ortsverband Nürnberg/Fürth

**Bis Ende März 2021 finden**

**keine Veranstaltungen statt.** Einzeltermine mit der Rechtschutzberatung in Nürnberg und mit dem Vorsitzenden Gerd Reinhardt in der Geschäftsstelle in Röthenbach, Tel.: 09153/97 06 048, sind weiterhin telefonisch möglich.



## Sozialberatung

**Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet. Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Schwannseestraße 18, 81373 München, Tel.: 089/53 05 27.**

**Kümmererstelle Coburg:** nach telefonischer Voranmeldung bei Barbara Hölzel unter Tel.: 0170/52 73 691.

**Kümmererstelle Coburg-Lautertal:** jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170/5 27 36 91 (mobil), E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

**Sozialberatung in Dietfurt:** bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail:

rechtsschutz@sovd-mfr.de.

**Sozialberatung in Ebersfeld:** Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, 96114 Hirschaid, Bamberger Str. 39, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

**Sozialberatung in Ingolstadt:** AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

**Sozialberatung in Michelau:** jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

**Sozialberatung in Mitterteich:** Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

**Kümmererstelle in der Oberpfalz/Weiden:** Ansprech-

partner: Dr. Josef Haas, 96114 Hirschaid, Bamberger Str. 39; Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

**Kümmererstelle in Oberfranken/Bayreuth:** jeden zweiten Freitag im Monat, 14–16.15 Uhr, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49.

**Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach:** AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

**Sozialberatung in Tirschenreuth:** Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

**Kümmererstelle in Würzburg:** nach telefonischer Voranmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157/76 82 95 70.

Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl im Ortsverband Nentershausen

## Gerhard Burda ist Vorsitzender

**Der Ortsverband Nentershausen konnte im Oktober seine Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen unter Beachtung der Hygieneregeln abhalten. Auch ein neuer Vorstand wurde gewählt. Da der bisherige Vorsitzende nicht mehr antrat, wurde Gerhard Burda zum 1. Vorsitzenden gewählt.**

In seinem Grußwort an den SoVD gab Bürgermeister Ralf Hilmes den Anwesenden einen aktuellen Überblick über die prekäre Lage der medizinischen Versorgung und bekräftigte: „Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass der Medibus in der Region erhalten bleibt.“

Anschließend wurde ein neuer Vorstand gewählt. Neuer 1. Vorsitzender des Ortsverbandes Nentershausen ist Gerhard

Burda. Als 2. Vorsitzender wurde Wolfgang Euler bestätigt, neue Schatzmeisterin ist Marion Schäfer und neue Beisitzerin Martina Stephan. Hans-Martin Bachmann wurde als Beisitzer bestätigt.

Der langjährige Vorsitzende Herbert Braun, der die reguläre Jahreshauptversammlung unter strenger Einhaltung der Hygieneregeln eröffnete, hatte vor der Wahl erklärt, dass er

aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stehen könne. Der neue Vorsitzende Gerhard Burda und die Kreisvorsitzende Marita Schliephorst dankten ihm für sein jahrzehntelanges, außergewöhnliches Engagement im SoVD und betonten, dass eine gelingende Solidargemeinschaft auch immer abhängig von dem Engagement seiner ehrenamtlichen Kräfte sei.



Helga Kläs im neuen Beratungsbüro im Rathaus Wetter.

SoVD-Sozialberatung in neuen Räumen

## Am richtigen Ort

**Die SoVD-Sozialberatung des Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf findet nach der Winterpause ab 11. Januar 2021 im Rathaus Wetter statt. Damit ist das Provisorium im Konferenzraum der Stadthalle vorbei.**

Helga Kläs, die Vorsitzende des Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf und Vorsitzende des Ortsverbandes Münchhausen-Wetter, freut sich auf das neue Büro für die Sozialberatungsstunden. „Nun teilen wir uns das neue Büro im Rathaus mit Schiedsamt, Ortsgericht, Bürgerhilfe und Forum Betreuung“, berichtet Kläs, die nicht nur Sozialberaterin für den SoVD, sondern auch Versichertenberaterin der Rentenversicherung ist. „Das passt gut zusammen.“ Das Büro ist über den Osteingang Rathaus Wetter zu erreichen, mit einem Zugang über die Treppe zum Beratungszimmer 2 im Untergeschoss oder über den Haupteingang mit dem Aufzug.



Der barrierefreie Zugang zum Rathaus und zur SoVD-Beratung.



Von links: Herbert Braun, Marion Schäfer, Hans-Martin Bachmann, Marita Schliephorst, Gerhard Burda und Wolfgang Euler.

Herbert Braun beendet seine aktive Verbandslaufbahn

## Jahrzehnte im SoVD engagiert

**33 Jahre lang hat sich Herbert Braun ehrenamtlich im SoVD engagiert und viele Ämter ausgeübt. So war er zum Beispiel 1. Vorsitzender des Kreisverbandes Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner. Jetzt zieht sich der 81-Jährige aus der aktiven Verbandsarbeit zurück.**

1987 trat Herbert Braun dem damaligen Reichsbund bei. Für ihn war es selbstverständlich zu helfen. „In unserem Heimatort, wo jeder jeden kennt, war der Kassierer im Ortsverband verstorben und meine Mutter, schon lange Mitglied, sagte, ‚Herbert, mach du das.‘“

Das war der Beginn eines jahrzehntelangen, ehrenamtlichen Einsatzes, der dem inzwischen 81-Jährigen immer auch viel Spaß gemacht hat. Nun hat er bei der letzten Jahreshauptversammlung auf die Wiederwahl verzichtet. Es werde Zeit, Jüngeren Platz zu machen. Und es fällt im Alter auch zunehmend schwerer, sich auf die immer komplizierteren Sachverhalte zu konzentrieren und ständig in der Region unterwegs zu sein.

Der gelernte Bankkaufmann



Herbert Braun

war im Ortsverband Weißenhasel bis zu dessen Auflösung Kassierer, Schriftführer und Vorsitzender. Bis 2011 im Ortsverband Fulda, bis 2014 im Ortsverband Witzenhausen und Bad Hersfeld, bis 2016 im Ortsverband Sontra Schriftführer und 1. Vorsitzende, und er war zuletzt bis Oktober 2020

im Ortsverband Nentershausen 1. Vorsitzender. Im Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner bekleidete er von 2006 bis 2016 das Amt des 1. Vorsitzenden.

„Ich kenne die ganze Rhön“, beschreibt Herbert Braun seine Touren für die SoVD-Sozialberatung, und die Rhön kenne ihn. „Die Leute erschrecken fast, wenn sie anriefen und ich schon am nächsten Tag einen Termin anbieten konnte.“

2006 erhielt Herbert Braun für sein vielfältiges Engagement den Ehrenbrief des Landes Hessen. Ihm ist die Solidarität im SoVD wichtig, „dass man sich hilft, wenn man helfen kann“. Er hat versprochen, den Ortsverband weiterhin jederzeit zu unterstützen, wenn seine Erfahrung und Hilfe gebraucht werde.

## Name und Vorstand neu

Der Ortsverband Oestrich-Winkel hat einen neuen Vorstand und einen neuen Namen erhalten. Nachdem der Vorstand des Ortsverbandes aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Wiederwahl antreten konnte und sich Hans Arnold bereit erklärte, die Mitglieder im Rheingau bei der Sozialberatung und der Mitgliederbetreuung zu unterstützen, bestätigte der Landesvorstand die Zustimmung der Versammlung in Oestrich-Winkel zur Erweiterung des Ortsverband Wiesbaden, der nun Wiesbaden-Rheingau heißt und von dem Vorstandsvorsitzenden Franz Seitz und dem 2. Vorsitzenden Hans Arnold betreut wird. Für Anfang des Jahres ist eine Mitgliederversammlung als Neujahrsempfang geplant.

## Weiter aufgeschoben

Gerd Nagelmann, Vorsitzender des Ortsverbandes Bad Homburg musste mit großem Bedauern die für 2020 geplanten Veranstaltungen zum Jahresende absagen. So geht es in seinem Ortsverband nicht anders als den SoVD-Ortsverbänden in ganz Deutschland. Jahreshauptversammlung mit Wahlen und die Weihnachtsveranstaltung, die Mitgliedern traditionell immer als willkommene und lieb gewonnene Jahresabschlussveranstaltung viel bedeutet, müssen 2020 ausfallen. Die gute Nachricht ist, dass die Betreiber der Stadthalle bei seiner Absage direkt den 27. März als neuen Termin reserviert haben. „Wir müssen nach vorne schauen“, sagt Nagelmann.

Und noch eine gute Nachricht hat er für die Mitglieder: Ein neues Mitglied mit Erfahrungen in der Verbandsarbeit habe sich bereit erklärt, die Vorstandsarbeit zu unterstützen. Den Ablauf für die Jahreshauptversammlung habe er schon nach seinem in den Jahren bewährten Konzept vorbereitet und hoffe, dass sich die Mitglieder Ende März tatsächlich treffen können. Rücktritte aus gesundheitlichen Gründen und andere Ursachen erforderten Veränderungen bei den Ämtern Sozialberatung, Schatzmeister\*in und 2. Vorsitz.



## Glückwünsche



Smileus/Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung.

Besondere Glückwünsche gehen an:

**60 Jahre:** 3.1.: Joachim Strunk, Wetter; 25.1.: Andreas Sattmann, Grebenstein; 29.1.: Herbert Bleich, Hallenberg; 30.1.: Regina Althaus, Wetter.

**65 Jahre:** 16.1.: Hans-Werner Michel-Homberger, Frankenberg; 19.1.: Brigitte Dittmann, Frankfurt; 19.1.: Timothy David

Buxton, Guxhagen; 30.1.: Elke Ujec, Wetter.

**70 Jahre:** 14.1.: Helmut Muth, Marburg; 24.1.: Wolfgang Fichte, Kassel.

**75 Jahre:** 21.1.: Gerda Kremer, Petersberg; 26.1.: Ingrid Metzler, Hattersheim.

**80 Jahre:** 1.1.: Waltraut Goergens, Marburg; 6.1.: Rosemarie Lewandowski, Bad Karlshafen.

**85 Jahre:** 2.1.: Wilhelm Haubfleisch, Münchhausen; 10.1.: Anna-Katharina Rinner, Schwalmstadt; 30.1.: Christa Knobloch, Oberursel; 30.1.: Wolfgang Dauermann, Oestrich-Winkel.

**90 Jahre:** 11.1.: Walter Binz, Bad Homburg.

**92 Jahre:** 3.1.: Johann Peschke, Lich; 26.1.: Rolf Riedeberger, Oestrich-Winkel.

**93 Jahre:** 29.1.: Wilma Krüger, Bad Karlshafen.

**100 Jahre:** 2.1.: Irmgard Lenzner, Hofgeismar.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.



## Sprechstunden und Sozialberatung

**Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.**

### Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen.

Für Fragen oder weitere Infos zum SoVD wenden Sie sich gern telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41, in 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/8 51 08. Bürozeiten sind montags bis donnerstags, 9–16 Uhr, und freitags, 9–14 Uhr.

**Info-Telefon Pflege:** Tel.: 0611/20 55 216.

### Kreisverband Südhessen

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 069/31 90 43.

**Sozialrechtsberatung in Herborn:** durch Juristin Sigrid Jahr jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, vorherige Terminvereinbarungen erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

### Ortsverband Frankfurt

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Silke Marx, im AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88 in 65929 Frankfurt-Höchst, nach Terminabsprache unter Tel.: 069/31 90 43.

### Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung bei Rechtsanwältin Silke Marx, Kreisgeschäftsstelle, Erzberger Straße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 069/31 90 43.

### Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Tel. 0611/20 55 216.

### Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialsprechstunde mit Sigrid Jahr: jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, „Schöne Aussicht 24, 61350 Bad Homburg vor der Höhe. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden, Tel.: 8 51 08.

### Ortsverband Wiesbaden-Rheingau

Sozialberatung: Franz Seitz, 1. Vorsitzender des OV Wiesbaden, offene Sozialberatungsstunden jeden 1. Mittwoch, 10–13 Uhr.

Sozialrechtsberatung durch Frank Sunkomat und Sozialjuristin Silke Marx jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr, in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden. Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216, per Fax: 0611/8 50 43 oder per E-Mail an: szbwiesbaden@sovd-hessen.de.

**Sozialberatung in Mainz-Kastel:** Es berät Franz Seitz, montags und freitags, 10–13 Uhr, dienstags und donnerstags, 16–20 Uhr, Am Königsfloß 30, Haus 3,

Tel.: 06134/56 40 966.

### Sozialberatung im Rheingau:

Es berät Hans Arnold, Aegidiusstraße 10, 65375 Oestrich-Winkel, nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06723/88 66 911, E-Mail: info@arnold-rheingau.de.

### Kreisverband Gießen / Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde jeden 1. und 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr, bei Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstr. 38 in 35394 Gießen, E-Mail: sbzgiessen@sovd-hessen.de, und Sozialberatung bei Juristin Sigrid Jahr nach Anmeldung unter Tel. 06033/74 88 999.

### Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner\*innen:  
34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/3 27 77.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

### Ortsverband Bad Wildungen

Sozialrechtsberatung durch

Rechtsanwältin Cornelia Gebhard nur nach telefonischer Terminvereinbarung. Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216.

### Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhaus. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

### Ortsverband Eschwege

Sozialberatung durch Marita Schliephorst jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, bei der AWO Werra-Meißner e.V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

### Ortsverband Fulda

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (Erdgeschoss). Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

### Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, im Neuen Rathaus, „Altenstube“, 1. Obergeschoss, 36199 Rotenburg an der Fulda. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax:

06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

### Ortsverband Sontra

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 9–12 Uhr, bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e.V., Hinter der Mauer 1. Eine Terminvereinbarung ist notwendig unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil).

### Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung: SozialkompetenzZentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

### Kreisverband Marburg-Biedenkopf

### Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung: **Ab 11. Januar 2021:** jeden Montag, 16–18 Uhr, im Rathaus Wetter, Untergeschoss, Zimmer 2, Marktplatz 1, 35083 Wetter. Während der Beratungszeit: Tel.: 06423/82 23 oder 0152/58 62 96 77 (mobil).

Außerhalb der Beratungszeit (nur in dringenden Fällen bis 18 Uhr!): Helga Kläs unter Tel.: 06422/89 87 202, oder Hans-Werner Dersch unter Tel.: 06423/51 524.

### Sozialrechtsberatung in Kirchhain:

durch Sozialjuristin Annette Mülot-Carvajal, jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Treff, Briefelstraße 15, nur nach vorheriger Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216.

### Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (Kontakt Daten s. oben).

Rechtsprechung zu Heizausfällen und Raumtemperaturen in der Mietwohnung

# Wenn die Heizung nicht läuft

**Die kühlen Tage sind da. In Deutschland läuft die „Heizperiode“ für die Mieter\*innen. Eine gesetzliche Regelung, wann diese beginnt und wann sie endet, gibt es nicht. Sie steht im Mietvertrag. Fehlt dort eine Vereinbarung dazu, so erkennen Gerichte allgemein die Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. April als Heizperiode an. Aber was ist, wenn die Heizung nicht läuft?**

Während der Heizperiode muss der\*die Vermieter\*in für eine ausreichende Temperatur in der Wohnung sorgen. Schafft er\*sie das nicht, so können Mieter\*innen die Miete mindern. Eine Mietwohnung muss jederzeit gebrauchstauglich sein. Dazu zählt auch eine angemessene Temperatur in den jeweiligen Räumen.

## Dauer der Heizperiode hängt von Wetter ab

Das bedeutet, dass Vermieter\*innen auch bei einem Kälteeinbruch außerhalb der Heizperiode für eine funktionierende Heizung sorgen müssen. Bleibt die Wohnung in einer solchen Phase kalt, so sind auch dann die Voraussetzungen für eine Mietminderung erfüllt.

Es kommt darauf an, welche Temperaturen tatsächlich herrschen und wie lange die Kälte anhält. Das Landgericht Kassel hat entschieden, dass der Vermieter handeln muss, wenn die Zimmertemperatur voraussichtlich länger als ein bis zwei Tage unter 18 Grad liegt. Bei weniger als 16 Grad muss der\*die Eigentümer\*in die Heizanlage sogar umgehend in Betrieb nehmen (AZ: 1 S 201/63).

Andere Gerichte orientieren sich an der Außentemperatur: Wenn diese mindestens drei Tage lang unter zwölf Grad liegt, muss der\*die Vermieter\*in heizen. Das haben das Amtsgericht Uelzen (AZ: 4 a C 272/86) sowie das Landgericht Berlin (AZ: 63 S 372/07) entschieden.

## Mindesttemperatur nicht in allen Räumen gleich hoch

Auch für eine Mindesttemperatur in einer Mietwohnung gibt es keine allgemeingültige Vorgabe. Hier hilft ein Blick in die Rechtsprechung, um sich ein Bild zu machen. So hat das Landgericht Heidelberg entschieden, dass eine mietvertraglich zugesicherte Mindesttemperatur von 18 Grad Celsius nicht ausreichend sei. Üblicherweise wird eine angemessene Mindesttemperatur in dem Bereich zwischen 20 und 22 Grad angenommen. Das hat die Rechtsprechung so entwickelt.



Foto: Budimir Jevtic / Adobe Stock

## Der Alpträum aller Mieter\*innen: Die Heizung wird nicht warm im Winter oder fällt sogar total aus.

Außerdem ist zu beachten, dass nicht jedes Zimmer gleich beheizt werden muss. Für ein Badezimmer gelten in der Regel 22 Grad als Untergrenze – manche Richter setzen 23 Grad als Minimum an.

Interessant in diesem Zusammenhang ist eine Entscheidung des Landgerichts Berlin. Dort beklagte ein Mieter quasi den umgekehrten Fall. Denn trotz ausgeschalteter Heizung herrschten in seiner Wohnung im Winter stets 22 Grad – auch im Schlafzimmer. Das war inakzeptabel. Der Vermieter musste für Abhilfe schaffen. Sein Hinweis, der Mieter solle häufiger die Fenster öffnen, reichte nicht als „Maßnahme“ (AZ: 67 S 357/15).

Nachts müssen Mieter\*innen niedrigere Temperaturen akzeptieren – zwischen 24 Uhr und 6 Uhr sind 17 bis 18 Grad ausreichend. Das hat zum Beispiel das Amtsgericht Köln entschieden (AZ: 205 C 36/16).

## Mietkürzungen bei Heizungsausfall

Wird es in der Wohnung nicht warm genug, so müssen sich Mieter\*innen zunächst an den\*die Vermieter\*in wenden. Da eine ungenügende Heizleistung als Mangel zu werten ist, ist es ratsam, den\*die Vermieter\*in unverzüglich schriftlich zur Mängelbeseitigung aufzufordern und dazu eine angemessene Frist zu setzen. Im Winter reichen dazu wenige Werktage.

Behebt der\*die Vermieter\*in den Mangel dann trotzdem nicht, so können Mieter\*innen ihre Miete ab dem ersten Tag rückwirkend mindern. Bei der Höhe der Minderung gilt: Je mehr der „vertragsgemäße Gebrauch“ der Mietwohnung eingeschränkt ist, desto weniger muss der\*die Mieter\*in zahlen. Der Deutsche Mieterbund veröffentlicht dazu folgende Anhaltspunkte für eine prozentuale Mietminderung (die von Gerichten ermittelt wurden) und weist darauf hin, dass diese für jeden Einzelfall neu festgesetzt werden muss.

## Mietminderung nicht ohne Anwalt durchführen

Es empfiehlt sich, vor einer Mietkürzung Rücksprache mit einem Anwalt für Mietrecht zu halten. Denn wenn die Mietminderung zu hoch ausfällt oder grundlos ist, hat der\*die Vermieter\*in eventuell die Möglichkeit, den Mietvertrag zu kündigen. Die Gerichte prüfen, ob ein Recht auf Mietminderung besteht – und legen die Höhe der Mietminderung im Einzelfall fest. Ist sogar die Gesundheit gefährdet, weil die Heizung im Winter über einen längeren Zeitraum nicht funktioniert, und beseitigt der\*die Vermieter\*in den Mangel trotz Aufforderung nicht, so kann der\*die Mieter\*in das Mietverhältnis unter Umständen fristlos beenden. Die Beweispflicht liegt allerdings bei ihm\*ih. mh

## Kolumne

### Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen,

wir gehen immer wieder mit einer besonderen Erwartung in ein neues Jahr, das neu und verheißungsvoll vor uns liegt. Was wird es uns diesmal bringen? Bleiben wir gesund? Das ist sicher die wichtigste Frage, die wir stellen – gerade in diesen Zeiten. Im Jahr 2020 haben wir angefangen zu lernen, wie wir mit und trotz Coronavirus gut leben können. Und wir wissen, dass auch in diesem Jahr vieles vom Coronavirus bestimmt werden wird.



Edmund Elsen

Der Jahreswechsel mit seinem Neubeginn gibt uns die Motivation, auch in unserem Leben Dinge neu zu definieren. Die wichtigen Themen sind Sicherheit und Gesundheit für uns und unsere Familien sowie Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass es besser wird oder zumindest mit dem neuen Jahr nicht schlechter geht als mit dem vergangenen.

Wie sagte einst der Publizist Karl-Heinz Söhler so schön: „Wenn’s alte Jahr erfolgreich war, Mensch freue dich aufs neue, und war es schlecht, ja, dann erst recht!“

Dieser Spruch kann ein Leitspruch für uns alle sein, denn er motiviert zum positiven Denken.

Ich möchte zu Beginn des neuen Jahres für Zuversicht werben und wünsche uns allen, dass wir sicher und gesund die Herausforderungen bewältigen und durch die Corona-Pandemie kommen. Dabei bleibt der SoVD weiter an Ihrer Seite. Unsere hauptamtlichen Rechtsberater\*innen in unseren SoVD-Beratungsstellen in Rheinland-Pfalz und im Saarland beraten Sie kompetent in allen sozialen Fragen und Anliegen.

Ich wünsche Ihnen für 2021 viele „negative“ Begegnungen mit positiven Erfahrungen! Bleiben Sie gesund und gelassen.

Mit freundlichen Grüßen  
Edmund Elsen, 1. Landesvorsitzender

## Notfallfonds gegen Stromsperrern gestartet

# Licht ins Dunkel bringen

**Rechtzeitig zu Beginn der kalten Jahreszeit hat der Notfallfonds der saarländischen Landesregierung seine Arbeit aufgenommen. In diesem bundesweit einmaligen Projekt arbeiten Energiewirtschaft, Sozialverbände, Verbraucherzentrale und Behörden zusammen, um in Not geratene Haushalte vor Stromsperrern besser zu schützen.**

Mit den Mitteln der Landesregierung wurde eine Beratungsstelle geschaffen, die Verbraucher\*innen in Notsituationen mit Rat und Tat zur Seite steht. Diese Stelle ist an die Schuldnerberatung der Verbraucherzentrale des Saarlandes angeschlossen. Sind alle Möglichkeiten der Beratung ausgeschöpft, so geht der Fall an die neue Energiesicherungsstelle. Der Beirat aus Vertretern der Energiewirtschaft, der Verbände und Behörden prüft den Fall und kann in besonderen Härtefällen eine einmalige Schuldenübernahme beschließen.

Der Notfallfonds zur Vermeidung von Stromsperrern wird unter anderem gespeist aus Mitteln des Aktionsplans zur Bekämpfung der Armut im Saarland. Die Energiewirtschaft beteiligt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch einen teilweisen Erlass der Stromschulden. Auf diese Weise können bis zu 140.000 Euro jährlich zugunsten betroffener Haushalte aktiviert werden. Die vorsorgenden Maßnahmen des Runden Tisches zur Vermeidung von Stromsperrern, unter anderem soziale Darlehen und der Infoaustausch zwischen Energieversorgern und Behörden bestehen fort.

Modellprojekt der AOK im Saarland

## Impfung in der Apotheke

Seit 6. Oktober 2020 können Versicherte der AOK Rheinland-Pfalz / Saarland sich exklusiv mit der Gripeschutzimpfung in den Apotheken im Saarland impfen lassen. Impfen lassen können sich alle Versicherten oder betreuten Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Impfung ist für die Versicherten kostenfrei.

Die Impfungen finden in teilnehmenden Apotheken im Saarland statt. Die Apotheken, die beitreten und Impfungen durchführen, werden durch den Saarländischen Apothekerverein bekannt gegeben. Die Übersicht der teilnehmenden Apotheken ist auf der Internetseite <https://www.apothekerverein-saar.de/> zu entnehmen.

Für die Impfung können interessierte Versicherte direkt die Apotheke aufsuchen. Ein vorheriger Besuch bei einem Arzt\*Ärztin oder ein Rezept sind nicht erforderlich. In der Apotheke findet die Impfung grundsätzlich in einem separaten Raum statt. Der\*die Apotheker\*in wird zunächst ein Aufklärungsgespräch führen, in dessen Rahmen insbesondere das Vorliegen von Kontraindikationen oder besonderen Risikofaktoren (zum Beispiel akute Infektion, Fieber, Schwangerschaft oder Gerinnungsstörungen) abgeklärt werden.

Die Impfung wird normalerweise Personen ab 60 Jahren und Risikogruppen geraten. Angesichts der anhaltenden Corona-Pandemie und den hohen Infektionszahlen wird die Gripeschutzimpfung auch Nicht-Risikogruppen empfohlen, um das Gesundheitssystem zu entlasten.



## Glückwünsche



smileus / Adobe Stock

**60 Jahre:** 1.1.: Jürgen Gschwind, Bellheim; 7.1.: Konrad Schneider, Steinwenden; 17.1.: Gerhard Maas, Homburg; 21.1.: Clemens Bastian, Fischbach.

**65 Jahre:** 1.1.: Esther Geiger, Speyer; 4.1.: Edith Hellmann, Rheinabern; 8.1.: Renate Vaupel, Rülzheim; 11.1.: Roland Maag, Rülzheim; 12.1.: Michael Schneider, Illingen; 17.1.: Herbert Gerlach; 20.1.: Klaus Klein, Föckelberg; 25.1.: Gabriele Lacher, Rülzheim.

**70 Jahre:** 8.1.: Erich Schoepfer, Ottweiler; 20.1.: Ingeborg Mc Millan; 22.1.: Heinz-Ulrich Grätz, Mainz; 23.1.: Karl Heinz Schlindwein, Rülzheim; 29.1.: Rita Kohl, Kaiserslautern.

**75 Jahre:** 10.1.: Ursula Klöffler, Wörth; 23.1.: Renate Schaller, Bad Bergzabern.

**80 Jahre:** 1.1.: Rosemarie Burggraf, Willmenrod; 12.1.: Ingrid Rentschler, Germersheim; 18.1.: Herta Wagner, Kaiserslautern; 20.1.: Klaus Wagner, Rülzheim.

**85 Jahre:** 22.1. Heinz Müller, Rülzheim; 26.1.: Herta Seelinger, Rülzheim.

**90 Jahre:** 16.1.: Gotthard Renner, Weyerbusch.

**93 Jahre:** 15.1.: Hans Keppel, Rülzheim.

**96 Jahre:** 27.1.: Erich Schäfer, Pottum.

## Ehrenamtler\*innen gesucht

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände, die nicht nur die kulturellen Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, sucht der SoVD Rheinland-Pfalz/Saarland Interessierte, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer freien Zeit machen möchten. Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Landesgeschäftsstelle Rheinland-Pfalz/Saarland unter Tel.: 0631/73 657 oder per E-Mail an: [info@sovd-rps.de](mailto:info@sovd-rps.de).

Die Deutsche Rentenversicherung Bund informiert

## Vorschuss für Hinterbliebene

Der Tod eines Angehörigen belastet die Hinterbliebenen häufig nicht nur emotional. Er kann auch zu finanziellen Engpässen führen. Wenn der\*die Verstorbene vor dem Tod bereits eine Rente bezogen hat, gibt es die Möglichkeit, einen Vorschuss darauf zu beantragen.

Zumindest die monetären Sorgen kann die Deutsche Rentenversicherung der\*dem Witwe\*r schnell nehmen, wenn der\*die Ehepartner\*in vor seinem\*ihrem Tod schon eine Rente bezogen hat: Innerhalb von 30 Tagen nach dem Tod kann bei der Deutschen Post AG ein Vorschuss auf die Witwen- oder Witwerrente beantragt werden. Häufig wird das sogenannte Sterbevierteljahr schon direkt über den Bestatter beantragt.

Die Vorschusszahlung beträgt das Dreifache des für den Sterbemonat gezahlten Rentenbetrages. Sie wird als Überbrückungshilfe in einer Summe ausgezahlt. Eine Anrechnung von eventuellen Einkommen des\*der Hinterbliebenen findet während des Sterbevierteljahres nicht statt!

Zu beachten ist, dass zusätzlich zu dem Antrag auf die Vorschusszahlung beim zuständigen Rentenversicherungsträger auch noch ein formeller

Rentantrag gestellt werden muss. Bei der Bewilligung der Witwen- bzw. Witwerrente wird die Vorschusszahlung verrechnet.

Weitere Auskünfte erteilt die Deutsche Rentenversicherung kostenlos unter Tel.: 0800/10 00 48 00 oder online unter: [www.deutsche-rentenversicherung.de](http://www.deutsche-rentenversicherung.de). Dort gibt es auch eine Broschüre mit einem umfassenden Überblick über die verschiedenen Rentenleistungen für Hinterbliebene. *Quelle: DRV*



## Sprechstunden

Haben Sie Fragen zu Zuständigkeiten, so nennt Ihnen die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0631/73 657 gerne den\*die zuständige\*n Berater\*in. Aufgrund der weiterhin geltenden Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie bitten wir jeweils um vorherige telefonische Terminvereinbarung.

**Bitte die neue Adresse der Landesgeschäftsstelle beachten:** SoVD e.V. LV Rheinland-Pfalz / Saarland, Spittelstraße 3, 67659 Kaiserslautern.

**Bad Marienberg:** Sigrid Jahr berät jeden 2. Mittwoch im Monat, 10–13 Uhr (nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480), Verbandsgemeinde, Zimmer 105, Kirburger Straße 4, 56470 Bad Marienberg.

**Bingen:** Andrea Klosova berät dienstags und donnerstags, 9–12 Uhr, sowie mittwochs, 14–18 Uhr, Gebäude der AWO, Saarlandstraße 30, 55411 Bingen; nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06721/98 40 78.

**Homburg:** Ansprechpartner:

Ralf Geckler und Sven Heidenmann beraten jeden 2. Montag (Ralf Geckler) und 4. Montag (Sven Heidenmann), 14–16 Uhr, barrierefreies Rathaus, Am Forum 5, Raum 102, 66424 Homburg; Terminvereinbarung unter Tel.: 06236/46 56 43 (Ralf Geckler) oder Tel.: 06351/13 14 141 (Sven Heidenmann).

**Kaiserslautern:** Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, berät mittwochs, 8.30–11.30 Uhr, Landesgeschäftsstelle, Spittelstraße 3, Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.

**Ludwigshafen:** Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, Tel.: 06236/46 56 43, berät freitags, 8.30–12 Uhr (nach Terminvereinbarung), Ludwigstraße 41, Eingang: Wredestraße, 67059 Ludwigshafen.

**Mainz:** nach Vereinbarung mit der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0631/73 657, Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz.

**Montabaur:** Sigrid Jahr berät jeden Dienstag, 10–12 Uhr, sowie jeden Mittwoch, 14–16 Uhr. Terminvereinbarung unter Tel.:

0260/29 97 22 00, Dillstraße 12, 56410 Montabaur.

**Rülzheim:** Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, und Richard Dörzapf beraten am 21. Januar, 14–16 Uhr, barrierefreies Rathaus, Deutschordensplatz 1, Besprechungsraum 2.13, 76761 Rülzheim.

**Saarbrücken:** Sven Heidenmann berät nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141, Ort bitte erfragen.

**Spiesen-Elversberg:** Gabriele Scheppelmann und Sven Heidenmann beraten nach Vereinbarung unter Tel.: 0176/34 03 41 58 (Gabriele Scheppelmann) oder Tel.: 0635/13 14 141 (Sven Heidenmann), barrierefreies Rathaus, Hauptstraße 116, Zimmer 200, 66583 Spiesen-Elversberg.

**Zweibrücken:** Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, berät nach Vereinbarung unter Tel.: 06236/46 56 43, Haus des Arbeiter-Samariter-Bundes, Friedrich-Ebert-Straße 40, 66482 Zweibrücken.



## 5 Termine

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich vorher telefonisch bei dem Ortsverband, ob die Veranstaltung stattfindet.

**Ortsverband Hördt**

Stammtisch., 19 Uhr, Tag und Ort bitte anfragen unter Tel.: 07272/55 40.

**Ortsverband Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler**

Jeden letzten Donnerstag im Monat, 15.30 Uhr: Kaffeemittag, Café Hauptert, Merchweiler. Anmeldung wird erbeten bei Beatrix Bost, Tel.: 06824/23 51.

**Ortsverband Lautertal-Pfalz**

Jeden Freitag, 18 Uhr: Treffen,

Sportheim Lautertalhalle, Katzweiler. Mitfahrgelegenheiten aus Katzweiler sind möglich, bitte unter Tel.: 06301/87 28 oder Tel.: 06301/79 99 930 melden.

**Ortsverband Vorderpfalz**

8. Januar, 17 Uhr: Stammtisch, Gaststätte „VTV“, Anebosstraße 4, Ludwigshafen-Mundenheim.



**Gemeinsam, aber mit Abstand: der neu gewählte Vorstand des SoVD Neukirchen.**

Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl im Ortsverband Neukirch

## Neue Besetzung im Vorstand

**Nach einer sechsmonatigen Verspätung konnte die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Neukirch mit den dazugehörigen Wahlen endlich stattfinden. Unter strengen Hygieneauflagen konnten 50 Mitglieder teilnehmen.**

Bereits bei dem Lesen der Einladung wurde klar, dass dieses Mal einiges anders sein würde als in den vergangenen Jahren. Die Mitglieder mussten sich telefonisch anmelden, damit eine Anwesenheitsliste mit Telefonnummer erarbeitet werden konnte. Natürlich war auch das Tragen eines Mund-Nasenschutzes vorgeschrieben. Die gewohnte Vesper gab es diesmal ebenfalls nicht. Damit die Abstände eingehalten werden konnten, fand die Versammlung in der großen Mehrzweckhalle in Neukirch statt.

Zu den 50 Mitgliedern kamen die zusätzlich geladenen Gäste, wie die Vorsitzende des Bezirks Bodensee-Alb, Cornelia Boldt, und Neukirchs Bürgermeister Reinhold Schnell. Beide überbrachten Grußworte, nachdem den Verstorbenen gedacht worden war. Darin kam auch das gewohnt gute Miteinander zwischen dem Ortsverband, der Gemeinde und dem Bezirk Bodensee-Alb zur Sprache.

In dem folgenden Geschäfts- und Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden Edelbert Merk waren viele Zahlen, Daten und Fakten zu erfahren, die den Sozialverband in den Jahren 2019 und 2020 prägten. So waren 47 Jubilar\*innen, die dem SoVD die Treue hielten, persönlich angeschrieben und unter anderem mit einer Urkunde und einer Ehrennadel belohnt.

Es folgten die Berichte des Schatzmeisters Claus Form sowie des Obmanns der Revisoren, Manfred Boch.

Mit viel Beifall, Lob und Dankesworten wurden die aus dem Vorstand scheidenden Mitglieder, die 2. Vorsitzende Bea Martinez-Stärk für 10 Jahre, Schriftführerin Marica Rieker für 27 Jahre sowie Frauenbeauftragte Gisela Scheuch für 5 Jahre Arbeit im Verband geehrt.

Die anschließende Neuwahl des gesamten Vorstandes wurde von Bürgermeister Schnell geleitet, mit folgendem Ergebnis: 1. Vorsitzender bleibt

Edelbert Merk, 2. Vorsitzender ist Claus Form, Schatzmeister ist Karl Heinz Hänslar, neue Schriftführerin ist Agnes Barnsteiner und die Frauenbeauftragte ist Marianne Mühlebach. Zu Beisitzerinnen wurden Marianne Neusch und Sybille Schupp gewählt, als Revisoren Manfred Beck, Siegfried Erb und Georg Eisenbach.

Mit dem herzlichen Dank an den Wahlleiter und einem gemeinsamen Foto des neu gewählten Vorstandes war die Erleichterung über eine durchaus positiv verlaufene Veranstaltung in den Gesichtern spürbar zu erkennen.

Der Dank des neuen und alten Vorsitzenden Edelbert Merk galt den Mitgliedern selbst, denn nur durch ihr Kommen war es überhaupt möglich, die Wahlen durchzuführen. Weiterer Dank galt dem Bürgermeister Schnell, der Kreisvorsitzenden Cornelia Boldt und allen, die zum Gelingen des Abends beigetragen hatten.



**Schatzmeister Peter Busch und Vorsitzende Heidegard Busch.**

Volkstrauertag mit dem Ortsverband Hockenheim

## Gedenken mit Abstand

**Wie in den vergangenen Jahren nahm der SoVD Hockenheim an der Kranzniederlegung am Ehrenmal auf dem Friedhof Hockenheim teil. Auch Oberbürgermeister Marcus Zeitler war vor Ort.**

Die Volkstrauertags-Zeremonie, üblicherweise in der Friedhofskapelle unter Teilnahme der Bevölkerung durchgeführt, musste 2020 aufgrund der aktuellen Pandemie-Verordnung in veränderter Form stattfinden. Die Rede des Oberbürgermeisters fand direkt am Ehrenmal in Anwesenheit weniger angemeldeter und ausgewählter Personen statt. Die Kränze des SoVD zusammen mit dem VdK, der Stadtverwaltung Hockenheim, der Marinekameradschaft und der Volksgräberfürsorge waren schon niedergelegt worden, sodass der Abstand eingehalten werden konnte.

Mit der Hoffnung, im neuen Jahr diesen Volkstrauertag wieder in gewohnter Form durchführen zu können, bedankte sich Oberbürgermeister Zeitler nach einer Schweigeminute bei den Teilnehmer\*innen.

Linden-Museum Stuttgart digitalisiert den Bestand

## Virtueller Zugang

**Die neue „Sammlung digital“ des Linden-Museums Stuttgart bietet ab 1. Dezember einen offenen virtuellen Zugang zu den Museumsbeständen einer der bedeutendsten ethnologischen Sammlungen in Europa.**

Rund 160.000 Alltagsgegenstände, Kunstwerke und sakrale Objekte aus den Sammlungsbereichen Afrika, Islamischer Orient, Nord- und Lateinamerika, Ozeanien sowie Süd-, Südost- und Ostasien beherbergt das Linden-Museum. Die „Sammlung digital“ wird als Präsentations- und Kommunikationsplattform ein zentraler virtueller Zugang zu den umfangreichen Beständen des Museums auf Deutsch und Englisch.

Zum Start werden rund 2.000 Objekte präsentiert. Ziel ist, perspektivisch den gesamten Sammlungsbestand zu digitalisieren und ihn ohne Einschränkungen online verfügbar zu machen. Die „Sammlung digital“ bildet zudem die zentrale Basis für weitere digitale Anwendungen. Sie ermöglicht neue Formen der Kommunikation und Vermittlung, zum Beispiel in Form von Digitalguides, Blogs oder Multimediaguides. In den nächsten Jahren sollen deshalb verschiedene kuratierte, digitale Angebote erprobt, umgesetzt und verstetigt werden.

Die Einbeziehung der lokalen Nutzer\*innen aus der Stuttgarter Stadtgesellschaft und die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen liegt dem Linden-Museum dabei genauso am Herzen wie der ständige Dialog und Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der „Herkunftsgesellschaften“ auf Augenhöhe.

*Quelle: Landesregierung Baden-Württemberg*



## Aktuelle Urteile

### **Pflegeversicherung: nur für „Profis“ Entlastungsbetrag**

Pflegebedürftige haben keinen Anspruch auf eine „Haushalts-Corona-Hilfe“, wenn die haushaltsnahen Dienstleistungen (wie Einkaufen, Putzen, Botengänge), für die ihm\* ihr der Pflegeentlastungsbetrag in Höhe von 125 Euro monatlich bis zum Ausbruch der Pandemie aus der

Pflegekasse gezahlt worden ist, von da an von Privatpersonen erledigt werden. Den Entlastungsbetrag kann es nur geben, wenn anerkannte Dienstleister (hier war das zuvor eine Sozialstation) die Arbeiten verrichten. Die geltend gemachten haushaltsnahen Dienstleistungen seien nicht erstattungsfähig, weil die Einzelpersonen nicht anerkannt

werden. Das entspricht den gesetzlichen Regelungen, die den Zweck haben, die gewünschten infrastrukturfördernden Effekte zu erzielen. Auch war hier nicht zu erkennen, warum die Hilfeleistung nicht weiterhin durch die zuvor eingeschaltete Sozialstation erbracht werden können (LSG Baden-Württemberg, L 4 P 3250/20 ER-B). *wb*

Herzschwäche als Folgeerkrankung von Diabetes wird häufig zu spät diagnostiziert

# Herzschwäche und Diabetes: gefährliches Duo

Wenn ein Diabetes mellitus längere Zeit unentdeckt bleibt oder wenn es nicht gelingt, den Blutzuckerspiegel konstant niedrig zu halten, drohen ernsthafte Folgeerkrankungen. Zu den schwerwiegendsten Diabetesfolgen zählt die Herzinsuffizienz, an der Diabetespatient\*innen doppelt so häufig erkranken wie Stoffwechself gesunde.

Das Risiko für Herzkreislauferkrankungen ist bei einem Diabetes mellitus zwei- bis vierfach erhöht, bei Frauen sogar bis sechsfach. „Die Herzinsuffizienz, auch Herzschwäche genannt, ist die häufigste kardiovaskuläre Folgeerkrankung des Diabetes“, sagt Professor Dr. med. Nikolaus Marx, Direktor der Klinik für Kardiologie, Angiologie und Internistische Intensivmedizin der Uniklinik der RWTH Aachen.

Hinzu kommt, dass die Herzinsuffizienz bei Menschen mit Diabetes oft zu spät erkannt wird, deutlich komplizierter verläuft und somit besonders schlechte Überlebensprognosen nach sich zieht: Pro Jahr muss nahezu jeder Sechste

aufgrund seiner Herzschwäche ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Über welche Mechanismen der Diabetes das Herz schädigt und das Risiko für eine Herzschwäche erhöht, ist noch nicht vollständig geklärt. „Vermutlich spielen hier Stoffwechselveränderungen im Herzmuskel eine Rolle, vor allem im Kalzium- und Energiestoffwechsel“, sagt Marx.

Neuen Erkenntnissen zufolge trägt dazu nicht nur der erhöhte Blutzucker selbst bei, der die Gefäße und Organstruktur schädigen kann, sondern auch Immunbotenstoffe sowie Bo-

tenstoffe aus dem Fettgewebe und der Leber, die bei Menschen mit Diabetes häufig durch Fetteinlagerungen geschädigt ist.

„Gleichzeitig haben zwischen 25 und 40 Prozent der Patienten mit einer Herzinsuffizienz auch einen – oft unerkannten – Diabetes“, so Professor Dr. med. Ralf Lobmann, Direktor der Klinik für Endokrinologie, Diabetologie und Geriatrie am Klinikum Stuttgart.

Liegt eine Herzinsuffizienz vor, sollte auch immer auf einen Diabetes untersucht werden. „Diabetes und Herzinsuffizienz dürfen daher nicht unabhängig voneinander betrachtet werden, sondern als gefährliches Duo“, ergänzt Professor Dr. med. Nikolaus Marx.

*Bei Diabetes ist die Herzschwäche häufigste Folgeerkrankung*

*Herzschwäche erhöht, ist noch nicht vollständig geklärt.*

*Herzinsuffizienz und Diabetes nicht unabhängig voneinander betrachten*



Foto: Photographee.eu/Adobe Stock

**Wer Herzschmerzen hat, sollte sich ärztlich auch auf Diabetes untersuchen lassen. Beide Krankheiten treten oft zusammen auf.**

Dieser Umstand müsse vermehrt in die jeweilige Therapie einfließen. Mittlerweile gebe es konkrete Empfehlungen für die Diabetestherapie bei Patienten mit bereits bestehender oder beginnender Herzschwäche. „Hier hat sich besonders die Behandlung mit sogenannten SGLT2-Hemmern bewährt“,

führt Marx aus. Diese Wirkstoffe, die die Zuckerausscheidung über die Niere verstärken, konnten in Studien die Zahl der Krankenhauseinweisungen wegen einer Herzinsuffizienz sowie den kardialen Tod deutlich verringern.

Quelle: Deutsche Diabetes Gesellschaft e. V.

## Spruch des Monats

*Es ist Zeit, für das, was war, danke zu sagen, damit das, was werden wird, unter einem guten Stern beginnt.*

Unbekannt



## Sprechstunden und Sozialberatung



Foto: Wellnhofer Design/Adobe Stock

**Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den unten angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.**

### Sozialberatung Albstadt

Die Sozialberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

### Sozialberatung im Bezirk Bodensee-Alb

Termine und Örtlichkeiten der Sozialberatung erfahren Sie bei der Rechtsberatungsstelle Mannheim unter Tel.: 0621/84 11 51. Eine Terminvereinbarung ist unbedingt erforderlich.

### Sprechstunden und Sozialberatung Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Dienstag im Monat, von 14 bis 16 Uhr, in der Manzeller Straße 4, 88045 Friedrichshafen/Schnetzenhausen statt. In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte an Willy Pitzner, Tel.: 07541/72 702.

### Sprechstunden Hockenheim

Die Sprechstunden finden

einmal im Monat von 13.30 bis 15.30 Uhr im Raum 1 der „Zehntscheune“, Untere Mühlstraße 4, 68766 Hockenheim statt.

Dabei berät von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr Fachanwalt Jürgen Nesweda die Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen. Hierfür ist eine Terminvereinbarung unter Tel.: 0621/84 11 51 unbedingt erforderlich.

### Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sozialsprechstunden bei Fachanwalt Jürgen Nesweda finden im Gasthaus „Zum Ochsen“ in Höpfigen statt. Termine finden nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 11 51 statt.

### Sozialberatung im Raum Mittel- und Südbaden

Eine Sozialberatung findet nur nach Terminabsprache mit Fachanwalt Jürgen Nesweda statt, Tel.: 0621/84 11 51. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle zur Verfügung, Tel.:

0621/84 14 172.

### Sozialberatung Mannheim

Die Sozialberatung findet bei Fachanwalt Jürgen Nesweda in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim statt. Termine werden nur nach Absprache unter Tel.: 0621/84 11 51 vergeben.

### Sprechstunden Ravensburg

Der Ortsverbandsvorsitzende ist unter Tel.: 0160/94 65 87 21 zu erreichen.

### Sprechstunden und Sozialberatung Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden mittwochs, von 9.30 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr, im Generationenhaus Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711/21 68 05 93, statt.

Jeden dritten Mittwoch im Monat (außer im Dezember) findet eine Sozialberatung statt, aber nur nach Vereinbarung mit der Rechtsberatungsstelle in Mannheim, Tel.: 0621/84 11 51.



## Glückwünsche

**70 Jahre:** 6.1. Ursula Juretic, Mannheim, Georg Hölz, Heiligenberg; 20.1.: Helga Kürth, Dauchingen; 26.1.: Karin Schardt, Hockenheim.

**75 Jahre:** 25.1.: Brigitte Spieß, Mannheim.

**80 Jahre:** 3.1.: Hilde Proffen, Mannheim, Frank Walter, Mannheim.

**85 Jahre:** 4.1.: Beate Wiedemann, Hockenheim; 14.1.: Gisela Thilo, Mannheim; 15.1.: Josef Nadler, Burladingen.

**90 Jahre:** 13.1.: Theresia Wengle, Horgenzell; 19.1.: Rudi Amann, Reilingen.

**95 Jahre:** 6.1.: Hedwig Segsulka, Stockach.

**96 Jahre:** 18.1.: Cäcilie Rein, Mannheim; 29.1.: Rosa Umhey, Brühl; 31.1.: Ruth Witzsche, Haigerloch.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im Januar ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Diesen Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an. Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.



## Termine

**Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher bei dem Ortsverband, ob die Veranstaltung stattfindet.**

### Ortsverband Friedrichshafen

Jeden 1. Dienstag im Monat, 14-16 Uhr: Kaffeetreff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße in Friedrichshafen. Neuteilnehmer\*innen sind jederzeit willkommen.

SoVD gedachte traditionell am Volkstrauertag der Kriegstoten

## Signal gegen Hass und Gewalt

**Der Landesverband gedachte mit Kranzniederlegungen und bei einer zentralen Gedenkveranstaltung den unzähligen Kriegstoten und Opfern von Galtherrschaften in aller Welt. Um die Versöhnungsarbeit des Vereins Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu unterstützen, spendete der SoVD-Landesverband eine größere Summe.**

2020 musste die zentrale Gedenkstunde zum Volkstrauertag in der Oberen Rathaushalle coronabedingt ausfallen. Die zentrale Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung auf dem Osterholzer Friedhof fand aber am 15. November auf dem Gräberfeld „K“ statt.

Dort richtete Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff Grußworte an die Gäste der Veranstaltung: „Der Volkstrauertag steht für Versöhnung, für Verständigung und Frieden. Es ist ein Signal gegen Hass und Gewalt. Das war beim allerersten Volkstrauertag 1919 nach den Schlachten des Ersten Weltkrieges so. Und das ist heute nach den Anschlägen von Wien und Nizza wichtiger denn je. Auch bei uns hat es furchtbare Angriffe auf Andersdenkende, Andersglaubende, auf Politiker\*innen gegeben ... Deshalb ist es mir so wichtig, dass wir die Lehren aus dem Volkstrauertag ernst nehmen – auch die jüngere Generation. Unsere Gesellschaft braucht mehr Toleranz und Respekt. Das lehrt uns der Volkstrauertag.“

Die alljährliche Veranstaltung wird vom Verein Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Bremen, organisiert. Der Gedenktag stände aber auch für eine großartige Friedensarbeit, für Verständigung und Versöhnung, erklärte der Bremer Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte und wies darauf hin, dass der Volks-



**Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff sprach auf dem Osterholzer Friedhof zum Volkstrauertag.**

bund Jugendbegegnungen und Workcamps organisiere und so Jugendliche aus ganz Europa im Zeichen von Verständigung und Versöhnung zusammenführe. Ein Großteil seiner Tätigkeiten finanziert der Volksbund weiterhin durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Auch 2020 spendete der SoVD-Landesverband einen Betrag von 1.000 Euro an den Bremer Volksbund. „Wir dürfen nicht nachlassen, das Engagement des Volksbundes zu unterstützen“, so Landesvorsitzender Joachim Wittrien. „Für viele Jugendliche sind die zwei Weltkriege schon sehr weit entfernt. Unsere Gesellschaft muss sie wieder ins Boot holen, denn Frieden und Freiheit sind ein hohes Gut, das wertgeschätzt und gepflegt werden muss. In

den Workcamps erhalten die jungen Menschen nicht nur einen Blick in unsere Geschichte, sondern erleben durch das gemeinsame Handeln mit anderen Jugendlichen aus Europa eine völkerübergreifende Solidarität.“

Der Landesverband war in diesem Jahr jedoch nicht nur bei der zentralen Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung auf dem Osterholzer Friedhof zugegen; Landesvorsitzender Joachim Wittrien sowie die Kreisverbandsvorsitzenden Karl-Otto Harms und Klaus Möhle legten auch Kränze an den Gedenkstätten in Bremen-Nord, Bremerhaven und Bremen-Osterholz nieder. Sie wurden von zahlreichen Mitgliedern aus den jeweiligen Ortsverbänden begleitet.

Zweite Runde der Bremer Plakataktion

## Es wird freundlicher

**Die bundesweit einmalige gemeinsame Kampagne der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, des ADAC und des ADFC für mehr Freundlichkeit im Straßenverkehr geht in die zweite Runde.**

Unter dem Motto „Mach’s richtig, bleib freundlich #fahrnunter“ zeigen die neuen Motive der Verkehrskampagne, wie ein rücksichtsvolles und entspanntes Miteinander im Straßenverkehr funktioniert.

Die #fahrnunter-Kampagne, die das Bremer Mobilitätsressort im Frühjahr 2020 zusammen mit dem ADAC und dem ADFC ins Leben gerufen hat, ist in der Hansestadt Bremen auf große Resonanz gestoßen. Zahlreiche E-Mails und Reaktionen in den sozialen Medien aus der Bevölkerung haben gezeigt, wie intensiv das Thema die Menschen bewegt.

Mit den „Aufreger“-Motiven

der ersten Kampagnenrunde wurden Beispiele für die negative Seite des Verkehrsalltags in den Fokus gestellt: Typische Verfehlungen von Auto- und Radfahrenden gegen die Straßenverkehrsordnung, auf die von beiden Seiten immer wieder mit heftigen Beleidigungen und Aggressionen reagiert wird. Die krassen Sprüche, die auf den Großflächenplakaten, in den Anzeigen und im Internet zu sehen waren, sollten ganz bewusst für diese Situationen sensibilisieren.

Doch es geht eben auch ganz anders. Wie ein rücksichtsvolles und entspanntes Miteinander zwischen Auto- und Radfahrenden funktioniert, zeigt deshalb jetzt die zweite Runde der Kampagne. „Mach’s richtig, bleib freundlich #fahrnunter“ lautet das aktuelle Motto. Auch dieses Mal sind die Motive wieder auf Großflächenplakaten, in Anzeigen und im Internet unter: [www.fahrnunter.de](http://www.fahrnunter.de) zu sehen sowie auf Facebook, Twitter und Instagram unter #fahrnunter.

Die sechs neuen Motive greifen erneut typische Fallbeispiele aus dem Straßenverkehr mit Auto- und Radfahrenden auf. Mit dem entscheidenden Unterschied, dass dieses Mal das korrekte Verhalten im Sinne der Straßenverkehrsordnung und freundliche Dialoge im Mittelpunkt stehen. Positivbeispiele also, die zum Ausdruck bringen, wie viel entspannter wir unterwegs wären, wenn deutlich mehr Menschen das beherzigen und sich mit ebenso viel Rücksichtnahme und Freundlichkeit begegnen würden.



Foto: SKUMS, ADAC

**Ein Motiv der Plakatkampagne #fahrnunter.**

## Barrierefreie Medien – zentrale Anlaufstelle

Unter der Domain [www.barrierefreie-medien.info](http://www.barrierefreie-medien.info) können Informationen über barrierefreie Medien abgerufen und Beschwerden über unzureichende Barrierefreiheit eingereicht werden. Über die zentrale Anlaufstelle für Barrierefreiheit (ZABA) sind sowohl private als auch öffentlich-rechtliche Anbieter direkt erreichbar.

Die barrierefreie Ausgestaltung von Medien ist von hoher Bedeutung für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Der Medienstaatsvertrag enthält bereits einige wichtige Regelungen, die die Barrierefreiheit von Medien verbessern soll. Die nun gestartete Plattform ergänzt diese Regelungen um einen zentralen Punkt. *Quelle: Bremer Senatskanzlei*

## Newsletter anfordern

Falls Sie als Mitglied daran interessiert sind, einmal monatlich zu Anfang eines Monats (außer der Sommerausgabe) den Newsletter des SoVD-Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks zu erhalten, so bitten wir um einen entsprechenden Hinweis an folgende E-Mail-Adresse: [newsletter@sovd-hb.de](mailto:newsletter@sovd-hb.de).

## Mitstreiter\*innen fürs Ehrenamt gesucht

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände, die nicht nur die kulturellen Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, sucht der SoVD Bremen interessierte Menschen, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer freien Zeit machen möchten.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle.

Folgende Kreisverbände freuen sich über Ihren Anruf und erläutern Ihnen gerne die Details:

Kreisverband Bremen: Tel.: 0421/16 38 490,

Kreisverband Bremerhaven: Tel.: 0471/28 006.

Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ hilft ehemaligen Kindern aus Psychiatrie- und Behindertenhilfeeinrichtungen

# Fristen verlängert für Beratung und Anträge

**Die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ erbringt Anerkennungs- und Unterstützungsleistungen an Betroffene, die als Kinder oder Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1949 und 1975 beziehungsweise in der ehemaligen DDR im Zeitraum von 1949 bis 1990 in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder stationären Einrichtungen der Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben und heute noch an den Folgen leiden.**

Um Stiftungsleistungen erhalten zu können, war es bisher erforderlich, dass Betroffene sich spätestens bis zum 31. Dezember 2020 an eine Anlauf- und Beratungsstelle wenden und sich dort für Leistungen anmelden.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben für die im Zentrum der Stiftungsarbeit stehenden Menschen zu sehr nachteiligen Auswirkungen geführt. Auch die Arbeit in den regionalen Anlauf- und Beratungsstellen der Stiftung wurde erheblich erschwert.

Deshalb haben sich die Richter der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“, der Bund, die Länder und die Kirchen darauf verständigt, ihren Gremien zu empfehlen,

- die Anmeldefrist zum Erhalt von Stiftungsleistungen bis

zum 30. Juni 2021 zu verlängern,

- die Bearbeitungszeit in den Anlauf- und Beratungsstellen bis zum 31. Dezember 2022 zu verlängern und
- das Stiftungsvermögen um rund 17,5 Millionen Euro aufzustocken.

Den Errichtern der Stiftung war es von Anfang an wichtig, möglichst alle Betroffenen zu erreichen. Sie hatten daher die Anmeldefrist bereits um ein Jahr verlängert. Durch die Corona-Pandemie war der Zugang zu den Leistungen der Stiftung erheblich erschwert. Diese Nachteile sollen durch die erneute Verlängerung der Anmeldefrist ausgeglichen werden.

Durch die beabsichtigte Verlängerung der gemeinsamen Finanzierung der Anlauf- und Beratungsstellen soll sichergestellt werden, dass alle Anmel-

dungen, die innerhalb des verlängerten Anmeldezeitraumes erfolgen, geprüft und abschließend bearbeitet werden.

Zudem soll das Stiftungsvermögen auf insgesamt 305.517.383 Euro erhöht werden, um die vereinbarten Ziele der Stiftung zu erreichen.

Die Anlauf- und Beratungsstellen der Stiftung sind seit 2017 in allen 16 Bundesländern eingerichtet. Weitere Informationen zu den Anlauf- und Beratungsstellen und zur Stiftung Anerkennung und Hilfe bietet der barrierefreie Internetauftritt [www.stiftung-erkennung-hilfe.de](http://www.stiftung-erkennung-hilfe.de) und das Infotelefon der Stiftung Tel.: 0800/22 12 218.

In Bremen wurde die Anlauf- und Beratungsstelle beim Amt für Versorgung und Integration (AVIB), Doventorscontrescarpe 172 D, 28195 Bremen errichtet. Ansprechpartnerin ist Sa-

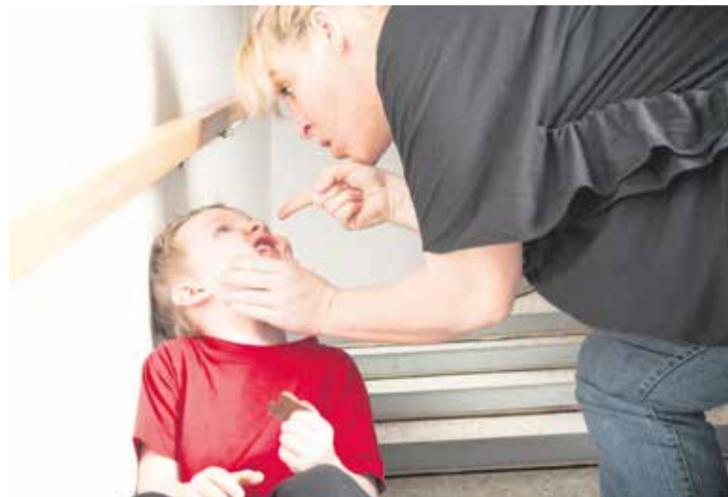


Foto: pololia/Adobe Stock

**Heimkinder waren nahezu rechtlos und nicht selten seelischer und körperlicher Gewalt des Pflegepersonals hilflos ausgesetzt.**

bine Rosebrock, Tel.: 0421/36 15 292, E-Mail: [sabine.rosebrock@avib.bremen.de](mailto:sabine.rosebrock@avib.bremen.de).

Sollten Sie als Leser\*in der SoVD-Zeitung von einer derartigen oder sonstigen sozialrechtlichen Fragestellung betroffen sein, können Sie sich in allen rechtlichen Fragen an die Landesgeschäftsstelle des Sozialverband Deutschland, Landesverband Bremen,

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, Fax: 0421/16 38 49 30, E-Mail: [info@sovd-hb.de](mailto:info@sovd-hb.de) wenden, damit geklärt werden kann, ob und in welchem Umfang Ansprüche bestehen. Beachten Sie bitte, dass spontane Besuche ohne Terminabsprache derzeit nicht möglich sind.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

## 5 Termine

Sämtliche Veranstaltungen der Orts- und Kreisverbände sind bis auf Weiteres aufgrund der aktuellen Corona-Krise abgesagt. Wird diese Regelung innerhalb der kommenden Monate aufgehoben oder geändert, werden die Mitglieder des Landesverbandes Bremen kurzfristig über die Ortsverbände, per „Handzettel“ und/oder über den monatlichen Newsletter darüber entsprechend informiert werden.

Auch die Termine der Wassergymnastik können leider aufgrund der Pandemie weiterhin auf unbestimmte Zeit nicht stattfinden.

## Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich. Er wünscht diesen alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Allen derzeit erkrankten Mitgliedern wünscht der Landesverband eine baldige Genesung.

## Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen sowie Ansprechpartner\*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle!

**Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord**

Breitenweg 10–12, 28195 Bremen. Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: [info@sovd-hb.de](mailto:info@sovd-hb.de).

**Kreisverband Bremerhaven**

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven. Tel.: 0471/28 006, E-Mail: [kreis-bremerhaven@sovd-hb.de](mailto:kreis-bremerhaven@sovd-hb.de).

Die Verbraucherzentrale Bremen zu Vergleichsportalen im Internet

## Fiese Falle oder guter Service?

**Mit wenigen Klicks erfahren, welcher Anbieter den attraktivsten Tarif für Kredit, Versicherung, Mobilfunk, Hotel oder Stromversorgung anbietet? Genau damit werben Vergleichsportale im Internet. Bieten die Portale tatsächlich schnelle Hilfe und einen guten Marktüberblick? Die Verbraucherzentralen haben dazu bundesweit tausend Nutzer\*innen befragt.**

Bei genauerer Betrachtung des Geschäftsmodells „Vergleichsportal“ zeigt sich: Die Portale sind meist weder neutral noch handeln sie uneigennützig. „Der vermeintlich kostenfreie Vergleich wird mehrheitlich durch die Provisionen der Anbieter für Vertragsabschlüsse finanziert“, so Thomas Mai, Finanzexperte der Verbraucherzentrale Bremen. „Die Portale verdienen nur, wenn über sie auch Verträge abgeschlossen werden. Und das am besten bei dem Anbieter, der die höchste Provision zahlt“, so Thomas Mai. Die Anbieter wiederum stehen unter dem Druck, auf einem der ersten Plätze des Vergleichs erscheinen zu müssen – wer weiter unten im Ranking auftaucht, hat kaum Chancen auf neue Kund\*innen.

Die Verbraucherzentrale Bremen erreichen immer wieder Beschwerden von Verbraucher\*innen, die im Nachhinein enttäuscht sind vom geschlossenen Vertrag, beispielsweise wenn sie die versprochenen Prämien oder Boni nicht erhalten, später von

Zusatzkosten überrascht werden oder bei Vertragsproblemen allein gelassen werden.

Am häufigsten verglichen die Befragten Versicherungstarife, gefolgt von Energieversorgern. In ihren Erwartungen an Vergleichsportale waren sich die Befragten über alle Altersklassen hinweg weitgehend einig: 96 Prozent der Nutzer\*innen war das beste Preis-Leistungsverhältnis „wichtig“ beziehungsweise „eher wichtig“.

Unabhängig davon, welche Aspekte am Ende den Ausschlag für die Wahl eines bestimmten Angebots geben: Die Befragten schlossen die Verträge für eine neue Versicherung zumeist direkt über das Vergleichsportal.

Werbeversprechen wurden nach den Angaben der Nutzer\*innen meist eingehalten. Allerdings wurde nur nach Vertragsabschlüssen der letzten zwölf Monaten gefragt. Bei Verträgen mit Energieversorgern entstehen steigende Kosten durch wegfallende Neukundenboni allerdings in der Regel erst nach dem ersten Vertragsjahr. Und manch einer mag erst



Foto: Alliance/Adobe Stock

**Online-Vergleichsportale erfreuen sich großer Beliebtheit.**

im Versicherungsfall bemerken, dass der gewählte Versicherungstarif wichtige Leistungen nicht enthält.

Info zu Versicherungen und Energieversorgern sowie zum sicheren Umgang mit Vergleichsportalen gibt es auf der Webseite der Verbraucherzentrale Bremen. Dort bekommt man auch anbieterunabhängige und fundierte Beratung zu den Themen Versicherungen, Finanzen und Energie.

Ämter für Grundsicherung und Eingliederungshilfe sind am Limit

## Misstände dringend abschaffen

**Nicht nur die Corona-Kontaktnachverfolgung fordert den Mitarbeiter\*innen in den Hamburger Ämtern alles ab. Vor allem in den Ressorts Grundsicherung und Eingliederungshilfe herrscht eine eklatante Personalnot.**

Seit Jahren wachsen die Aktenstapel auf den Schreibtischen stetig an, auch weil die neue Computersoftware mangelhaft ist und es an Kolleg\*innen fehlt. Das hat Folgen für alle Beteiligten. „Wenn ein Mitarbeiter im Amt für Grundsicherung statt 180 Fällen das Dreifache zu bewältigen hat oder eine Mitarbeiterin sich um 300 Anliegen zur Eingliederungshilfe kümmern muss, zeigt das klar, wie stark die Überlastung ist“, kritisiert der Landesvorsitzende Klaus Wicher. Im Schulterschluss mit Personalräten und der Gewerkschaft ver.di fordert er: „Mehr Personal in den Bezirksämtern, bessere Bezahlung, mehr Fortbildung.“

Hamburgs Sozialsenatorin Dr. Melanie Leonhard müsse endlich reagieren: „Auf der einen Seite hat sie eine Sorgfaltspflicht gegenüber den Menschen, die dringend und teils viel zu lange auf die Bewilligung ihrer Sozialleistung warten. Auf der anderen Seite ist sie als Dienstherrin in der Pflicht, für ihre Mitarbeiter\*innen, deren Arbeitszufriedenheit und Effizienz zu sorgen.“

Wicher beruft sich dabei auf die vielen Beschwerden von Mitarbeitenden, die sich bei ihrer Gewerkschaft gemeldet haben. So berichtet Sieglinde Frieß, stellvertretende Landes-



**Ver.di Gewerkschafterin Sigi Frieß und Klaus Wicher sorgen sich um die Lage in den Hamburger Ämtern.**

bezirksleiterin ver.di, dass vor allem der Personalmangel, die hohe Fluktuation und unzureichende technische Unterstützung für große Schwierigkeiten sorgen: „Dort muss Mehrarbeit über die physischen und psychischen Grenzen hinaus geleistet werden“, moniert die Gewerkschafterin. „Wer so unter Druck steht, kann nicht mehr so für die Menschen da sein, wie es angemessen wäre“, stimmt Klaus Wicher zu. Gerade die Schwächsten müssten diesen Misstand ausbaden.

Wicher sieht in den Ämtern eine klaffende Lücke zwischen Aufgaben und Ausstattung. Hinzu kommt, dass das neue Bundesteilhabegesetz in der

Eingliederungshilfe für noch mehr Arbeit gesorgt hat. Um den Personalnotstand wenigstens einigermaßen verwalten zu können, wurden deshalb schon Aufgaben aus der Eingliederungshilfe an die Grundsicherungsämter delegiert – das ist gerade so, als wolle man den Teufel mit dem Beelzebub austreiben: „Bisher gab es die Praxis, Personal von anderen Stellen dafür abzustellen. So werden aber nur an anderer Stelle neue Löcher gerissen“, warnen Wicher und Frieß. Stattdessen müssten mehr Externe angeworben und die Gehälter attraktiver werden. Für die Zukunft sollte besser und nachhaltiger vorgesorgt werden.



## Ansichten

Liebe Mitglieder,

zu Beginn eines neuen Jahres fassen viele Menschen gute Vorsätze für sich. Das geht den meisten von Ihnen sicherlich genauso. Dazu wünsche ich Ihnen ganz persönlich und von Herzen, dass Sie Ihre Vorhaben verwirklichen können.

Vor allem, bleiben Sie gesund! Das ganze Jahr 2020 hindurch haben wir uns mit dem Coronavirus herumschlagen müssen.

Im Sommer gab es eine kleine Atempause und viele hofften, das Virus könnte seine Gefährlichkeit verloren haben. Zum Herbstbeginn wurden wir wohl auch noch eine Weile im Jahr 2021 leben müssen. Auch bei uns im SoVD Hamburg ist seitdem vieles anders geworden. Versammlungen in den Ortsverbänden und Treffs konnten nicht mehr stattfinden, und wir haben gelernt, dass wir uns per Videokonferenz verständigen können, ja, verständigen müssen.

Mit Johann Wolfgang von Goethe möchte ich Ihnen Mut machen: „Hoffnung gießt in Sturmnacht Morgenröte!“ Die Meldung über einen wirksamen Covid-19-Impfstoff stimmt wirklich zuversichtlich. Wir werden allerdings abwarten müssen: Wann wird der Impfstoff verfügbar sein und kann er sich bewähren?

Der SoVD Hamburg hat die Krise bisher gut durchstanden. Wir konnten das 23.000. Mitglied begrüßen und wachsen immer noch. Ein starker Verband kann mehr erreichen: Deswegen lassen wir auch in schwieriger Zeit nicht davon ab, noch mehr Menschen für eine Mitgliedschaft bei uns zu begeistern. Denn wir können vielen in Alltagsfragen und in Not helfen.

Mit unseren neu aufgelegten und ganz aktuellen sozialpolitischen Leitlinien haben wir ein gutes Korrektiv an der Hand, mit dem wir die Hamburger Haushaltsplanungen für die kommenden beiden Jahre auf den Prüfstand stellen werden. Wir wollen deutlich mehr Sozialpolitik, einen Masterplan gegen Armut in der Stadt, mehr sozialen Wohnungsbau, die Einrichtung von Quartierzentren, die kostenlose Nutzung von ÖPNV, Kultur und Sport für Bedürftige, funktionierende Grundsicherungsämter und Eingliederungshilfen für behinderte Menschen und vieles mehr. Denn der Riss durch die Gesellschaft wird tiefer und mehr Menschen als bisher sind abgehängt worden. Dem stellen wir uns entgegen!

**Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender**



**Klaus Wicher**

Mehr Personal und mehr Wertschätzung für Hamburger Ämter gefordert

## „Die Belastung ist enorm“

**Immer wieder berichten Mitglieder von ihren negativen Erfahrungen mit den Ämtern für Grundsicherung und Eingliederungshilfe. Personalrat und ver.di-Mitglied Andreas Scheibner vertritt seit 34 Jahren die Interessen der rund 1.000 Beschäftigten im Bezirksamt Eimsbüttel. Klaus Wicher sprach mit ihm über die aktuelle Lage.**

**Herr Scheibner, was berichten die Kolleg\*innen aus dem Amt für Grundsicherung in Eimsbüttel aus ihrem Arbeitsalltag?**

Alle machen ihre Arbeit gern, die Belastung ist allerdings enorm und hat sich durch eine mangelhafte neue Software noch mal potenziert. Eine Kollegin beschreibt ihren Arbeitstag so: „Heute habe ich die Listen mit den offenen Leistungen abgear-

beitet, zwischendurch klingelte nahezu durchgehend das Telefon mit Beschwerden, warum was nicht bearbeitet wurde. Gleichzeitig kommen ständig E-Mails herein, die auch dringend sind. Wenn ich es schaffe, versuche ich ein Stück Post wegzuarbeiten. Zwischendurch kam eine Androhung für eine Stromabschaltung, und dann habe ich noch Unterlagen für einen Neuantrag Grund-

**Fortsetzung auf Seite 14**



**Andreas Scheibner**

## Neujahrsempfang 2021 im DGB-Haus

In Hamburg wird das neue Jahr traditionell gemeinsam vom SoVD Hamburg und den DGB-Senioren mit einem Neujahrsempfang eingeläutet. In Zeiten von Corona, in denen nichts verlässlich planbar ist, musste der Termin von Januar auf Mitte Juni 2021 verlegt werden.

Der Neujahrsempfang 2021 wird aber wie gewohnt im Musiksaal des DGB-Hauses am Besenbinderhof stattfinden. Die Begrüßung erfolgt durch den Hamburger SoVD-Landesvorsitzenden Klaus Wicher. Anja Piel vom DGB-Bundesvorstand hält die Rede zum Thema „Zukunft der Rente und Altersarmut“. Das Schlusswort wird Katja Karger, die Vorsitzende des DGB Hamburg, halten.

Um über eventuelle Änderungen auf dem Laufenden zu bleiben, schauen Sie gern auf unserer Webseite: [www.sovd-hh.de](http://www.sovd-hh.de) vorbei. Dort informiert Sie der Landesverband zeitnah über die aktuellen Entwicklungen.

Mehr Personal und mehr Wertschätzung für Hamburger Ämter gefordert

## „Die Belastung ist enorm“

Fortsetzung von Seite 13

sicherung, der anschließend ins System eingepflegt werden muss, versendet. Hinzu bekam ich verfügte Leistungen mit Prüfbemerkungen zurück, auch das muss schnell bearbeitet werden, da sonst die Gelder nicht rausgehen.“ Herr Wicher, Sie sehen es selbst: Man arbeitet nur noch hinterher, statt vorneweg.

**Da fällt es den Kolleg\*innen sicherlich schwer, motiviert zu bleiben**

Ja, das ist sehr frustrierend. An einigen Tagen steht die Hilflosigkeit den Mitarbeitenden förmlich ins Gesicht geschrieben. Da wird eine Sachbearbeiterin gerügt, weil sich in einem der Poststapel ein älterer Vorgang wieder angefangen hat. Statt Vorwürfen hätte die Kollegin eher Unterstützung und Verständnis gebraucht. Wenn in einem Amt statt 14 nur noch vier Mitarbeitende am Platz sind, ist es ja klar, dass man weder sein Pensum schafft, noch andere vertreten kann.

**Wo sehen Sie die Gründe dafür, dass sich die Lage so zugespitzt hat?**

So richtig eskaliert ist die Situation Anfang vergangenen Jahres, als die neue Verwaltungssoftware installiert wurde. Mit dem Ergebnis, dass jetzt alles noch länger dauert. Die Falleingabe und die Zahlungsanweisungen brauchen jetzt noch mehr Zeit als vorher. Teilweise stürzt das PC-System völlig ab. Zudem fehlt die Zeit, sich intensiv mit der neuen Software vertraut zu machen. Dadurch entstehen Fehler, die dazu führen, dass am Ende die Bescheide auf sich warten lassen.

Hinzu kommen lange Ausfälle wegen Krankheit. Das belas-

tet die anderen Kolleg\*innen so sehr, dass viele aufgeben und auf eine andere Stelle wechseln. Verschärft wird die Lage durch das Bundesteilhabegesetz, das für die Grundsicherungsämter eine bedeutende Mehrarbeit zur Folge hatte.

**Hat Corona die Situation verschärft?**

Es ist fast absurd, aber dadurch, dass zeitweise die Ämter für den Publikumsverkehr geschlossen waren, wurde der drohende Kollaps in der Grundsicherung erstmal verhindert. Trotzdem bleibt die Lage angespannt.

**Was bedeutet die Situation für diejenigen, die auf ihre Bewilligungen warten?**

Wenn Bescheide nicht kommen, verunsichert das. Es ist deshalb gut, dass es den Sozialverband gibt, der die Betroffenen berät und ihnen zur Seite steht.

**Die Personalnot in den Bezirksämtern ist ja nicht neu. Was hat die Stadt getan, um den Missstand anzugehen?**

Die Stadt schult Beschäftigte und schreibt laufend Stellen aus. Die Nachbesetzungen kommen aber nicht den Abgängen hinterher. Viele Beamtenanwärter\*innen entscheiden sich wegen der stressigen Situation lieber gleich für andere Abteilungen. Zurzeit werden die Stellen zentral für Hamburg ausgeschrieben. Die meisten Bewerber\*innen wollen aber lieber in der City arbeiten als weiter außerhalb. Die Ämter, die dort liegen, haben dann nichts davon.

**Was fordern die Mitarbeiter\*innen, damit sich die Abläufe für alle verbessern?**

Die Lösung ist natürlich mehr Personal. Aus meiner Sicht brauchen wir eine Aufstockung um 50 Prozent. Es macht für mich keinen Sinn, freie Stellen mit Kolleg\*innen aus dem gehobenen Dienst zu besetzen, stattdessen sollte man auf Mitarbeitende aus dem mittleren Dienst und Externe setzen. Neuzugänge könnten sich auch als Springer\*innen in die Materie einarbeiten und die Ämter der Stadt kennenlernen. Grundsätzlich brauchen wir eine bessere Bezahlung. Und zur benutzerunfreundlichen Software kann ich empfehlen, endlich das IT-System zu verbessern oder etwas leistungsfähigeres einzukaufen.

**Was muss als Erstes kommen?**

Die Mitarbeitenden sollten mehr Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten haben. Statt festen Sprechzeiten sollten feste Termine vergeben werden, so könnte man die Arbeitszeiten besser nutzen. Ebenso wichtig finde ich den respektvollen Umgang miteinander: Die Kolleg\*innen wünschen sich mehr Teamgeist sowie Motivation und Unterstützung durch die Führungskräfte.

Wenn die Verfahren endlos lange dauern, Bescheide nicht bearbeitet werden oder Zahlungen nicht korrekt überwiesen werden, rät der SoVD Hamburg seinen Mitgliedern, die Unterlagen von der Sozialrechtsberatung (Adressen siehe untenstehende Rubrik) prüfen zu lassen, sie persönlich einzureichen und sich den Empfang quittieren zu lassen. Ansonsten versucht der SoVD, über seine Fachjurist\*innen die Abläufe zu beschleunigen.“



## Sozialrechtsberatung

Wir müssen uns einschränken, aber wir lassen Sie nicht im Stich. Wir beraten weiter – trotz Corona! In jedem Fall finden Sie in unserer Landesgeschäftsstelle in Barmbek Hilfe und Beratung. Kommen Sie persönlich vorbei, rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine E-Mail.

Bei Redaktionsschluss war leider nicht bekannt, welche unserer weiteren Beratungsstellen aufgrund der aktuellen Corona-Entwicklung geöffnet sind. Die aktuellen Öffnungszeiten erfragen Sie bitte unter Telefon: 040/61 16 070, oder sehen Sie auf unserer Webseite

nach: [www.sovd-hh.de](http://www.sovd-hh.de).

• **SoVD-Beratungszentrum, Landesgeschäftsstelle**, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg. Montags bis mittwochs 9–16 Uhr, donnerstags 9–18 Uhr, freitags 10–14 Uhr.

Auch hier beraten wir Sie, wenn das öffentliche Leben wieder anläuft:

• **Lurup**, Luruper Hauptstraße 149, 22547 Hamburg, Tel.: 040/43 19 35 00. Dienstags bis donnerstags, 10–12 Uhr.  
• **Farmsen**, Marie-Bautz-Weg 11 (im Berufsförderungswerk Farmsen, Haus W, Raum 034,

EG), 22159 Hamburg, Tel.: 040/42 90 61 34. Montags, 10–12 Uhr.

• **Harburg**, Winsener Straße 13, 21077 Hamburg, Tel.: 040/77 59 57. Mittwochs, 10–13 Uhr, .

• **Altona**, Gefionstraße 3, Bürgertreff Altona-Nord (BiB), jeden 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr.

• **Langenhorn**, Tangstedter Landstraße 41, Bürgerhaus, jeden 1. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr.

• **Lokstedt**, Julius-Vosseler-Straße 193, Bürgerhaus Lenzsiedlung, jeden 2. Dienstag im Monat, 16–18 Uhr.



Foto: Knappschaftsklinikum Saar

Einige Krankenhäuser haben Schnelltests schon längst im Einsatz.

SoVD fordert mehr Personal für Corona-Tests

## Senioren schnell testen

Die neuen Antigen-Schnelltests entwickeln sich zu einem der Hoffnungsträger in der Corona-Pandemie: Im Gegensatz zu den normalen PCR-Tests weisen sie nach nur 15 Minuten eine mögliche Infektion mit dem Virus nach.

Vor allem für Pflegeheime ist die schnelle Variante interessant. Bewohner\*innen, Personal und Besucher\*innen können schnell getestet werden: „Das wäre enorm wichtig, damit die sozialen Verbindungen zur Familie, aber auch zu Freunden erhalten bleiben“, sagt Klaus Wicher. „Die Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren oder ganz zu verbieten will niemand nach den Erfahrungen im Frühjahr 2020. Die soziale Isolation älterer Menschen, vor allem in den Pflegeheimen, müssen wir unbedingt verhindern.“

Hier tut sich allerdings gerade ein massives Personalproblem auf. Denn das Infektionsschutzgesetz legt fest, dass Tests nur durch medizinisches Fachpersonal mit abgeschlossener dreijähriger Berufsausbildung vorgenommen werden dürfen: „Das stellt in der Praxis die Betreiber\*innen von Pflegeheimen vor große Herausforderungen. Denn, wer sich im Handling mit Corona-Tests schulen lässt oder diese ausführt, kann nicht gleichzeitig in der Pflege arbeiten“, sagt Klaus Wicher.

In vielen Pflegeheimen fehlt es für die Schnelltests also schlicht und einfach an ausgebildeten Mitarbeiter\*innen. Klaus Wicher fordert eine finanzielle Beteiligung des Staates an den zusätzlichen Kosten und mehr Unterstützung bei der Entwicklung von Testkonzepten. Zur fachlich versierten Untersuchung gebe es aber keine Alternative: „Vor allem für die Bewohner\*innen in Alten- und Pflegeheimen wäre es verheerend, wenn sich das Virus aufgrund falscher Ergebnisse ausbreiten würde.“

Barrierefreiheit auch für Hörgeschädigte

## Technische Hilfen fehlen

Senioren- und Pflegeheime werben gerne, dass ihre Häuser „behindertengerecht“ ausgestattet seien. Landesvorsitzender Klaus Wicher moniert, dass meist nur motorische Behinderungen berücksichtigt werden und nicht Hörbehinderungen.

SoVD-Landeschef Klaus Wicher: „Wir gehen davon aus, dass wenigstens die Hälfte aller Bewohner\*innen in den Seniorenheimen schlecht beziehungsweise gar nichts mehr hört.“ Technische Hilfen würden oftmals erst dann geleistet, wenn sich die Angehörigen einschalten. „Wer allein und auf sich selbst gestellt ist, dringt nicht immer beim Personal durch. Das liegt vor allem an dem straffen Arbeitsplan, den die Mitarbeiter\*innen täglich leisten müssten.“ Wenn es an der technischen Unterstützung für die Betroffenen fehlt, führt der Weg für sie in die zusätzliche Isolation. Wicher fordert eine bessere technische Ausstattung der Pflegeheime: „Das Problem ist, dass diese Einrichtungen in Hamburg ausschließlich von privater Hand betrieben werden. Die Stadt muss an dieser Stelle konkrete Standards festlegen, die für alle verbindlich sind.“ Zur Grundausstattung sollten gehören:

- Optische Lichtsignalanlagen für Wohnungstür und Telefon,
- Telefone mit akustischer Verstärkung,
- Fernseher mit Kopfhörern und einer für Hörgeräte geeigneten Technik,
- Funk- oder Induktionsanlage für Veranstaltungsräume.

Gesprächsrunde des frauenpolitischen Ausschusses zu Frauenhäusern

## Frauenhäuser in Corona-Zeiten

**Sachsen-Anhalt Corona beeinflusste wie überall auch die Arbeit des frauenpolitischen Ausschusses des Landesverbandes Mitteldeutschland. Der im ersten Halbjahr geplante Besuch eines Frauenhauses musste ausfallen. Um am Thema dranzubleiben, lud Landesfrauensprecherin Monika Lück kurzerhand zwei Fachfrauen zum Gespräch in kleinem Rahmen ein.**

Gerade in diesen schwierigen Zeiten sah es Monika Lück, Landesfrauensprecherin, als wichtig an, das Thema Frauenhäuser zu verfolgen. Und wegen der aktuellen Situation und vor dem zweiten Herunterfahren sämtlicher Vereinsaktivitäten hat die Landesfrauensprecherin sich

### Erhöhter Bedarf an Plätzen in den Frauenhäusern in Sachsen-Anhalt

entschlossen, nicht wie geplant mit der Frauengruppe ein Frauenhaus im Kreis zu besuchen, sondern die Bereichsleiterin Frauenhäuser Sachsen-Anhalt und die Teamleiterin und Koordinatorin Frauenhaus Magdeburg in die Landesgeschäftsstelle eingeladen.

In der Gesprächsrunde, an der alle Mitglieder des Landesfrauenausschusses teilnahmen, wurde die aktuelle Situation in den Frauenhäusern im Land thematisiert.

In Sachsen-Anhalt gibt es 19 Frauenhäuser, welche sehr gut vernetzt sind. Hochburgen sind Magdeburg, Dessau und Halle. „Wegen des steigenden Bedarfs erhöhte der Magdeburger Stadtrat die Frauenhausplätze von 10 auf 14“, berichtete die Bereichsleiterin.

Die Gesprächsteilnehmerinnen vermuteten, dass wegen Corona die Gewalt gegen Frauen gestiegen ist, allerdings gibt es keine verlässlichen Zahlen. Die Magdeburgerinnen konnten dazu berichten, dass die aktuelle Corona-Situation in ihrem Bereich bisher zu keinem

Anstieg des Bedarfs geführt hat.

Für die Frauenrunde war es interessant zu erfahren, dass die Finanzierung einerseits durch das Land und andererseits durch eine Ko-Finanzierung durch den Landkreis, die Städten und

Kommunen erfolgt. Diese ist jedoch nicht verpflichtend. Daraus ergeben sich auch große Unterschiede bei dem Eigenbeitrag der Frauen. Es gibt Häuser mit einem Beitrag von 19,49 Euro und andere, die bis zu 40 Euro verlangen. Die Frauen erhalten dafür ein Komplettpaket.

Neben den Frauenhäusern stehen für betroffene Frauen im Land zahlreiche kostenfreie ambulante Beratungsstellen zur Verfügung wie zum Beispiel Rückenwind e.V. Bernburg.

Bei Frauen, die aus schwierigen häuslichen Situationen kommen, ist auch die Polizei involviert. Im ländlichen Raum ist man weniger aktiv, da die Anonymität nicht gewährleistet ist. Allerdings sollte die Polizei sensibler mit den Frauen umgehen, da den Frauen das Selbstwertgefühl fehlt. In Sachsen-Anhalt gibt es sogar ein Gewaltschutzgesetz der Polizei.

Etwas 53 Tage verweilen die Frauen im Frauenhaus. 2019 waren es in Magdeburg sogar 68 Tage. Frauenhäuser sind die

Schnittstelle für Hilfe suchende Frauen, sie bieten Schutz, helfen bei Problemen, wie Schulden, Wohnungssuche, sind Wegweiser und versuchen die Frauen psychisch zu stabilisieren. Eines wurde in der Runde auch sichtbar: die Großstadt bietet mehr Schutz für die Betroffenen.

Problematisch gestaltet sich für die Frauenhausmitarbeiterinnen die Hilfe bei Frauen ohne Papiere und mit größeren Kindern. Der Anteil der ausländischen Frauen beträgt in Magdeburg 60 Prozent. Hier ist das Netzwerk eine große Hilfe, da diese Frauen oft verfolgt werden.

Die Frauen, die Hilfe suchen, kommen aus allen sozialen Schichten und haben ein Alter von 18 bis 80 Jahre. Frauen mit höherer Bildung besuchen eher die Beratungsstellen.

### Die Hilfe suchenden Frauen kommen aus allen sozialen Schichten

Am Ende wurde noch angemerkt, dass auch Männer vereinzelt nach Hilfe rufen. Einrichtungen für den Männerschutz gibt es in Leipzig und Bayern. Feste Strukturen existieren aber nicht. Für Männer in Magdeburg ist die Interventionsstelle ein Anlaufpunkt.

Nach den Ausführungen beantworteten die Gäste alle Fragen der Frauengruppe. Ein Fazit der Gesprächsrunde: Es wäre wünschenswert, wenn die Platzzahl der Frauenhäuser sich nach der Einwohnerzahl richten würde.



Der Kreisverband Halberstadt legte wie jedes Jahr am Volkstrauertag einen Kranz ab.

### Volkstrauertag im Corona-Jahr

## In kleinem Rahmen

**Sachsen-Anhalt Am Volkstrauertag findet jedes Jahr ein ehrendes Gedenken der Verstorbenen der Weltkriege statt. Der SoVD Halberstadt fand trotz Corona eine Möglichkeit des Gedenkens**

Im Jahr 2020 hatte sich die Stadt Halberstadt wegen der Corona-Pandemie gegen eine große öffentliche Feierstunde entschieden. Trotzdem gedachten viele Menschen und Organisationen der Toten, aber zeitlich versetzt und in kleinen Gruppen.

Auch der SoVD-Kreisverband Halberstadt hat sich für eine Würdigung im kleinen Kreis entschieden. Vorsitzender Klaus Schatter, und seine Frau Cornelia legten ein Gesteck im Namen des Kreisverbandes ab und hielten am Gedenkstein der Opfer des Bombenangriffes auf Halberstadt eine Gedenkminute ab.



Klaus Schatter



Cornelia Schatter



Fotos: Monika Lück:

Mitglieder des Frauenausschusses des SoVD-Landesverbandes redeten mit den geladenen Gästen über die aktuelle Situation der Frauenhäuser in Sachsen-Anhalt.

## Bitte Blut spenden!

**Thüringen** Auch wenn sich der Bestand nach einem Absinken zu Beginn der Corona-Krise wieder stabilisiert hat, sind Blutspenden auch weiterhin unabdingbar, um schwer kranke Patient\*innen umfassend zu versorgen. Gesundheitsministerin Heike Werner ruft deshalb alle Thüringer\*innen zur Blutspende auf: „Schätzungsweise 300 bis 350 Spenden werden täglich in Thüringen benötigt. In den Blutspende-Einrichtungen gelten hohe Hygienestandards, und es besteht auch während der Corona-Pandemie kein erhöhtes Infektionsrisiko. Ich bitte alle Menschen darum, auch weiter Blut zu spenden und damit schwer kranken Menschen zu helfen.“

SoVD unterstützt alleinerziehende Mutter und ihren schwerstbehinderten Sohn

## Transporter dringend benötigt

**Sachsen-Anhalt** Seit über einem Jahr unterstützt der Landesverband Mitteldeutschland eine alleinerziehende Mutter und ihren Sohn aus Aschersleben. Lucas wurde am 29. März 2014 mehrfach schwerstbehindert geboren. Seither versorgt und pflegt Janine Ohme ihren Sohn allein, denn der leibliche Vater und auch die Familie wandten sich ab.

Elke Nowakowsky, Vorsitzende des SoVD-Ortsverbandes Blankenburg, hat es sich zur Aufgabe gemacht, der alleinerziehenden Mutter in ihrer schweren Lage zu helfen, denn die junge Frau erhielt bisher wenig Unterstützung durch die Behörden.

„Lucas ist seit dem 1. Oktober 2019 wie seine Mutter Mitglied im SoVD, und wir haben Frau Ohme geholfen, Ansprüche für ihren Sohn geltend zu machen“, berichtet Elke Nowakowsky. Es wurde zum Beispiel ein Rollstuhl beantragt, der dann im Dezember 2019 bewilligt und geliefert wurde. Und auch die beantragten Beinorthesen wurden erst mit Hilfe des SoVD als notwendig bewilligt. Lucas hat sie im März 2020 erhalten.

Lucas saß bis Dezember 2019 in einem Auto-Kindersitz, danach bekam der Junge einen für ihn angefertigten, nicht klappbaren Rollstuhl. Und damit steht Janine Ohme vor dem nächsten Problem. Um mit ihrem Kind,



Lucas Ohme

das noch immer durch eine Sonde künstlich ernährt wird, zu notwendigen Untersuchungen in verschiedenen Kliniken innerhalb Deutschlands zu fahren, benötigt die tapfere Frau einen Transporter, in den Lucas mit dem Rollstuhl heineinpasst.

Janine Ohmes private finanzielle Mittel reichen nicht für den Kauf des dringend benötigten Fahrzeuges, das auch umge-

baut werden müsste.

Ortsvorsitzende Elke Nowakowsky konnte ihr helfende Stiftungen in ganz Deutschland nennen, und so schrieb Janine Ohme über 20 Stiftungen an. Auch die SoVD-Landesvorsitzende Kerstin Römer bat in einem Brief die Reichsbundstiftung in Hannover um Hilfe.

Bisher sind 11.000 Euro an Spenden durch zwei Stiftungen zusammengekommen.

Seit Monaten bemüht sich die Ortsvorsitzende um die Lösung der Probleme, damit sich die Lebenssituation der Mutter aus Aschersleben verbessert. Elke Nowakowsky teilte jetzt mit, dass mithilfe des Lionsclubs Blankenburg ein Spendenkonto eingerichtet wurde. Ein weiterer Erfolg, für den allen bisher Beteiligten Dank gebührt. Wer helfen möchte, kann Geld auf folgendes Konto einzahlen:

Spendenkonto: Lionsclub Blankenburg, Kontonummer: IBAN: DE93 8105 2000 0310 2688 18 (NOLADE21HRZ).

Vorsicht vor unpassenden Geldanlagen

## Zum Wechsel gedrängt

**Vorbei die Zeiten, in denen Verbraucher\*innen ihr Geld mit einem gut verzinsten Sparvertrag über Jahre „für sich arbeiten“ lassen konnten. In der aktuellen Niedrigzinsphase erleben viele Sparer, dass Banken und Sparkassen ihre langfristig angelegten Verträge vorzeitig abstoßen wollen.**

Eigentlich wollte der Verbraucher nur den allmonatlichen Kontoauszug bei seiner Bank ausdrucken. Doch die freundliche Dame am Schalter winkt ihn zu sich heran und weist ihn darauf hin, dass auf Sparkonten künftig Verwahrentgelte fällig werden. Ob er schon einmal daran gedacht hat, einen Bausparvertrag abzuschließen, um den drohenden Negativzinsen zu entgehen? – Hat der Kunde nicht, denn mit seinen über 80 Jahren sieht er keinen Investitionsbedarf. Die drohenden Gebühren bereiten ihm jedoch schon Sorge.

Ob allerdings an dieser Stelle ein Bausparvertrag für Hochbetagte oder risikoreiche fondgebundene Anlagen zu empfehlen sind, sieht die Verbraucherzentrale Thüringen als zweifelhaft.

„Von Situationen wie diesen berichten Verbraucher immer wieder. Das zeigt uns: Bankkunden können nicht immer davon ausgehen, dass Kreditinstitute ihnen bedarfsgerechte Anlageprodukte anbieten“, sagt Marianne Stietz, Fachberaterin für Finanzdienstleistungsprodukte bei der Verbraucherzentrale Thüringen. Die Interessen der Verkäufer\*innen in den Banken und Sparkassen hätten häufig Vorrang vor den Kundeninteressen. Oft werden unpassende Finanzprodukte angeboten, so die Expertin: „Der Verdacht liegt da nahe, dass sich Kreditinstitute auf diesem Wege auch der für sie inzwischen unrentablen Sparverträge entledigen wollen.“

Verbraucher\*innen sollten daher nie sofort einen neuen Vertrag unterschreiben. „Wir empfehlen, sich bei der Entscheidung für ein Anlageprodukt Zeit zu nehmen und verschiedene Angebote sorgfältig zu prüfen – vor allem, ob es wirklich zu den eigenen Bedürfnissen passt“, rät Marianne Stietz. „Auf keinen Fall sollten sich Sparer durch den Hinweis auf vermeintlich drohende Verwahrentgelte oder Negativzinsen unter Druck setzen lassen.“

Quelle: Verbraucherzentrale Thüringen

## Sprechstunden in Mitteldeutschland

**Aufgrund der Corona-Krise stehen alle Angebote unter Vorbehalt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den genannten Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Sprechstunde stattfindet!**

### Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/2 53 88 97. Fax: -98. Sprechzeiten nach telefonischer Vereinbarung, montags bis donnerstags, 9–15 Uhr und freitags, 9–13 Uhr.

### Sachsen-Anhalt Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle, nur nach telefonischer Absprache.

### Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstraße 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

### Kreisverband Salzland

Räume der Volkssolidarität, Wilhelmstraße 1, 06406 Bernburg. Sprechzeit: dienstags, 9–11 Uhr.

### Kreisverband Dessau

Steenische Straße 88

(Schule), 06842 Dessau, Tel.: 0340/8 82 69 23. Sprechstunde: dienstags, 15–16.30 Uhr.

### Kreisverband Halberstadt

Räume der AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs, 16–18 Uhr.

### Kreisverband Halle (Saale)/Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/774 8246. Sprechzeit: dienstags, 9–12 Uhr.

### Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 03933/80 43 77. Sprechzeit: jeden 1. Dienstag im Monat, 9–12 Uhr.

### Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/4 18 14. Sprechzeit: dienstags, 8–12 Uhr.

### Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine bitte über die Landesgeschäftsstelle erfragen.

### Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387

Oschersleben, Tel.: 03949/9 81 58. Sprechzeit: donnerstags, 9–11.30 Uhr.

### Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: jeden 1. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung unter Tel.: 03946/70 61 08 (Vorsitzender) und 03946/34 86 (Rentenberatung).

### Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/6 58 88. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 14–16 Uhr.

### Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 16–17.30 Uhr.

### Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechzeit: jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

### Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/6 03 66. Sprechzeiten: dienstags, 9–11.30 Uhr.

### Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechzeiten: 2., 3. und 4. Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, und nach Vereinbarung unter Tel.: 03943/63 26 31 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

### Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/6 47 33. Sprechzeiten: erster Dienstag und erster Mittwoch im Monat, 11–13 Uhr, und nach Vereinbarung.

### Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

### Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

### Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen

Konkordienstraße 46 (Erdgeschoss links), 01127 Dres-

den, Tel.: 0351/2 13 11 45, Fax: 0351/2 13 11 46, E-Mail: kv.dresden@sovd-sa.de. Sprechzeit: dienstags, 14–17 Uhr; telefonisch donnerstags, 14–16 Uhr.

### Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Ansprechpartner: Michael Fahr.

### Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 03581/87 83 022. Ansprechpartner: Olaf Anders.

### Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeit: montags und donnerstags, 10–15 Uhr. Vorherige Terminvereinbarung erforderlich.

### Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Ort und Sprechzeiten siehe Regionalbereich Thüringen.

Die Deutsche Herzstiftung klärt über die Bedeutung und Behandlung von niedrigem Blutdruck auf

## Harmlos oder bedenklich fürs das Herz?

Die Beschwerden sind schwer von Befindlichkeitsstörungen zu unterscheiden, der Leidensdruck kann hoch sein: Schwindel, Benommenheit, Flimmern vor den Augen, morgendliche Müdigkeit, Antriebsmangel, Konzentrations- und Leistungsschwäche. Auch kalte Hände und Füße, ein Gefühl des Luftmangels, Herzklopfen und innere Unruhe können auftreten. Einen niedrigen Blutdruck, der nicht auf eine Vorerkrankung zurückgeht, haben in Deutschland bis zu drei Millionen Menschen.

Eine Hypotonie, wie der niedrige Blutdruck in der Fachsprache genannt wird, liegt vor, wenn der systolische (obere) Blutdruckwert unter 110 mmHg liegt. Dieser Grenzwert ist unabhängig von der Höhe des diastolischen (unteren) Blutdruckwerts.

Bei organischer Ursache oder Krankheit kann oder

muss eine Behandlung des niedrigen Blutdrucks erfolgen. Das können eine Unterfunktion der Nebenniere, der Schilddrüse oder der Hirnanhangdrüse, eine Blutarmut, eine Erkrankung des vegetativen Nervensystems, Herzklappenfehler oder eine schwere Herzschwäche sein.

Bei niedrigem Blutdruck durch körperliche Veranlagung ist eine Behandlung nur bei Beschwerden wie den genannten notwendig, nicht medikamentös, sondern durch einfache Maßnahmen wie:

- eine erhöhte Kochsalzzufuhr (zum Beispiel kräftig nachsalzen oder kräftige Fleisch- oder Gemüsebrühe), denn das

Salz bindet Wasser, erhöht das Blutvolumen und somit auch den Blutdruck,

- eine ausreichende Flüssigkeitsaufnahme (2 bis 2,5 Liter am Tag),

- körperliches Training (Ausdauersport, Radfahren, Schwimmen, Joggen),

- Hydrotherapie (Wechselduschen, Kneippkuren, Trockenbürsten, Sauna),

- Kraftgymnastik (Liegestütze, Kniebeugen, Hantelübungen); die Muskulatur der Beine soll gekräftigt werden, um die Pumpfunktion der Venen zu verbessern,

- ausreichenden Nachtschlaf, für das Aufstehen muss genügend Zeit eingeplant werden,

- einen Aufenthalt in klimatischen Reizzonen.
- Ein großes Glas Wasser vor dem Aufstehen kann den Blutdruck erhöhen. Bei längerem Stehen soll die Wadenmuskulatur bewegt werden, um Ohnmachten vorzubeugen. Und auf Alkohol sollte

man weitgehend verzichten.

Auch ausgedehnte Krampfadern können die Neigung zu niedrigem Blutdruck verstärken. Für eine bessere Blutzirkulation in den Beinen sind hier Stützstrümpfe zu empfehlen. Vorübergehend kann es bei jedem Menschen zu niedrigem Blutdruck kommen, etwa bei längerer Hitzeeinwirkung, nach Infektionskrankheiten oder Durchfall wegen des Flüssigkeitsverlustes und nach längerer Bettruhe.

Kommt es beim Wechsel vom Liegen oder Sitzen zum Stehen oder bei längerem Stehen zu einem Blutdruckabfall mit Schwindel, Benommenheit

und Gangunsicherheit, liegt meist ein sogenannter orthostatischer niedriger Blutdruck vor. Zur Vermeidung sollte ein abrupter Wechsel vom Liegen oder Sitzen in die stehende Position vermieden werden. Der Lagewechsel sollte schrittweise und langsam erfolgen. Bei älteren Hochdruckkranken mit Be-



Foto: highwaystarz / Adobe Stock

**Menschen mit niedrigem Blutdruck dürfen sich es im Gegensatz zu den meisten anderen leisten, großzügig zu salzen.**

schwerden wie Schwindel und Benommenheit kann der orthostatische niedrige Blutdruck die Ursache der Beschwerden sein, möglicherweise durch Medikamente ausgelöst. Das können Diuretika sein, die die Wasser-

ausscheidung verstärken, Blutdrucksensoren wie Alpha-blocker, Psychopharmaka, Schlafmittel oder Medikamente gegen Parkinson. Wenn nicht, sollten Betroffene dem niedrigen Blutdruck durch die bereits erwähnten Maßnahmen entgegenwirken. Zusätzlich sollte beim Schlafen in der Nacht das Kopfende des

Bettes um 15 cm hochgestellt werden, um den Patienten an die aufrechte Körperhaltung zu gewöhnen. Der orthostatische niedrige Blutdruck tritt häufig bei älteren Menschen mit niedrigem und mit hohem Blutdruck auf und kann zu Stürzen mit all seinen Folgen führen.

Über die Formen der Hypotonie, wie und wann er therapiert werden sollte, informiert der Experten-Ratgeber „Niedriger Blutdruck: Ursachen und Therapie“, der bei der Herzstiftung unter Tel.: 069/95 51 28 400 kostenfrei angefordert werden kann. Unter [www.herzstiftung.de/ihre-herzgesundheit](http://www.herzstiftung.de/ihre-herzgesundheit) erhalten Betroffene weitere Infos.

*Niedriger Blutdruck tritt häufig bei älteren Menschen auf*

So wird eine Rettungsgasse für Einsatzfahrzeuge richtig gebildet ohne Verkehrsteilnehmende zu gefährden

## Sofortiges Bremsen ist die falsche Reaktion

Ein Martinshorn ertönt, im Rückspiegel erscheint Blaulicht und der Einsatzwagen nähert sich. Nun ist schnelles und besonnenes Handeln gefragt, um den Rettungskräften den Weg freizumachen. Aber wie wird richtig gehandelt? Einer der häufigsten Fehler, so der Deutsche Verkehrssicherheitsrat, sei beim Ertönen des Martinshorns unvermittelt auf der Fahrbahn abzubremsen. Damit wird nicht nur ein Auffahrunfall riskiert, sondern auch eine Behinderung des Einsatzwagens.

Autofahrer\*innen, die an einer roten Ampel auf „Grün“ warten, wenn von hinten „Blau“ kommt, sollten vorsichtig „über Rot“ in den Kreuzungsbereich einfahren. So erhalten alle, die dahinter sind, Platz, um den Weg für die Retter freizumachen. Ganz wichtig dabei ist, auf andere Verkehrsteilnehmer\*innen zu achten und niemanden zu gefährden. Ist die Ampel grün, so sollte nicht einfach losgefahren werden. Dann ist es angesagt, rechts zu blinken, die Geschwindigkeit zu verringern und an den rechten Fahrbahnrand zu fahren, um dort anzuhalten.

Wenn der Verkehr auf einer Hauptverkehrsstraße mit mindestens zwei Spuren stockt oder steht, so ist in der Richtungsfahrbahnmitte der Weg freizumachen. Auf einer dreispurigen Straße müssen die Fahrer\*innen eine Gasse zwischen dem linken und allen danebenliegenden Spuren bilden. Was viele nicht wissen: In der Regel darf die Standspur für die Bildung einer Rettungsgasse nicht genutzt werden. Dieses Prinzip gilt sowohl in der Stadt als auch auf Autobahnen und Bundesstraßen.

Folgende Faustregel, die

so genannte Rechte-Hand-Regel, hilft bei der Bildung einer Rettungsgasse: Die Verkehrsteilnehmer\*innen schauen sich ihren rechten Handrücken an. Die Finger symbolisieren die Fahrspuren, die vor einem liegen. Der Daumen ist die linke Spur, auf der die Autos etwas weiter nach links fahren sollten. Die „Lücke“ zwischen Daumen und Zeigefinger ist die Rettungsgasse.

Gibt es nur einen Fahrstreifen und von hinten nähert sich ein Einsatzfahrzeug, so muss die Geschwindigkeit verringert und der rechte Blinker gesetzt,



Foto: Thomas / Adobe Stock

**Der Idealfall bei einem Unfall: Alle Fahrer\*innen reihen sich so ein, dass eine freie Mittelgasse für Einsatzfahrzeuge entsteht.**

der rechte Fahrbahnrand angesteuert und das Fahrzeug angehalten werden. Dabei ist es wichtig, den Abstand zum voranfahrenden Fahrzeug ein-

zuhalten. Denn nur so kann der Pkw möglichst gerade am Fahrbahnrand halten, ohne mit dem Heck den Weg für die Einsatzkräfte zu versperren. mh

Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern rät

## Richtig lüften im Winter

**Auch wenn es draußen kalt ist und man es zu Hause warm haben möchte, sollte man nicht auf das Öffnen der Fenster verzichten. Das Lüften im Winter ist sehr wichtig für ein gesundes Raumklima. Die Wände können bei richtigem Heizen und Lüften nicht auskühlen.**

Wer täglich ein- bis zweimal zu Hause durchlüftet, kann sich und sein Heim schützen. Durch Stoßlüften kann man verhindern, dass Wände, Tapeten und Fußböden zu feucht werden. Vor allem das Kochen in der Küche, Dusch- und Wannenbäder aber auch die Atemluft lassen viel Raumfeuchtigkeit entstehen. Auch das nächtliche Schwitzen kann zur Entstehung von zu hoher Luftfeuchtigkeit beitragen. Eine relative Luftfeuchtigkeit von über 60 Prozent kann zu Schimmelbildung und gesundheitlichen Problemen führen. Ein- bis zweimal am Tag durchzulüften bringt frische Luft herein und befördert feuchtwarme Luft hinaus. Je mehr Personen im Haushalt leben, desto häufiger sollte gelüftet werden. Die Energieberatung der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern empfiehlt in den Wintermonaten eine Lüftungsdauer von drei bis fünf Minuten. Die Heizung sollte in der Zeit des Lüftens ausgeschaltet werden. Ab einer relativen Luftfeuchte von 70 bis 80 Prozent direkt an der Wand, können Schimmelpilze wachsen. Die Wand fühlt sich dafür weder feucht an, noch kann man sehen, ob sich Kondenswasser gebildet hat. Das kann man erst, wenn die Luftfeuchtigkeit bei 100 Prozent liegt.



Foto: mreco / Adobe Stock

**Auch im Winter ist regelmäßiges Lüften wichtig fürs Raumklima..**

## 5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs / fotolia

**Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher telefonisch bei dem Kreisverband, ob die Veranstaltung stattfindet.**

### Kreisverband Parchim

Jeden Dienstag, 9–12 Uhr: Sprechzeiten und Sozialberatung, Vergabe für Termine der Rechtsberatung unter Tel.: 03871/44 42 31.

## Rechtsberatung

**Güstrow / Schwerin:** 13. Januar, **Grevesmühlen / Wismar:** 20. Januar, **Parchim:** 27. Januar. Es berät Doreen Rauch.  
**Grimmen:** 6. Januar, **Greifswald:** 12. Januar, **Rügen / Stralsund:** 19. Dezember, **Röbel:** 26. Januar. Es berät Donald Nimsch.

Bitte melden Sie sich zur Terminvergabe bei den Kreisverbänden zu deren Geschäftszeiten! Die Nummern stehen rechts in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater\*innen sind auch außerhalb der Beratungszeiten telefonisch erreichbar in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0381/76 01 09 11 (montags bis donnerstags, 8–16 Uhr, und freitags, 8–12 Uhr).

Ausbildungsfreibetrag für Kinder in der Steuererklärung absetzbar

## Lehrzeit verursacht Extrakosten

**Eltern volljähriger Kinder können in der Steuererklärung einen besonderen Freibetrag geltend machen: den Ausbildungsfreibetrag. Der beträgt im Jahr bis zu 924 Euro beziehungsweise 77 Euro je Monat.**

Der Ausbildungsfreibetrag steht den Eltern zu, wenn sich das Kind in einer Berufsausbildung befindet, auswärtig untergebracht und volljährig ist sowie Anspruch für das Kind auf Kindergeld oder auf einen Freibetrag für Kinder besteht. Sind alle Voraussetzungen erfüllt, wird unterstellt, dass den Eltern Aufwendungen für die Berufsausbildung des Kindes entstehen.

Liegen die Voraussetzungen für den Ausbildungsfreibetrag nur für einen Teil des Kalenderjahres vor, so ermäßigt sich der Freibetrag von 924 Euro für jeden Monat, für den die Voraussetzungen nicht vorlagen. Und zwar um ein Zwölftel, gleich 77 Euro. Das gilt zum Beispiel dann, wenn das Kind im Laufe des Kalenderjahres das 18. Lebensjahr vollendet hat.

In der Steuererklärung wird der Ausbildungsfreibetrag in der „Anlage Kind“ unter „Freibetrag zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung eines volljährigen Kindes“ eingetragen. Auf die tatsächliche Höhe der Aufwendungen kommt es nicht an. Der Ausbildungsfreibetrag ist ein Freibetrag, mit dem alle anfallenden Aufwendungen abgegolten werden. Umgekehrt gilt aber auch, dass tatsächlich höhere Kosten nicht geltend gemacht werden können.

### Wie wird auswärtige Unterbringung definiert?

Eine auswärtige Unterbringung liegt vor, wenn das Kind für eine gewisse Dauer außerhalb des elterlichen Haushalts lebt. Das ist dann der Fall, wenn das Kind während der ganzen Ausbildung oder eines bestimmten



Foto: auremar / Adobe Stock

**Wenn Auszubildende für ihre Lehre aus dem Elternhaus ausziehen müssen, fallen oft Mehrkosten für die Eltern an.**

Ausbildungsabschnitts „auswärts wohnt“, zum Beispiel für die Dauer eines Studiensemesters. Auch liegt eine auswärtige Unterbringung vor, wenn das Kind sowohl räumlich als auch hauswirtschaftlich aus dem elterlich Haushalt ausgegliedert ist. Dies bedeutet, dass das Kind nicht bei den Eltern wohnt und vor allem hinsichtlich Einkauf und Verpflegung, Wäsche oder Reinigung der Räume eigenständig ist.

Wichtig: Führen die Eltern getrennte Haushalte und wohnt das Kind bei einem Elternteil, so ist das nicht „auswärtig“. Welche Gründe für die auswärtige Unterbringung maßgebend sind, ist dem Finanzamt im Grunde egal. Ebenso spielt es keine Rolle, ob das Kind verheiratet ist und mit dem\*der Partner\*in eine gemeinsame Wohnung unterhält. Selbst die Unterbringung in einer den Eltern gehörenden Wohnung zählt. Voraussetzung ist aber die eigene Haushaltsführung.

Beispiele für eine auswär-

tige Unterbringung sind Internate oder Heime, Unterbringung bei Verwandten, in einer Eigentumswohnung der Eltern mit eigenem Haushalt, Unterbringung in der Wohnung des\*der Lebensgefährte\*in oder Ehepartner\*partnerin oder in einer (reinen) Wohngemeinschaft, in einer Studentenbude oder in einer eigenen Mietwohnung im selben Haus wie die Eltern.

### Argumentationshilfe für das Finanzamt

Je näher das Kind zum Haushalt der Eltern lebt, desto eher wird das Finanzamt einer Ausgliederung aus dem elterlichen Haushalt widersprechen. An dieser Stelle reicht es dann meist, dem Finanzamt zu verdeutlichen, dass dem Kind die elterliche Wohnung nicht ausreichend Platz bietet, um genügend Ruhe für die Ausbildung zu haben oder dass das Kind mit dem\*der Lebenspartner\*in in einem eigenen Haushalt leben will. *mh*



## Kontakt

**Kreisverband Demmin:** Schützenstraße 1A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: 03998/22 51 24.

**Kreisverband Güstrow:** Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

**Kreisverband Ludwigslust:** Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

**Kreisverband Röbel:** Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

**Kreisverband Neubrandenburg:** Am Blumenborn 23, 17033 Neubrandenburg,

Tel.: 0395/5 44 17 26, Fax: 0395/37 95 16 22.

**Kreisverband Nordvorpommern:** Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

**Kreisverband Nordwestmecklenburg:** Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

**Kreisverband Parchim:** Ludwigs-luster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

**Kreisverband Rostock:** Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/7 69 61 30.

**Kreisverband Rügen:** Störtebe-

ker Str. 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

**Kreisverband Schwerin:** Mehrgenerationenhaus, Dreescher Markt 02, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/3 97 71 67.

**Kreisverband Stralsund:** Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: 03831/22 99 7 26.

**Kreisverband Vorpommern-Greifswald:** Makarenkostraße 9b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

**Kreisverband Wismar:** Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.



Tatsächlich sind immer mehr Menschen in Niedersachsen von Armut bedroht. Dagegen machen wir uns auch 2021 weiter mit unserer Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ stark.

Und auch sonst sind wir als Niedersachsens größter Sozialverband für Sie da: In unseren landesweit rund 60 Beratungszentren beraten wir Sie in allen Fragen des Sozialrechts und ziehen sogar für Sie vor Gericht. Darüber hinaus sorgen unsere ehrenamtlich Aktiven überall vor Ort dafür, dass in diesen schweren Zeiten kein Mitglied auf sich allein gestellt ist. Viele gute Beispiele finden Sie unter [www.sovd-helfende-haende.de](http://www.sovd-helfende-haende.de). Und falls Sie noch gute Vorsätze fürs neue Jahr brauchen: Dort erfahren Sie auch, wie Sie sich als Teil unserer starken SoVD-Gemeinschaft selbst für andere engagieren können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen Gesundheit, Kraft und alles Gute für 2021!

Bernhard Sackarendt  
SoVD-Landesvorsitzender

**Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,**

die Corona-Pandemie hat uns im vergangenen Jahr alle vor außergewöhnliche Herausforderungen und Belastungen gestellt. Und auch wenn die Aussicht auf flächendeckende Impfungen Hoffnung macht – die Krise ist noch nicht überwunden.

Besonders hart trifft es diejenigen, denen es ohnehin schon nicht gut geht: Ältere und Kranke, die nach wie vor von Einsamkeit und Isolation bedroht sind. Alleinerziehende, die zwischen Haushalt, Job und Homeschooling jonglieren müssen. Und alle, denen es schlicht am Geld fehlt, um noch viel länger durchzuhalten.

Landesblindengeld: SoVD fordert jährliche Anpassung

**Erhöhung reicht nicht aus**

**Zum 1. Januar steigt das Landesblindengeld in Niedersachsen von 375 auf 410 Euro monatlich. Der SoVD begrüßt die Erhöhung zwar, fordert aber eine jährliche Anpassung. Die letzte Erhöhung liegt vier Jahre zurück. Außerdem ist der Betrag aus Sicht des Verbandes – im Vergleich mit anderen Bundesländern – noch immer zu niedrig.**

Während in Bayern blinde Menschen als Ausgleich für ihre Mehraufwendungen 651 Euro erhalten, bekamen Betroffene in Niedersachsen in den vergangenen Jahren lediglich etwas mehr als die Hälfte.

„Dass dieser Betrag jetzt endlich erhöht wird, freut uns natürlich“, betont Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Gleichzeitig könne dies aber nur ein erster Schritt sein. „Es ist schwer zu erklären, warum Blinde in anderen Bundesländern wie Bayern oder Nordrhein-Westfalen mehr Unterstützung erhalten“, ergänzt er. Außerdem müsse es – wie bei anderen Leistungen auch – eine dynamische Anpassung geben. „Betroffene mussten vier Jahre lang auf die jetzige Erhöhung warten. Wir fordern eine jährliche Anpassung. Da muss die Landesregierung dringend nachbessern“, so der SoVD-Chef.

Im Zuge der Erhöhung fordert Niedersachsens größter Sozial-



Foto: Lennart Helal

**Mehr Unterstützung für Menschen mit Blindheit oder starker Sehbehinderung: Zum Jahreswechsel steigt das Landesblindengeld.**

verband auch die Einführung eines Taubblindengeldes. „Diese Leistung, die für Menschen bestimmt ist, die blind und gehörlos sind, existiert in an-

deren Bundesländern zum Teil seit Jahren. Nur Niedersachsen hinkt in dem Punkt hinterher und lässt Betroffene im Regen stehen“, sagt Sackarendt.

SoVD-Aktion zum Tag der Menschen mit Behinderung

**Gegen die Armutsgefährdung!**

**Zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember 2020 hat die SoVD-Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ auf dem Kröpcke in Hannover haltgemacht. Im Zentrum der Landeshauptstadt informierte Niedersachsens größter Sozialverband über die Armutsgefährdung von Menschen mit Behinderung und forderte die Politik zum Handeln auf.**

Immer mehr Menschen in Niedersachsen sind von Armut bedroht – viele von ihnen wissen es allerdings nicht. Neben Alleinerziehenden, Jugendlichen und Älteren sind gerade

auch Menschen mit Behinderung oft gefährdet: Sie tragen ein deutlich höheres Armutsrisiko als Menschen ohne Behinderung. Außerdem sind sie doppelt so häufig arbeitslos – und

das auch deutlich länger. „Betroffene verdienen oft weniger, haben im Gegenzug aber einen höheren finanziellen Aufwand, um die Barrieren, die aufgrund ihrer Behinderung entstehen,

auszugleichen“, kritisiert der SoVD-Landesvorsitzende Bernhard Sackarendt. „Wer in einer Werkstatt für behinderte Menschen arbeitet, ist darüber hinaus komplett vom allgemeinen Mindestlohn abgekoppelt.“

Auf diese Missstände hat die SoVD-Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ am Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung auf dem Kröpcke in Hannover hingewiesen. Dabei forderte der Verband für die Betroffenen bessere Angebote zur Information, Vermittlung und Begleitung bei der Arbeitsplatzsuche und am Arbeitsplatz sowie den Erhalt und die zeitgemäße Fortschreibung von Nachteilsausgleichen. „Wir zeigen immer wieder bestimmte Stellschrauben auf, an denen gedreht werden könnte, um die Situation nach-

haltig zu verbessern. Die Politik muss sich endlich bewegen“, stellt Sackarendt klar. Unternehmen müssten stärker dazu verpflichtet werden, Menschen mit Behinderung einzustellen. „Und diejenigen, die es nicht tun, sollten eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen“, so der SoVD-Chef. Aufgrund der UN-Behindertenrechtskonvention sei Deutschland seit mehr als zehn Jahren dazu verpflichtet, Menschen mit Behinderung das gleiche Recht auf Arbeit zu garantieren.

Zahlreiche Medienvertreter zeigten großes Interesse an der SoVD-Aktion in Hannover. Neben mehreren Tageszeitungen berichtete unter anderem das NDR Fernsehen.

Mehr Infos zur landesweiten Kampagne gibt es unter [www.armutsschatten.de](http://www.armutsschatten.de).



Foto: Stefanie Jäkel

**Rote Figuren in Lebensgröße als Mahnung, Bodenzeitung zum Mitmachen: Mit solchen Hinguckern hat die SoVD-Aktion auf dem Kröpcke in Hannover für viel Aufmerksamkeit gesorgt.**

SoVD fordert problemlosen Zugang und gleiche Informationen für alle

## Barrierefrei zur Impfung

Die Einrichtung der Corona-Impfzentren läuft auf Hochtouren. Der SoVD in Niedersachsen fordert, dass dabei die im Impf-Konzept anvisierte Barrierefreiheit auch tatsächlich umgesetzt wird – und zwar nicht nur im baulichen Bereich, sondern vor allem auch bei den Informationen rund um das Thema Corona-Impfung.



Foto: Lennart Helal

**Bitte ohne Hürden: Auf dem Weg zur Corona-Impfung darf es aus Sicht des SoVD keine Barrieren geben – weder baulich noch bei den nötigen Informationen.**

„Im Konzept der Landesregierung zur Ausstattung der Impfzentren ist zwar der Punkt Barrierefreiheit erwähnt, allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass Barrierearmut ausreichend sei. Das sehen wir ganz anders“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Landesverbands Niedersachsen. Gerade bei so wichtigen Themen wie Gesundheit

und Corona-Impfung sei es wichtig, dass alle Menschen Zugang zum Impfzentrum haben und alle die gleichen Informationen erhalten.

Deshalb reicht aus Sicht von Niedersachsens größtem Sozialverband auch eine reine bauliche Barrierefreiheit bei Weitem nicht aus. „Natürlich ist es zwingend notwendig, dass Menschen mit Behinderung

oder sonstigen körperlichen Einschränkungen die Gebäude problemlos betreten können. In unseren Augen geht Barrierefreiheit aber weit darüber hinaus. Es muss zum Beispiel auch Informationsmaterial in Leichter Sprache geben, mögliche Erklärfilme brauchen unbedingt Untertitel, Gebärdensprache und Audiodeskription“, fordert Sackarendt.

SoVD erklärt die neuen Regeln für gesetzlich Versicherte

## Mehr Zuschüsse beim Zahnersatz

Wer als gesetzlich Versicherter Zahnersatz benötigt, erhält dafür einen Zuschuss von der Krankenkasse. Dieser ist durch das Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung kräftig angestiegen – und lässt sich durch den Nachweis regelmäßiger Vorsorgeuntersuchungen im Bonusheft sogar noch weiter erhöhen. Der SoVD in Niedersachsen stellt die neuen Regeln vor.



Foto: Fotolia / Contrastwerkstatt

**Keine Angst vorm Zahnarzt: Wer regelmäßig zur Vorsorge geht, profitiert von deutlich höheren Zuschüssen beim Zahnersatz.**

„Bisher deckte der sogenannte Festzuschuss 50 bis maximal 65 Prozent der Kosten für die Regelversorgung mit einem Zahnersatz ab“, erklärt Katharina Lorenz aus dem SoVD-Beratungszentrum Hannover. „Seit Oktober übernehmen die Krankenkassen dagegen in jedem Fall mindestens 60 Prozent.“ Bei einer regelmäßig im Bonusheft dokumentierten Zahnvorsorge während der letzten fünf Jahre steige der Zuschuss auf 70 und

nach zehn Jahren sogar auf 75 Prozent.

In Härtefällen sei unabhängig von der Bonusregelung sogar eine vollständige Kostenübernahme möglich. „Voraussetzung dafür ist, dass der oder die Versicherte durch den selbst zu tragenden Eigenanteil unzumutbar belastet würde“, erläutert Lorenz. „Das ist zum Beispiel beim Bezug von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe der Fall.“

Darüber hinaus gelte die Härtefallregelung auch für Versicherte mit besonders geringem Einkommen. „Für Einzelpersonen liegt die Einkommensgrenze im Jahr 2021 bei monatlich 1.316 Euro brutto“, führt die SoVD-Beraterin aus. „Mit einem im selben Haushalt lebenden Angehörigen erhöht sie sich derzeit auf 1.809,50 Euro.“ Aber auch Versicherte, deren Einkommen leicht über der Grenze liege, könnten einen höheren Festzuschuss bekommen. „Dieser wird dann im Einzelfall von der Krankenkasse berechnet“, so Lorenz.

Individuelle Beratung zu allen sozialrechtlichen Fragen bietet der SoVD in Niedersachsen. Ratsuchende finden das nächstgelegene SoVD-Beratungszentrum unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de). Termine können auch direkt unter der zentralen Rufnummer 0511 65610720 vereinbart werden.

### BERATUNG



Foto: Stefanie Jäkel

### Jetzt vormerken: Januar-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

**Sie haben nur mal eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragdenSoVD.**

So funktioniert's: Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Beraterinnen und -Berater Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Gleich vormerken: Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am Dienstag, 5. Januar und am Dienstag, 19. Januar jeweils von 17 bis 18 Uhr statt. Alle Termine finden Sie auch unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de).

Sozialverband Deutschland  
Landesverband Niedersachsen

**SOVD**

## Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht

Unsere Beratung gibt Ihnen Sicherheit



Sozialverband Deutschland  
Landesverband Niedersachsen e.V.  
Herschelstraße 31  
30159 Hannover  
Tel. 0511 70148-0  
Fax 0511 70148-70  
info@sovnd-nds.de  
www.sovnd-nds.de

Corona-Impfungen: Pflegende Angehörige dürfen nicht vergessen werden

# SoVD fordert Priorisierung

Die Ständige Impfkommission beim Robert Koch-Institut hat eine Reihenfolge für die Corona-Impfungen vorgestellt – ohne die Nennung pflegender Angehöriger. Das kritisiert der SoVD in Niedersachsen und fordert die Landesregierung auf, sich für die Aufnahme in die Impfreihenfolge einzusetzen.



Foto: Lennart Helal

**Erhöhtes Corona-Risiko: Bei den geplanten Impfungen sollten pflegende Angehörige aus Sicht des SoVD dieselbe Priorität wie professionelles Pflegepersonal haben.**

Während Menschen über 80 Jahren, Heimbewohner, Pflegekräfte und andere Risikogruppen mit sehr hoher Priorität geimpft werden sollen, werden pflegende Angehörige in dem Entwurf der Ständigen Impfkommission des Robert Koch-Instituts nicht explizit erwähnt. „Angehörige leisten

einen wichtigen Beitrag, wenn es um die Versorgung von Pflegebedürftigen in ihrem eigenen Zuhause geht. Sie kümmern sich Tag und Nacht um das Familienmitglied, oft über die eigene Belastungsgrenze hinaus“, erläutert Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Landesverbands Niedersachsen. Ihre Aufgaben seien mit denen von Pflegepersonal in stationären Einrichtungen oder von ambulanten Diensten durchaus vergleichbar.

In einer nachgeordneten Stufe sind zwar Vorerkrankte mit erhöhtem Risiko und ihre engsten Angehörigen erwähnt, aus Sicht des SoVD sollten pflegende Angehörige in dem Impfplan jedoch deutliche Erwähnung finden. Außerdem müssten sie die gleiche Priorität beim Impfen erhalten wie das Pflegepersonal – also eine sehr hohe. „Es ist jetzt an der niedersächsischen Landesregierung, sich dafür starkzumachen, damit die Rechtsverordnung entsprechend formuliert wird“, fordert Sackarendt.

SoVD in Nienburg spendet an Förderverein

## Geld fürs Frauenhaus



Foto: Hans-Christian Boge

**Spendenübergabe im SoVD-Beratungszentrum (von links): Marina Gempfer von der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB), Sabine Dudeck vom Förderverein des Nienburger Frauenhauses, SoVD-Kreisfrauensprecherin Petra Knake, die SoVD-Kreisvorsitzende Erika Heine, Hilke Schmidt vom SoVD-Ortsverband Steimbke und SoVD-Geschäftsstellenleiterin Ayse Eker.**

Der SoVD in Nienburg hat 800 Euro an den Förderverein des Nienburger Frauenhauses gespendet. Sabine Dudeck, Schatzmeisterin des Fördervereins, nahm den Scheck im SoVD-Beratungszentrum Nienburg entgegen.

Das Geld soll unter anderem dabei helfen, die Möblierung im Frauenhaus zu verbessern, Kinderspielzeug zu kaufen und Frauen beim Auszug mit einem Zuschuss den Start zu erleichtern. Da wegen der Corona-Krise zurzeit etwa keine Einnahmen durch den Kuchenverkauf bei Veranstaltungen erzielt werden könnten, komme die SoVD-Spende gerade jetzt sehr gelegen, so Dudeck.

„Da auch wir unsere geplanten Veranstaltungen in diesem Jahr absagen mussten, hatten wir Geld übrig, das wir einem guten und sinnvollen Zweck zuführen wollten“, sagt die SoVD-Kreisvorsitzende Erika Heine.

## Nachruf

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. trauert zusammen mit dem SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt um das langjährige Mitglied im Kreisvorstand

### Günter Politze

Er verstarb am 1. Dezember 2020 im Alter von 86 Jahren. Günter Politze trat dem Verband im Jahr 1980 bei. Von 2008 bis 2018 gehörte er dem Vorstand des Kreisverbands Hannover-Stadt an. In dieser Zeit leitete er zudem als 1. Vorsitzender die Geschicke des Ortsverbands Hannover-West (ehemals Badenstedt-Davenstedt). Günter Politze hat sich mit seiner ehrenamtlichen Arbeit für unsere soziale Gemeinschaft große Anerkennung und Respekt verdient.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. wird dem Verstorbenen ein dankendes und ehrendes Andenken bewahren.

Weiterbildung für SoVD-Aktive

## Neuer AWT-Seminarkalender

Mehr als 30 Schulungen bietet das Aus- und Weiterbildungsteam (AWT) des SoVD-Landesverbands Niedersachsen im neuen Seminarkalender für das erste Halbjahr 2021 an.

Inhaltlich reicht das Angebot vom Bereich Finanzen über das Sozialrecht und das Verbandsleben bis hin zu EDV-Themen. Besonderes Augenmerk verdienen unter anderem zwei verschiedene Seminare zur Beteiligung an der landesweiten SoVD-Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“. Das eine vermittelt die aktuellen sozialrechtlichen Regelungen im Kontext von Armut und Armutsgefährdung und damit das Rüstzeug für die inhaltliche Kommunikation, das andere bietet hilfreiche Tipps für die konkrete Umsetzung der Kampagne vor Ort.

Die Teilnahme an allen Workshops ist für haupt- und ehrenamtlich SoVD-Aktive kostenlos. Wegen der aktuellen Corona-Situation fin-



Foto: Pexels GmbH / Artem Podrez

**Ohne Anreise bequem von zu Hause aus teilnehmen: Die Online-Seminare des AWT bieten neben dem Infektionsschutz noch weitere Vorteile.**

den die Seminare derzeit ausschließlich online statt. Wichtigste Voraussetzung für die Teilnahme über das Internet ist die Möglichkeit zur Audioausgabe per Kopfhörer oder Lautsprecher. Der Seminarkalender enthält alle weiteren Infos zur Durchführung und ist ab Jahresbeginn unter [www.sovd-weiterbildung.de](http://www.sovd-weiterbildung.de) abrufbar. Anmeldungen sind dort über ein Online-Formular oder per E-Mail an [weiterbildung@sovnd-nds.de](mailto:weiterbildung@sovnd-nds.de) möglich.

## TERMIN



Foto: Stefanie Jäkel

## SoVD bietet offene Telefonberatung an

**Der SoVD in Braunschweig veranstaltet am Mittwoch, 20. Januar 2021 zwischen 10 und 12.30 Uhr wieder eine offene Telefonberatung zu allen Fragen des Sozialrechts. Interessierte können sich unter der Nummer 0531 2444116 etwa über gerade jetzt in der Corona-Krise wichtige Themen wie Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld, Hartz IV, Wohngeld, Krankengeld oder Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht informieren.**

Der Sozialrechtsexperte Kai Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig, wird die Fragen der Anrufer beantworten. Die spannendsten Gespräche dieser Telefonberatung werden am Freitag, 5. Februar 2021 von 14 bis 15 Uhr in der Sendung „SoVD-Regional“ auf Radio Okerwelle 104,6 ausgestrahlt – selbstverständlich anonym. Auch außerhalb der Region Braunschweig kann die Sendung im Internet-Livestream unter [www.okerwelle.de](http://www.okerwelle.de) verfolgt werden.

## Impressum

Sozialverband Deutschland  
Landesverband Niedersachsen e. V.  
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover  
Tel.: 0511 70148-0  
Fax: 0511 70148-70  
[www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de)  
[presse@sovnd-nds.de](mailto:presse@sovnd-nds.de)

**Redaktion:**  
Christian Winter  
Tel.: 0511 70148-54

**Leitung:**  
Stefanie Jäkel  
Tel.: 0511 70148-69

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

**Vertrieb und Druck:**  
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Barrierefreiheit: SoVD im Heidekreis testet Einrichtung am Walsroder Bahnhof

## Lob für Park-and-Ride-Anlage

Der SoVD im Heidekreis hat die neue Park-and-Ride-Anlage am Bahnhof in Walsrode mit Blick auf die Barrierefreiheit unter die Lupe genommen. Ebenfalls vor Ort: der Erste Stadtrat Andre Reutzel, der sich über viel Lob für die Einrichtung freuen durfte. Dennoch gab es auch einige Kritikpunkte.



Foto: Klaus Müller

**Sind begeistert von der neuen Park-and-Ride-Anlage, sehen aber noch Verbesserungspotenzial: Jürgen Hestermann und Annette Krämer vom SoVD bei ihrer Besichtigung am Walsroder Bahnhof.**

„Die neue Park-and-Ride-Anlage am Walsroder Bahnhof ist vorbildlich“, sagt der SoVD-Kreisvorsitzende Jürgen Hestermann, der die neu geschaffene Einrichtung an der Bahnhofstraße zusammen mit Kreisfrauensprecherin Annette Krämer besichtigt hat. „Gleich voran sieben Parkplätze für Menschen mit Behinderung – das hat noch nicht mal Hannover“, stellt Hestermann fest.

Die Parkplätze sind breit und tief angelegt und ermöglichen Menschen mit Einschränkungen ein bequemes Ein- und

Aussteigen. Die riesige Anlage erlaubt kostenloses Parken direkt am Bahnhof. „Wo gibt es das heute noch?“, fragt Hestermann erfreut.

Andre Reutzel, Erster Stadtrat in Walsrode, war mit vor Ort und bekam von den SoVD-Aktiven viel Lob zu hören. Allerdings konnte er auch noch ein paar Tipps mit ins Rathaus nehmen – denn einige wenige Kritikpunkte gab es doch: „Warum müssen die kleinen Rinnen und Kanten sein, warum müssen Menschen mit Behinderung nach dem Aussteigen erst auf die Fahrbahn

gehen, um zum Bahnhof zu gelangen, und was soll der Zaun, der die Anlage zum Bahnhof hin begrenzt?“, wollte Hestermann wissen. Reutzel versprach, diese Punkte im Rathaus anzusprechen. Daran, dass der Fahrkartenautomat ganze 100 Meter entfernt liegt, könne die Stadt jedoch nichts ändern: Dass sei Sache der Bahn. Reutzel sagte aber zu, mit dem Unternehmen über das Problem zu sprechen. Hestermann und Krämer freuten sich über das offene Ohr des Ersten Stadtrats und bedankten sich für sein Verständnis.

Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung

### Einfach und bequem: Per App zum EUTB-Wunschtermin



Foto: Adobe Stock / Olesia Bilkei

**Kostenlos, barrierefrei und unabhängig: Die EUTB berät auf Augenhöhe und hilft Menschen mit Behinderung dabei, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.**

Ab sofort können Ratsuchende Ihren Wunschtermin bei der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) schnell und unkompliziert per App vereinbaren. Über eine Filterfunktion lässt sich dabei je nach Bedarf eine EUTB-Beratungsstelle in der Nähe finden, die besondere Erfahrungen mit spezifischen Teilhabe-Beeinträchtigungen wie Sehbehinderungen oder psychischen Beeinträchtigungen hat. Weiterhin informiert die App über verschiedene Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderung – zum Beispiel das Budget

für Arbeit oder die Elternassistenz. Die App „Teilhabeberatung“ steht kostenlos in den App-Stores von Apple und Google bereit.

Der SoVD in Niedersachsen ist Träger von landesweit elf EUTB-Beratungsstellen. Das niedrigschwellige Beratungsangebot auf Augenhöhe richtet sich an Menschen mit Behinderung und Menschen, die von Behinderung bedroht sind, sowie an ihre Angehörigen. Im Mittelpunkt steht die Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe – egal, ob es um Arbeit, Schule, Freizeit, barrierefreies Wohnen oder andere Themen geht.

Sozialverband Deutschland  
Landesverband Niedersachsen

SOVD

Wie groß ist dein

ARMUTS  
SCHATTEN

Immer mehr Menschen leben in Armut oder sind davon betroffen. Um etwas dagegen zu tun, muss die Politik endlich handeln. Mit unserer Kampagne weisen wir auf das Problem hin und machen die Gefährdung sichtbar. Denn: Betroffene brauchen dringend unsere Unterstützung.

[www.armutsschatten.de](http://www.armutsschatten.de)



Rückblick auf ein schwieriges Jahr: Landesgeschäftsführer Jens Eschmann über Verbandsarbeit in Corona-Zeiten

# Sozialrechtsberatung war auch 2020 erfolgreich

Einen Blick zurück auf ein schwieriges Jahr warf SoVD-Landesgeschäftsführer Jens Eschmann. Im Gespräch mit Landespressesprecher Matthias Veit zog er Bilanz der Arbeit im SoVD NRW. Nicht nur waren Treffen und Versammlungen schwierig, sondern auch die Beratungsstellen lange für den Publikumsverkehr geschlossen. Doch die Mitglieder nutzten die Hilfe per Telefon – und die lohnte sich.

**Herr Eschmann, ein krisenhaftes Jahr ist zu Ende gegangen. Wie hat der SoVD-Landesverband auf den Ausbruch des Virus reagiert? Was war zu tun?**

Natürlich hat die Pandemie auch in unserem Verband Spuren hinterlassen. So waren umfangreiche Schutzmaßnahmen zu treffen, um die Sicherheit unserer Mitglieder, ehrenamtlichen Funktionsträger\*innen und Mitarbeiter\*innen zu gewährleisten.

Diese bestanden zum einen in der Erstellung eines umfangreichen Schutz- und Hygienekonzeptes, welches für die Sozialberatungszentren, aber auch für die ehrenamtliche Tätigkeit gilt und bereits durch verschiedene Gesundheitsämter als „ausgezeichnet“ bewertet wurde.

Zum anderen sahen wir uns zum Schutze der Mitglieder und Mitarbeiter\*innen schweren Herzens gezwungen, die Sozialberatungszentren sowohl im Frühjahr bei der ersten Welle als auch nun seit Ende September bei der zweiten Welle für den Publikumsverkehr zu schließen. Dank des Engagements unserer Mitarbeiter\*innen konnten wir aber die Rechtsberatung und -vertretung telefonisch und digital im gewohnten Umfang und in der gewohnten Qualität fortführen.

**Wie hoch war der Beratungsbedarf denn 2020, ist die Zahl der Verfahren stark zurückgegangen?**

Nein, einen Rückgang der Verfahren konnten wir nicht verzeichnen.

Unabhängig von der Corona-Problematik werden weiterhin von den Behörden zahlreiche Entscheidungen getroffen, die die Bürger benachteiligen und gegen die diese sich zu Recht zur Wehr setzen.



Jens Eschmann

Wenn man berücksichtigt, dass der Medizinische Dienst kaum persönliche Begutachtungen zum Beispiel bei Anträgen auf höhere Pflegegrade durchführt, ist es im Grunde unausweichlich, dass die tatsächlichen Verhältnisse in Bezug auf die Pflegebedürftigkeit im Rahmen eines Telefonates nicht ausreichend berücksichtigt werden. So entstehen weiterhin Entscheidungen, die einer rechtlichen Überprüfung nicht standhalten.

Das Gleiche gilt in allen anderen Bereichen des Sozialrechts: Rechtswidrige Entscheidungen wird es immer und unter jedweden Verhältnissen geben. Unsere Mitglieder tun daher gut daran, entsprechende negative Bescheide durch uns überprüfen zu lassen. Der Erfolg gibt uns recht.

**Hat sich das Arbeiten denn verändert durch die Pandemie-Vorkehrungen?**

Natürlich ist die Umstellung von persönlicher Beratung in den Sozialberatungszentren auf telefonische und digitale Beratung eine erhebliche Veränderung. Allerdings konnten wir feststellen, dass weder unsere Mitarbeiter\*innen noch unsere Mitglieder Probleme mit der Umstellung haben. So werden die für die Beratung und Vertretung notwendigen Dokumente einfach vorher per E-Mail ausgetauscht, sodass eine seriöse und sorgfältige Prüfung stattfinden kann. Unsere Mitglieder haben das Angebot dankend angenommen. Sie waren froh, das Risiko einer Infektion zu minimieren zu können.

In Bezug auf die innerbetrieblichen Abläufe ist festzustellen, dass vermehrt Videokonferenzen stattfanden und dadurch Dienstreifen vermieden werden konnten. Die Kommunikation über diese neuen Wege steht dem Verband gut zu Gesicht, zumal gerade die jüngeren Mitglieder moderne Kommunikationsmittel bevorzugen. So sind wir zum Beispiel auch über Facebook erreichbar und im Gespräch.

**Ihr Blick auf 2021?**

Ich persönlich hoffe natürlich, dass die Pandemie uns nicht mehr derart beeinträchtigen wird wie in diesem Jahr. Einige positive Entwicklungen, die Hoffnung machen, gibt es ja durchaus.

Auf unseren Verband bezogen hoffe ich, dass wir wieder vermehrt zu angenehmen Anlässen wie eh-



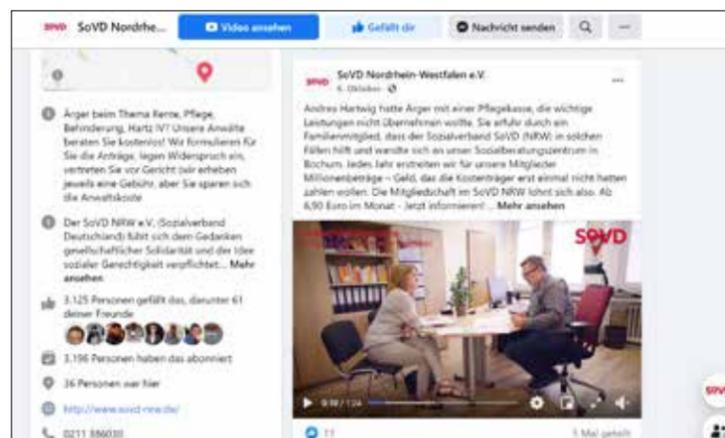
**Besprechung per „Zoom“-Schalte: Die Crew der Landesgeschäftsstelle ist wegen des Gesundheitsschutzes zurzeit auf zwei Teams aufgeteilt, Homeoffice und Präsenzzeiten im Büro wechseln sich ab.**

renamtlichen Veranstaltungen aller Art zusammenkommen können, um die soziale Komponente, die unseren Verband so sehr auszeichnet, zu stärken.

Darüber hinaus wollen wir auch unseren sozialpolitischen Verpflichtungen wieder öffentlichkeitswirksam nachkommen. So sind Kampagnen zum Thema Armutsgefährdung und soziale Kälte geplant, auch wenn diese unter dem Vorbehalt der Durchführbarkeit geplant werden müssen.

Unabhängig davon habe ich keinen Zweifel daran, dass wir unsere erfolgreiche Arbeit für die Mitglieder im Rahmen der Rechtsberatung und -vertretung auch unter den gegebenen Umständen fortsetzen werden. Die Bedeutung der Arbeit des SoVD NRW wird durch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Pandemie nicht geringer werden, sondern noch steigen. Auf uns ist Verlass!

Interview: Matthias Veit



Screenshot von www.facebook.com/SoVD.NRW

**Auch über Facebook bleibt der SoVD NRW erreichbar – Vorteil: keine Öffnungszeiten. Über 3.000 Menschen haben den Kanal des Landesverbandes schon abonniert und bleiben so auf dem Laufenden.**



Jens Eschmann (li.) im Gespräch mit Matthias Veit – natürlich mit genügend „Corona-Abstand“.



## Nachruf

Der SoVD trauert um seinen ehemaligen NRW-Landesvorsitzenden

**Friedrich-Wilhelm Herkelmann,**

der am 19. November 2020 im Alter von 71 Jahren verstorben ist.

Dieser kluge und bescheidene Mann prägte die Arbeit in unserem Verband über Jahrzehnte und tat dies bis zuletzt.

Seit 1971 war er aktives Mitglied, gestaltete hier zunächst die Jugendpolitik und nahm dann immer mehr Aufgaben wahr. Erst vor wenigen Monaten ehrte ihn die Stadt Dortmund für sein beherrschtes Engagement im sozialen Bereich. Friedrich-Wilhelm Herkelmann war viele Jahre Vorsitzender des SoVD-Kreisverbandes Dortmund, als Schatzmeister dort bis zuletzt im Vorstand tätig und darüber hinaus Vorsitzender des Ortsverbandes Brackel.

Außerdem war er seit 2006 Vorsitzender des Behindertenpolitischen Netzwerks der Stadt Dortmund und auch in dieser Funktion für unzählige Menschen ein nahbarer Ansprechpartner. Ebenso war Herkelmann in einer ganzen Reihe von städtischen Gremien vertreten, etwa im Bauausschuss, dem Gestaltungsbeirat, im Inklusionsbeirat und im Beirat Nahmobilität. Eine diskriminierungsfreie Beförderung im öffentlichen Nahverkehr war einer seiner Schwerpunkte, aber auch die Teilhabe am kulturellen Leben.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des SoVD NRW – dort war er bis zuletzt Mitglied – wurde er für seine klare Haltung und seinen mutigen Einsatz für Teilhabe und den Abbau von Barrieren aller Art sehr geschätzt. Herkelmann war seit 2004 Träger des Bundesverdienstkreuzes – und der Platz dieser Zeitung reicht einfach nicht aus, um all seine Verdienste zu würdigen.

Wir verlieren mit ihm eine starke Stimme für Inklusion, einen engagierten, couragierten Mitstreiter und vor allem einen Freund und äußerst liebenswürdigen Menschen. Unsere Gedanken sind nun bei seiner Familie. Wir werden seiner gedenken.



Foto: Roland Gorecki

**Friedrich-Wilhelm Herkelmann**

Online-Aktion der SoVD-Jugend in Nordrhein-Westfalen zum Mitmachen

## „Eure Sorgen hätten wir gern...“

**2020 war ein ungewöhnliches Jahr. Gerade für Kinder und Jugendliche änderte sich der Alltag durch kurzfristige Schulschließungen, Kontaktbeschränkungen und die Schließung von außerschulischen Angeboten enorm. Auch zum Beginn des Jahres 2021 ist keine Normalität eingeleitet.**

Trotz des großen Einflusses der Maßnahmen gegen das Coronavirus auf die Leben von Kindern und Jugendlichen wurde deren Situation politisch kaum thematisiert. Sie wurden vorrangig als Lernende wahrgenommen, deren Lebensmittelpunkt die Schule ist. Das Leben eines Kindes oder eines Jugendlichen besteht

aber aus viel mehr Facetten.

Deswegen möchte die SoVD-Jugend jungen Perspektiven in NRW Gehör verschaffen. Sie sammelt kreative Beiträge in Bild-, Ton- oder Textform und leitet diese anschließend an den Landtag weiter.

Eingeladen, daran teilzunehmen, sind alle Menschen unter

27 – egal, ob SoVD-Mitglied oder nicht. Nähere Infos zur Aktion veröffentlicht die SoVD-Jugend NRW auf ihrer Facebookseite und auch auf der Homepage des Landesverbandes. Sie freut sich über jeden Beitrag und hofft, möglichst viele Perspektiven von Jugendlichen in die Landespolitik tragen zu können.



Kontakt: Linda Malolepszy – Referentin für Frauen, Jugend und Kommunales, Tel.: 0211 / 38 603-22, Fax: 0211 / 38 21 75, E-Mail: l.malolepszy@sovd-nrw.de.

Der SoVD NRW und die SoVD-Jugend NRW sind im Netz zu finden mit eigenen Kanälen auf Facebook, Instagram und Twitter – und natürlich über die Homepage [www.sovd-nrw.de](http://www.sovd-nrw.de) unter dem Menüpunkt „Ihr SoVD NRW“ und dort „SoVD-Jugend“.



Fotos: Engine Akyurt, Hamza Nouasria / Unsplash; Montage: SoVD NRW

**Erlebnisse in der Corona-Pandemie: Die SoVD-Jugend NRW will der Landespolitik eine jugendliche Perspektive aufzeigen.**

SoVD NRW nutzt soziale Medien auch politisch – zum Beispiel zum Aktionstag

## Gewalt gegen Frauen bekämpfen

**In allen sozialen Fragen ist der SoVD-Landesverband Nordrhein-Westfalen auch über die sogenannten sozialen Medien erreichbar. Selbstverständlich nutzt er seine Kanäle bei Facebook und Co. aber auch für politische Kampagnen.**

So meldete der SoVD NRW sich etwa zum Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen am 25. November zu Wort und machte auf das Thema aufmerksam.

Auf Facebook, Instagram und Twitter wies der Landesverband aus diesem Anlass auch

mit einem Aktionsfoto aus der Landesgeschäftsstelle auf das bundesweite Hilfefon mit der Nummer 08000/116 016 und auf den Internet-Hashtag #schweigenbrechen hin.

Hier gibt es Kontakt zum SoVD NRW über die sozialen Medien:

- **Facebook:** [www.facebook.com/SoVD.NRW](http://www.facebook.com/SoVD.NRW),
- **Twitter:** @SoVD\_NRW für Nutzer\*innen des Dienstes; für Besucher\*innen: [https://twitter.com/SoVD\\_NRW](https://twitter.com/SoVD_NRW),
- **Instagram:** @SoVD\_NRW,
- **Youtube:** Sozialverband SoVD Landesverband NRW.

Mitglieder-Projekt: Erfahrungsberichte gesucht

## Corona-Geschichten

**Im Winter macht sich die Pandemie für viele ganz besonders bemerkbar. Den SoVD NRW interessiert, wie seine Mitglieder die aktuelle Situation wahrnehmen und bewältigen.**

„Wie haben Sie die dunkle Jahreszeit und die Weihnachtstage erlebt? Hat Sie die Corona-Lage sehr belastet? Sind Sie vielleicht sogar selbst erkrankt oder Freunde von Ihnen, Familienmitglieder?

Gab es trotz der kritischen Situation Lichtblicke, erfreuliche Momente, Erlebnisse, die erbaulich waren und für Zuversicht sorgten? Und wie blicken Sie in die Zukunft?“, fragt der Landesverband. „Schreiben Sie uns, wie es Ihnen ergangen ist in den vergangenen Wochen – gerne mit Foto, auf Wunsch aber auch anonym. Entscheidend ist nur, dass Sie etwas Lesenswertes mitzuteilen haben.“

Der Landesverband freut sich, von seinen Mitgliedern zu lesen: per E-Mail an [m.veit@sovd-nrw.de](mailto:m.veit@sovd-nrw.de) oder per Brief an Matthias Veit, SoVD NRW, Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf.



Foto: kerkezz / Adobe Stock

**Wie war Weihnachten und wie ist Winter in Corona-Zeiten?**



**Der Geschäftsführende SoVD-Landesvorstand machte auf das Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ aufmerksam, v. li.: Landesschatzmeister Klaus Kienemann, Landesschriftführer Norbert Tigges, 1. Landesvorsitzender Franz Schrewe, 2. Landesvorsitzende Gerda Müller, Bundes- und Landesfrauensprecherin Jutta König, 2. Landesvorsitzender Helmut Etkorn und Landesgeschäftsführer Jens Eschmann.**

Heinz Pütz vom SPA kämpft für Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr

# Wann kommt hier ein Aufzug?

**Es klingt wie ein Stück aus dem Tollhaus, ist aber nicht nur am Bahnhof in Geilenkirchen Realität: Rollstuhlnutzende fahren absichtlich erst einmal in die falsche Richtung, nehmen eine Station später den dort vorhandenen Aufzug und warten dann auf den nächsten Zug in die richtige Richtung.**

Wenn sie in diesem endlich sitzen, kommen sie wieder an genau dem Bahnhof vorbei, an dem sie gerne von vornherein in den richtigen Zug eingestiegen wären. Der Grund für diesen Irrsinn ist so einfach wie unverständlich: Um zum richtigen Gleis zu gelangen, bräuchte es für Rollstuhlfahrer\*innen einen Aufzug. Doch der ist dann entweder gerade wieder auf unbestimmte Zeit kaputt – oder wurde, wie in Geilenkirchen am Gleis 2, lange versprochen, aber immer noch nicht gebaut.

Gut ein Drittel aller Bahnsteige im Nah- und Fernverkehr der Deutschen Bahn ist nicht barrierefrei. Bei über einem Fünftel scheitert es daran, dass sie nicht ohne Stufen erreichbar sind.

## Behindertenbeauftragter Heinz Pütz macht Druck

Heinz Pütz bringt das regelrecht auf die Palme. Seit vielen Jahren ist er Behindertenbeauftragter der Stadt Geilenkirchen und setzt sich mit viel Engagement und Beharrlichkeit für Teilhabe ein. Er ist auch Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss (SPA) des SoVD NRW und wird für seinen Einsatz im Verband sehr geschätzt.

In seiner Heimat Geilenkir-



Foto: Udo Stüsser / Geilenkirchener Zeitung

**Hier wartet man nicht vor dem Aufzug, hier wartet man auf den Aufzug! – Verärgerung über mangelnde Barrierefreiheit im ÖPNV.**

chen bekommt er aber auch Gegenwind. Denn er macht auf Missstände wie die mangelnde Barrierefreiheit aufmerksam und eckt damit gelegentlich an; und zwar immer dann, wenn er Druck macht, zügige Lösungen fordert.

## Deutsche Bahn reagiert auf die Kritik gar nicht

Was den nicht vorhandenen Aufzug am Bahnhof Geilenkirchen angeht, hat er bisher überhaupt keine Reaktion bekommen, zumindest nicht von der Deutschen Bahn.

Pütz hat in seiner Heimat

schon viel erreicht, auch durch Pressearbeit, persönliches Engagement, öffentlichkeitswirksame Aktionen. Der Bahnhof aber scheint ein besonders „dickes Brett“ zu sein. Auf einen behindertengerechten Ausbau dort drängt er bereits seit 2004.

Heinz Pütz lässt sich davon aber nicht bremsen, im Gegenteil: Landrat Stephan Pusch hat ihn inzwischen sogar zum stellvertretenden Behindertenbeauftragten des Kreises Heinsberg gemacht. Die Arbeit geht für Pütz weiter – und sie wird vorerst auch nicht weniger.

Zuwachs für Altena und Oberes Versetal

# Fusion der Ortsverbände im Märkischen Kreis

**Im SoVD-Kreisverband Märkischer Kreis gibt es strukturelle Veränderungen. So wurden die Ortsverbände Werdohl und Nachrodt-Wiblingwerde im September 2020 aufgelöst. Die betroffenen Mitglieder sind nun Teil der Gemeinschaft des Ortsverbandes Altena.**

„Damit wächst der Ortsverband auf 900 Mitglieder“, so Vorsitzender Gerd Robakowski. Der Ortsverband Lüdenscheid wiederum ging im Ortsverband Oberes Versetal auf. Die Mitglieder wurden entsprechend umgemeldet.

Insgesamt hat der SoVD im Märkischen Kreis 2.142 Mitglieder. Zuständig für deren sozialrechtliche Anliegen ist das Beratungszentrum in Hagen (Bergstraße 128–130). Mit ihrem Team kümmert sich eine Juristin kompetent und freundlich um Fragen und Streitigkeiten bei Themen wie Rente, Erwerbsminderung, Pflege, Schwerbehinderung oder Grundsicherung.

Aufgrund der dynamischen Corona-Lage sind die 19 Beratungszentren des SoVD NRW derzeit nicht für den Besuchsverkehr geöffnet. Der Verband ist aber per E-Mail, telefonisch und auch über soziale Medien wie Facebook erreichbar. Die Zahl der Verfahren und Erfolge gegenüber zahlungsunwilligen Kostenträgern sei trotz der Pandemie hoch, betont Landesgeschäftsführer Jens Eschmann: „Aber natürlich hoffen auch wir, unsere Beratungsstandorte bald wieder für unsere Mitglieder öffnen zu können, da diese die individuelle Betreuung und den persönlichen Kontakt beim SoVD sehr schätzen.“ Das gelte auch für die vielen Veranstaltungen im Ehrenamt, die zum Bedauern, aber auch zum eigenen Schutz nicht stattfinden können.

Weitere Informationen gibt es auf [www.sovd-maerkischer-kreis.de](http://www.sovd-maerkischer-kreis.de) und bei den Ansprechpartner\*innen:

**Märkischer Kreis:** Bernd Kaiser, Vorsitzender, Tel.: 02351 / 85 192.

**Ortsverband Altena:** Gerd Robakowski, Vorsitzender; Ilse Zander-Robakowski, stellv. Vorsitzende und Schriftführerin, Tel.: 02392 / 75 15; Hannelore Hawer, Frauensprecherin, Tel.: 02352 / 24 151.

**Ortsverband Oberes Versetal:** Heinrich Dlugi, Vorsitzender, Tel.: 02351 / 13 932.



**Elke Köhn (li.) und Jutta König überraschten Mitglieder ihres Ortsverbandes – coronabedingt an der frischen Luft.**

Besuch vom Ortsverband Langendreer bereitete Freude

## Wohlfühl-Aktion

**Der Ortsverband Langendreer (Kreisverband Bochum-Hattingen) war im Sinne der Wohlfahrtspflege unterwegs: Bundesfrauensprecherin Jutta König als Ortsvorsitzende sowie Elke Köhn, Ortsfrauensprecherin, statteten den älteren Mitgliedern einen Besuch ab.**

Gerade im Jahr 2020, in dem die Coronavirus-Pandemie alle Aktivitäten in den SoVD-Gliederungen außer Kraft setzte, waren diese Besuche in der Vorweihnachtszeit Gold wert. Mit einem kleinen Präsent machten sich die Damen auf den Weg.

Viele ältere Mitglieder hatten enormen Redebedarf, die Treffen waren zum Teil sehr emotional. Unterm Strich war die Aktion ein voller Erfolg, verbreitete viel Freude und sorgte für regen Austausch. Alle hoffen, dass Corona bald der Vergangenheit angehört – und der Ortsverband wieder aktiv seine Mitglieder betreuen kann.

Ungewöhnlicher Jahresabschluss im Ortsverband Duisburg-Marxloh

# Versammlung im Freien

**Trotz der Coronavirus-Pandemie traf sich der SoVD-Ortsverband Duisburg-Marxloh auch 2020 zur Jahresabschlussversammlung mit Ehrung und zu angeregten Gesprächen – und zwar draußen und „auf Abstand“.**

Die Mitglieder freuten sich sehr über das Treffen, auch unter den ungewohnten Bedingungen. Zudem wollte der Vorstand es nicht versäumen, allen eine Weihnachtstüte zu überreichen.

Evelyn Oberhoff hatte 10-jähriges Jubiläum und erhielt dafür ein besonderes Präsent.

„Wir hoffen, dass Corona bald Geschichte ist, da den Mitgliedern der persönliche Kontakt in

den Versammlungen sehr fehlt“, so Klaus Seidel (*auf dem kleinen Foto*), Vorsitzender des Kreisverbandes Westliches Ruhrgebiet/Unterer Niederrhein und des Ortsverbandes Marxloh.



Marxloher Mitglieder beim „besonderen“ Treffen am Jahresende.



Ehrung für Evelyn Oberhoff.

## Nachruf

Am 7. November 2020 verstarb das langjährige und älteste Mitglied des Ortsverbandes Eving,

**Paul Bensch,**

im Alter von 96 Jahren.

Paul Bensch trat 1973 in den Sozialverband Deutschland (SoVD), den früheren Reichsbund, ein. Seitdem war er ein gern gesehener und regelmäßiger Teilnehmer der Mitgliederversammlungen im Ortsverband. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



Der Vorstand

Paul Bensch



## Aktuelle Urteile

### Schulrecht / Corona: Belege für Befreiung vom Unterricht

Gibt die Mutter eines schulpflichtigen Mädchens an, dass der Bruder „ein erhöhtes Risiko hat, an Covid-19 zu erkranken“, oder dass sie fürchte, beim Sohn nähme eine Infektion einen

schweren Verlauf, so kann sie das mit „nicht nachvollziehbar begründeten Unterlagen“ nicht beweisen. Damit erreicht sie für die Tochter keine Befreiung vom Präsenzunterricht; zumal, wenn die Stellungnahme eines Amtsarztes vorliegt, laut der für

den Jungen „mit überwiegender Wahrscheinlichkeit kein erhöhtes Infektionsrisiko“ bestehe. Die Tochter habe einen Bildungsanspruch, dem „am besten im Wege des Präsenzunterrichts Rechnung getragen werden kann“ (VwG Aachen, Az.: 9 L 855/20). *wb*



## Der Landesverband gratuliert

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern im Januar sowie allen Jubilarinnen und Jubilaren wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.



Foto: Smileus / AdobeStock

**KV Bergisches Land:** Gisela Henkel (90).

**KV Bielefeld:** Gerda Milerski (91), Anneliese Meise (94), Alice Adomeit (93), Charlotte Hartert (90), Ruth Geilhaupt (92), Margarete Hansmeier (94).

**KV Bochum-Hattingen:** Georg Kloss (90), Werner Matsysik (92), Bernhard Brockmann (96), Erich Galka (91), Hildegard Kempken (90), Elfriede Otto (92).

**KV Dortmund-Lünen:** Erwin Döring (90), Ewald Laufer (94), Ingeborg Schulz (95), Klara Althoff (96), Annelore Möller (96), Brigitte Leiter (94), Hilde Ronczka (90), Anna zur Heiden (99), Margot Link (95).

**KV Düsseldorf:** Hildegard Quandt (90).

**KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein:** Genevieve Niethammer (91), Anneliese Klein (95), Ingeborg-Anneliese Flasche (91).

**KV Essen:** Ingrid Schrage (91), Christa König (95), Géza Geber (90).

**KV Gelsenkirchen-Bottrop:** Anna-Marie Schubert (98), Anna Dupont (94), Luise Zägel (91), Walter Maniak (90), Helga Gembaczka (91), Gerhard Czerwinski (91).

**KV Gütersloh:** Anneliese Meyer zu Verl (92), Wolfgang Reich (90), Hildegard Winkler (94).

**KV Hamm-Unna-Münster:** Kurt Henke (98), Bruno Rutzen (90), Irmgard Zschäbitz (94), Herta Karow (92), Hubert Paul Silski (90), Margarete Niggemann (97), Wanda Migotz (100), Margot Strzelczyk (94).

**KV Herford:** Irmgard Kleineweber (92), Martin Berger (91), Ruth Heidenreich (90).

**KV Herne:** Anna Eggemeier (97), Henrich Muranski (90).

**KV Iserlohn-Hagen:** Anneliese Kerle (99).

**KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen:** Hartmut Kun-

zendorf (91).

**KV Lippe:** Elsbeth Huneke (90), Ruth Hanemann (92), Friedrich Salmen (92), Willi Frohloff (96), Hildegard Hilkeimer (90), Cornelia Pfeiffer (92), Hildegard Albeke (91), Giesela Knoll (96).

**KV Lübbecke:** Edith Koch (91), Meta Otto (94), Gisela Clauß (91), Helene Wellpott (95), Ursula Möhle (90), Lina Meyer (91), Helga Golcher (93), Hilde Pollert (95), Hilde Wojtke (93), Mimi Aschemeyer (97), Else Fricke (96), Else Mülken (93), Marie Möhle (104), Erna Niermann (93), Minna Pohlmann (92), Hildegard Westerhoff (92), Walter Sporleder (90), Adele Wittenbrink (90), Grete Bölling (97), Heinrich Meier (93), Heinz Vahrenkamp (91), Edith Krüger (91), Luise Fuhrmann (92), Herta Wolter (95), Werner Hülshorst (92), Josef Deipenbrock (93).

**KV Märkischer Kreis:** Irmgard

Schulte (96), Willi Ullrichskötter (90), Anneliese Klein (91), Ilse Gellrich (90).

**KV Minden:** Inge Teichner (90), Rudolf Gödel (91), Hans Hackert (93), Elise Huter (101).

**KV Recklinghausen / Borken / Bocholt:** Hella Krzykowski (91), Werner Lechtenböhrer (97), Helga Willstumpf (90), Harry Krzykowski (92), Rudolf Bialowons (91), Helga Schmidtke (93).

**KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg:** Gertraud Schneider (98), Angela Meis (90), Else-Elfriede Hornig (100), Else Kessel (90).

**KV Siegen-Olpe-Wittgenstein:** Magdalene Patt (97), Heinz Schneider (93).

**KV Westfalen-Ost:** Ursula Auras (94), Elisabeth Hinse (90).

**KV Witten:** Fritz Czirsch (93), Gerhard Hass (91), Rudi Frank (90), Helga Beckh (91).

## 5 Termine



Foto: Wellnofer Design / AdobeStock

Wegen der aktuellen Corona-Maßnahmen kann der SoVD NRW Veranstaltungen, zum Beispiel Mitgliederversammlungen, derzeit nicht oder nur unter Vorbehalt anbieten. Gesellige Treffen und Fahrten müssen entfallen. Bitte erkundigen Sie sich im Zweifel telefonisch, online oder per E-Mail bei Ihrem Kreis- oder Ortsverband, ob – oder unter welchen Bedingungen – dort Termine stattfinden!

## Sozialberatung



Foto: pictworks / AdobeStock

Die SoVD-Geschäftsstellen und Sozialberatungszentren sind wegen der Corona-Krise leider derzeit für den Publikumsverkehr geschlossen. Doch der SoVD NRW hilft bei sozialrechtlichen Fragen gerne am Telefon oder per E-Mail weiter.

Fast 100 Mitarbeitende in den 19 lokalen Beratungsstellen in ganz NRW und in der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf unterstützen Ratsuchende durch ihr Wissen, ihre Expertise und ihren Einsatz und verhelfen ihnen zu ihrem Recht. Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ist erreichbar unter Tel.: 0211 / 38 60 30.

Alle Kontaktdaten stehen im Internet unter: [www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren](http://www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren). Es gibt auch einen Flyer mit den Geschäftsstellen. Das PDF ist über die Homepage herunterladbar.

## Impressum

**SoVD Nordrhein-Westfalen e. V.**, Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: [www.sovd-nrw.de](http://www.sovd-nrw.de), E-Mail: [info@sov-d-nrw.de](mailto:info@sov-d-nrw.de).

**Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage:** Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: [m.veil@sov-d-nrw.de](mailto:m.veil@sov-d-nrw.de).

**Schlussredaktion:** Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 7 26 22 21 41, E-Mail: [redaktion@sov-d.de](mailto:redaktion@sov-d.de).

**Druck und Vertrieb:** Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

**Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!**

## Hohe Verbandsjubiläen

**40 Jahre:** Irene Andert, Renate Höner, Wolfgang Schweitzer (Bielefeld), Werner Droste, Liselotte Kurth (Bochum), Markus Allendorfer, Bernhard Rotkämper (Dortmund), Alice Baudisch (Düsseldorf), Reinhold Schnell, Reinhardt Siebert, Horst Sonnenschein (Essen), Dieter Detampel, Anna Dupont, Adalbert Surray, Udo Winkler (Gelsenkirchen), Gisela Granzin (Gütersloh), Erhard Fritsch (Hamm-Unna), Marianne Brennemann (Herford), Franz-Josef Kemmler (Köln), Hildegard Kinzel (Lippe), Erna Dubbel, Irmgard Fahrmeier, Erika Halbe, Josef Halbe, Wilhelm Katenbrink, Christa Kopke, Karl Kopke, Helga Oesterdickhoff, Martin Spreen (Lübbecke), Anneliese Kerper, Dagmar Padberg (Märkischer Kreis), Friedrich Meier (Minden).

**45 Jahre:** Hermann Angelbeck (Lübbecke), Josef Born (Dortmund), Gerhard Czerwinski (Gelsenkirchen), Peter Heggemeier (Lübbecke), Rolf Horstmann (Bielefeld), Gerhard Kosmann Hamm-Unna, Ewald Laufer (Dortmund).

**50 Jahre:** Friedhelm Seyda (Essen).

**55 Jahre:** Theresia Heinrichsmeier (Gütersloh).

**60 Jahre:** Karl-Ernst Budde (Dortmund), Hildegard Drees (Herford), Wilhelm Gomolinsky (Minden), Günter Lorkowski (Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg).

**70 Jahre:** Erna Gerling (Lübbecke), Felix Pomberg (Recklinghausen).

Unter welchen Voraussetzungen eine vorzeitige Altersrente möglich ist

## Rente mit 62 Jahren? Das geht!

**Wer gesundheitlich stark eingeschränkt ist, kann mit einer Erwerbsminderungsrente vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden, aber mit deutlichen Abschlägen. Mit einer Schwerbehinderung zum Zeitpunkt des Rentenbeginns ist aber auch ein Rentenbeginn mit 62 Jahren möglich. Wie das geht, beschreibt dieser Artikel.**

Die Möglichkeit, eine Altersrente mit 62 zu beziehen, steht nur denen offen, die zum Zeitpunkt ihres Rentenbeginns eine Schwerbehinderung vorweisen können. Das bedeutet: Das zuständige Versorgungsamt – in Schleswig-Holstein ist es das Landesamt für soziale Dienste – stellt einen Grad der Behinderung von mindestens 50 fest. Der Schwerbehindertenstatus berechtigt dann zu einem früheren Renteneintritt.

Die meisten SoVD-Mitglieder, die zum ersten Mal in die Sozialberatung kommen, sind im Alter zwischen 50 und 60. Das ist die Zeitspanne, in der viele Menschen zum ersten Mal in ihrem Leben richtig krank werden, mit schweren chronischen Erkrankungen an Herz, Wirbelsäule oder Psyche.

Wenn es dann langsam auf die Altersrente zugeht, haben viele Betroffene bereits einen Schwerbehindertenausweis und somit die Option, früher aus dem Arbeitsleben auszusteigen. Was jetzt nicht passieren darf: Stellen Sie auf gar keinen Fall einen sogenannten „Verschlimmerungsantrag“, ohne sich vorher informiert zu haben. Wenn es ganz unglücklich läuft, besteht die Gefahr, dass Sie Ihren Schwerbehindertensstatus verlieren.

Eine Altersrente mit 62 Jahren ist sogar noch möglich, wenn Sie im Jahr 1964 oder später geboren sind. Allerdings müssen Sie hierfür einen Abschlag in Kauf nehmen. Jeder Monat, den Sie vorzeitig in Rente wollen, „kostet“ Sie 0,3 Prozent. Bei maximal drei Jahren wären das 10,8 Prozent, auf die Sie fortan dauerhaft verzichten würden. Die Frage bei der Altersrente mit 62 lautet also: Kann und will ich mir das leisten?

### Zwischenstation beim Arbeitsamt für Rente mit 62

Ohne anerkannte Behinderung können Sie mit 62 noch keine Altersrente beziehen. Es gibt allerdings eine Option, bei der Sie zumindest mit 62 (oder noch früher) aus dem Arbeitsleben ausscheiden können: Die Zeit bis zur Rente überbrücken Sie dann mit Arbeitslosengeld.



Foto: Svitlana / Adobe Stock

**Viele träumen davon, früher in Rente zu gehen und den Alltag selbst bestimmen zu können.**

Wenn Sie einige Jahre im Angestelltenverhältnis berufstätig waren, stehen Ihnen ab Erreichen des 58. Lebensjahres zwei Jahre Arbeitslosengeld zu. Wenn Sie also Ihren Job verlieren oder wenn Sie sich mit Ihrem Betrieb auf einen Aufhebungsvertrag einigen, können Sie im Anschluss bis zu 24 Monate Arbeitslosengeld beziehen. Ohne Schwerbehinderung ist eine Altersrente ab 63 möglich.

### Vorsicht: ein Weg mit vielen Stolpersteinen

Zunächst müssen Sie in Erfahrung bringen, ob Sie die rentenrechtlichen Voraussetzungen für eine vorgezogene Rente erfüllen. Entweder benötigen Sie 35, vielleicht aber sogar 45 Versicherungsjahre. Und nicht jede Etappe in Ihrem Lebenslauf zählt bei den 45 Jahren mit, nur weil sie bei den 35 Jahren Wartezeit berücksichtigt wird. Eine akribische Vorbereitung ist also absolut unerlässlich, wenn Sie über diese Option früher kündigen möchten.

- Sowohl beim Aufhebungsvertrag als auch bei einer Kündigung, die von Ihnen ausgeht, droht eine zwölfwöchige Sperre bei der Arbeitsagentur. In dieser Zeit bekommen Sie kein Geld – und die knapp drei Monate zählen auch nicht für die Rente mit.
- Besonders aufpassen müssen Sie, falls Sie eine Altersrente für langjährig Versicherte anstreben – also die Rente nach 45 Jahren. Denn die letzten

24 Monate unmittelbar vor dem Beginn Ihrer Rente zählen nicht als Wartezeit, wenn Sie arbeitslos sind. Mit anderen Worten: Wenn Sie erst 43 Versicherungsjahre komplett haben und dann in die Arbeitslosigkeit gehen, verlieren Sie Ihren Anspruch auf die abschlagsfreie Rente.

### Fazit: Mit 62 in die Rente? Individuell beraten lassen!

Wenn Sie langfristig planen, ist ein früherer Ruhestand also absolut in Reichweite. Mit Schwerbehinderung ist eine Rente mit Abschlägen bis zu fünf Jahre vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze drin. Aber auch wenn Sie keine anerkannte Schwerbehinderung vorweisen können, wäre eine vorzeitige Kündigung denkbar. Doch hier gilt: Ob es sich lohnt, muss immer anhand der individuellen Verhältnisse entschieden werden. Wer über eine üppige Zusatzrente verfügt, kann bei etwaigen Abzügen vielleicht mit der Schulter zucken. Ist die gesetzliche Rente jedoch die Haupteinnahmequelle für den Lebensunterhalt, sieht das schon wieder anders aus.

Sie würden gerne häufiger Tipps zum Sozialrecht lesen? Auf unserer Homepage [www.sovd-sh.de](http://www.sovd-sh.de) berichten wir immer dienstags und donnerstags über praktische Hinweise. Melden Sie sich am besten gleich zu unserem kostenlosen Newsletter unter: <https://bit.ly/sovd-mail> an. *Autor: Christian Schultz*



## Kommentar

### Neues Jahr – neue Politik?

Liebe Mitglieder,



Foto: Frank Peter

**Alfred Bornhalm**

der SoVD setzt große Hoffnungen in das Jahr 2021, denn im Herbst finden die nächsten Bundestagswahlen statt. Vor allem in den Bereichen Gerechtigkeit, Pflege und Rente stehen wichtige Entscheidungen bevor – sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Berlin.

Ganz vorn steht dabei die soziale Gerechtigkeit. Viele Maßnahmen und Veränderungen durch die Corona-Krise haben insbesondere diejenigen besonders hart getroffen, die es ohnehin schon schwer haben: alleinstehende Rentnerinnen und Rentner, Beschäftigte im Niedriglohnssektor, Alleinerziehende und Solo-Selbstständige. Die Politik steht in der Verantwortung, diesen Menschen zu helfen. Und zwar jetzt.

Auch in der Pflege muss dringend nachgebessert werden. Egal, wie sehr uns Corona beschäftigt – ein generelles Besuchs- oder Ausgehverbot in Pflegeheimen oder Wohnheimen für Menschen mit Behinderung darf es nicht noch einmal geben. Die Menschen dort brauchen den sozialen Kontakt wie die Luft zum Atmen.

Gesundheitsminister Jens Spahn hat angekündigt, dass die Eigenanteile bei der stationären Pflege gedeckelt werden sollen. Das ist richtig und wichtig. Aber die geplante Regelung kann nur ein Zwischenschritt sein. Denn ein großer Teil der finanziellen Belastungen würde von Spahns Vorschlag gar nicht berührt, zum Beispiel der Anteil, den die Heime als Investitionskosten verbuchen.

Im Laufe dieses Jahres soll nun endlich auch die Grundrente kommen, mit ersten Zahlungen ist zur Jahresmitte zu rechnen. Doch leider hat die Politik aus Kostengründen sehr hohe Voraussetzungen installiert. Ohne die Erfüllung von 33 Jahren „Grundrentenzeit“ entsteht kein Anspruch auf die Extra-Zahlung. Weder Zeiten der Arbeitslosigkeit noch Zurechnungszeiten aus einer Zeit, in der eine Erwerbsminderungsrente bezogen wurde, zählen für die Grundrente mit.

Mittlerweile wurden große Teile des Bundesteilhabegesetzes umgesetzt, zuständig für die Leistungserbringung sind auch die Kreise und kreisfreien Städte. Der Sozialverband hat in Schleswig-Holstein seit Beginn der Diskussion dafür geworben, dass in jedem Kreis, in jeder kreisfreien Stadt ein sogenannter Teilhabe-Beirat einberufen wird. In diesem Gremium könnten sich Leistungsträger, Leistungserbringer und Menschen mit Behinderung miteinander austauschen und auf diese Weise Probleme durch Dialog und Diskussion auflösen. Das Land ist dieser Forderung nicht nachgekommen. Und jetzt mehren sich die Berichte von Chaos, überforderten Betreuern und zusätzlichem Aufwand für die Sozialbehörden. Zwar kann nicht alles durch Kommunikation gelöst werden. Doch ein großer Teil dieser Schwierigkeiten hätte durch regelmäßigen Austausch vermieden werden können.

Sozialpolitisch gibt es 2021 also viel zu tun. Der SoVD wird weiterhin seiner Verantwortung gerecht werden und steht für Gespräche mit Politik und Verwaltung zur Verfügung.

**Ihr Alfred Bornhalm, Landesvorsitzender**

## Eigener Youtube-Kanal

Auf seinem Youtube-Kanal erklärt der SoVD Schleswig-Holstein jeden Montag und Freitag in einem neuen Video-Clip Themen, die in der Sozialberatung nachgefragt werden (auf [www.sovd-sh.de](http://www.sovd-sh.de) oder direkt unter <https://bit.ly/sovd-youtube>).



**Kirsten Grundmann vom SoVD (vorn, Mitte) ist Mitbegründerin des neuen Beirates für Menschen mit Behinderung in Bad Segeberg**

Bad Segeberg hat jetzt einen Beirat

## Der SoVD ist mit dabei

**Nach achtmonatiger Projektarbeit hat die Kreisstadt Bad Segeberg im Juli 2020 einen Beirat für Menschen mit Behinderung in der Stadtvertretung integriert. Mit dabei ist die Vorsitzende des Ortsverbandes Bad Segeberg, Kirsten Grundmann.**

Der Beirat besteht aus elf Mitgliedern. Er setzt sich aus Menschen mit Behinderung, chronisch Erkrankten, Eltern von behinderten Kindern, Vertretern des SoVD und der Lebenshilfe Bad Segeberg zusammen. Das neue Gremium berät die Stadtvertretung bei allen Themen und Beschlüssen, die Menschen mit Behinderung betreffen. Außerdem wirken die Mitglieder des Beirates in den Ausschüssen der Verwaltung mit. Dort haben sie sowohl Antrags- als auch Rederecht.

Kirsten Grundmann vom SoVD: „Eine weitere wichtige Aufgabe von uns ist der regelmäßige Austausch mit Verwaltung und Politik in Bad Segeberg. Wir sehen uns auch als Vermittler zwischen dem Rathaus und allen Menschen mit Behinderung in unserer Stadt.“

Um diese Aufgabe zu erfüllen, bietet der Beirat einmal im Monat eine Sprechstunde an. Kontakt zum Beirat ist unter Tel.: 04551/96 44 16 oder per E-Mail an: BehindertenbeiratSE@gmx.de möglich.

## Urlaub 2021 in Büsum

Das Coronavirus hat zu starken Einschränkungen und Veränderungen geführt. Auch unser Erholungszentrum in Büsum blieb davon nicht verschont. Bereits im Frühjahr mussten wir im ersten „Lockdown“ komplett schließen. Es folgte ein Betrieb auf „Sparflamme“, damit die Abstandsregeln für alle Besucher\*innen und Mitarbeiter\*innen eingehalten werden konnten. Im November mussten wir dann abermals komplett schließen. All das hat zu einem großen Minus in der Kasse geführt.

Die „Perle des Verbandes“ soll und wird natürlich auch in Zukunft für Sie geöffnet bleiben. Bis zum 30. September 2021 können Sie Ihren Urlaub im Haupthaus in Büsum buchen, in den Apartment-Häusern auch darüber hinaus. Anschließend werden wir mit einigen baulichen Veränderungen am „Haus Nordsee“ beginnen. Wie diese konkret aussehen werden, wird zurzeit noch beraten und zeitnah mitgeteilt werden.

Um Ihnen allen auch in Zukunft einen erholsamen Urlaub in Büsum bereiten zu können, ist es unerlässlich, die Preise moderat anzuheben. Ab Januar 2021 gelten folgende Übernachtungspreise mit Vollpension: Nebensaison (5. Januar bis 22. März): 57 Euro für Mitglieder, Nichtmitglieder zahlen 65 Euro; Hauptsaison (23. März bis 27. September.): 65 Euro für Mitglieder, 75 Euro für Nichtmitglieder. Mit diesem Preismodell bewegen wir uns nach wie vor deutlich unter dem, was andere Hotelbetriebe in Büsum ansetzen.

Wir freuen uns, wenn wir Sie auch 2021 in Büsum begrüßen dürfen und wünschen Ihnen einen erholsamen Urlaub.



Foto: Frank Peter

**Petra Lenius-Hemstedt, stv. Landesvorsitzende**

Corona verhinderte die meisten Fortbildungen im Landesverband

## Es wird kurzfristig neu geplant

**Dreizehn Seminare waren geplant, drei konnten nur stattfinden. Das ist die coronabedingte Bilanz der für den Herbst 2020 geplanten Veranstaltungsreihe für Ehrenamtler\*innen des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein.**

Das Fortbildungsangebot umfasste Schulungen zur verbandsinternen Arbeit (u. a. Finanz- und Kassenwesen, ein Seminar zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie ein Einsteigerseminar für Mitglieder, die erst vor Kurzem ein Ehrenamt übernommen haben). Darüber hinaus waren Angebote zur Stärkung persönlicher Kompetenzen wie Rhetorik, Kommunikation und Konfliktmanagement vorgesehen.

„Einige Seminare waren bereits drei Wochen nach Herausgabe des Kalenders ausgebucht“, berichtet Ilona Villwock, die beim Landesverband für die



**Ilona Villwock**

Organisation der Fortbildungen für das Ehrenamt zuständig ist. „Diese überwältigende Resonanz zeigt die große Bereitschaft und das Interesse,

sich fortzubilden und entsprechende Angebote des Landesverbandes zu nutzen. Dass wir wegen Corona nun wieder so viel absagen mussten, ist für die Ehrenamtler\*innen natürlich eine herbe Enttäuschung.“

Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben: „Soweit es die Pandemie zulässt, werden die Fortbildungen in diesem Jahr erneut anbieten“, verspricht Ilona Villwock. „Allerdings wird es in diesem Jahr keinen Seminarplan mit einer langfristigen Planung geben. Stattdessen laden wir in kurzen überschaubaren Zeitfenstern zu den Seminaren ein.“

Sabina Ernst hilft Menschen in Not mit selbst eingesammelten Spenden

## Mit Herz und Tatkraft

**Seit vier Jahren setzt sich Sabina Ernst für Obdachlose ein. „Ich kann nicht am warmen Ofen sitzen und „Stille Nacht“ singen, wenn gleichzeitig so viele Leute frieren müssen. Deswegen habe ich beschlossen, den Menschen, die gar nichts haben, zu helfen“, sagt sie zu ihrer Motivation.**

Die gebürtige Wienerin lebt zwar seit 36 Jahren in Eckernförde, doch da Sabina Ernst oft zu Arztbesuchen nach Kiel kommt, kennt sie das schwere Dasein der Obdachlosen rund um den Hauptbahnhof. „Irgendwann hat es dann Klick gemacht und ich hatte eine Idee, wie ich helfen kann“, erinnert sich die 56-Jährige.

Sie meldet sich bei Firmen und fragt nach Spenden für all das, was Menschen auf der Straße am dringendsten brauchen: Thermodecken, Schlafsäcke, Isomatten. Erstaunlicherweise ist Sabina Ernst damit sehr erfolgreich. Immer mehr Firmen überlassen ihr kostenlose Gebrauchsgegenstände – diese verteilt sie dann zusammen mit Gebäck oder selbst gekauften Brötchen an bedürftige Menschen in Kiel. Das mache ich immer persönlich, da ich einen guten Blick dafür habe, wer



**Sabina Ernst mit einem Teil der Dinge, die sie an Obdachlose spenden will.**

wirklich auf der Straße lebt“, so die eifrige Eckernförderin.

Sabina Ernst ist immer auf der Suche nach weiteren Unterstützern. „Ganz toll wäre es zum Beispiel, wenn sich Friseursalons oder Fußpfleger\*innen bei

mir melden würden, die ebenfalls helfen möchten. Ich könnte dann den Kontakt zu den Bedürftigen herstellen.“

Erreichbar ist Sabina Ernst über E-Mail: sabina.ernst@t-online.de.



## Aktuelle Urteile

### Ausbildungsrecht: Teilzeit wird auch nur teilbezahlt

Absolviert eine Auszubildende bei einer Stadt eine Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten und ist ihre wöchentliche Ausbildungszeit verkürzt (von 39 auf 30 Stunden), so kann sie nicht verlangen, die Höhe der Ausbildungsvergü-

tung ausgezahlt zu bekommen, die „Vollzeit-Azubis“ erhalten. Sie kann nicht argumentieren, sie werde gegenüber Vollzeitauszubildenden benachteiligt, die während des Blockunterrichts in der Berufsschule bei gleicher Unterrichtszeit die volle Ausbildungsvergütung erhielten. Das Bundesarbeits-

gericht hat entschieden, dass bei der Ermittlung der Höhe der Ausbildungsvergütung Zeiten des Berufsschulunterrichts außer Betracht bleiben. Für die Berufsschule freigestellte Auszubildende besteht lediglich ein Anspruch auf Fortzahlung der Vergütung (BAG, 9 AZR 104/20.)

wb



## Aus den Kreis- und Ortsverbänden



**Ortsverband Wilster**

### Ortsverband Wilster

Im Ortsverband Wilster versucht man, das beste aus der schwierigen Corona-Zeit zu machen. Der Vorstand plant eifrig für die erste Jahreshälfte. So soll die Mitgliederversammlung im März, wenn möglich, stattfinden. Auch eine Reise, die im letzten Jahr verschoben werden musste, soll nun Ende Mai nachgeholt werden.

### Ortsverband Kisdorf

Auf der Sitzung im Oktober wurde Dieter Huffmeyer zum Vorsitzenden gewählt. Neuer Schriftführer ist Walter Grametzki, die Kasse führt nun

Doris Kuschel. Uwe Jahnke, Susanne Oosting, Ralf Titze und Anja Sielck werden den Vorstand als Beisitzer\*in unterstützen (auf dem Foto, v. li.: Walter Grametzki, Uwe Jahnke, Doris Kuschel, Dieter Huffmeyer, Susanne Oosting und Ralf Titze).

### Kreisverband Steinburg

Trotz der schweren Zeit gibt es aus dem Kreis Steinburg erfreuliche Nachrichten: Immer mehr Menschen werden Mitglied und suchen die Sozialberatung in Itzehoe auf. Damit man den ratsuchenden Menschen auch gerecht werden kann, hat der Vorstand neue Räumlichkeiten



**Kreisverband Stormarn**

mit modernster Technik angemietet. „Jetzt sind wir sowohl für die coronakonforme Beratung per Telefon als auch für den persönlichen Kontakt gut für die Zukunft aufgestellt“, so Kreisvorsitzender Peter Sprenger (s. Foto).

### Kreisverband Stormarn

Gemeinsam mit dem DGB hat der Kreisverband das „Stormarner Sozialforum“ gestartet. „Auch im wohlhabenden Stormarn gibt es Armut“, so SoVD-Kreisvorsitzender Andreas Guhr (s. Foto). „Unser Ziel ist es, möglichst viele sozialpolitische Akteure an einen Tisch



**Ortsverband Kiel-Elmschenhagen**

zu bekommen, um den Erfahrungsaustausch zu verbessern, Probleme von verschiedenen Seiten zu beleuchten und gegebenenfalls auch Forderungen an die Entscheider in Politik und Verwaltung zu richten.“ Die zum Start des Forums geplante Auftaktkonferenz wird wegen der Corona-Bestimmungen im neuen Jahr nachgeholt.

### Ortsverband Bordelum

Einige Wochen vor dem erneuten „Lockdown“ nutzten 41 Mitglieder des Ortsverbandes Bordelum das kurze Zeitfenster, um sich nach langer Zeit wieder einmal persönlich zu begegnen. Nach einem kurzen Plausch ging es anschließend auf eine zweistündige Tour mit dem Bus durch Nordfriesland. Zum Abschluss dieses wunderbaren Tages gab es leckeres Essen in Norstedt.

### Ortsverband Horstedt

Alle 130 Mitglieder des Ortsverbandes in Horstedt wurden bereits im April mit selbst genähten Masken ausgestattet. Finanzielle Unterstützung gab es hierfür von der Gemeinde. Bevor die Gastronomie Anfang November wieder schließen musste, konnten sich in Horstedt

noch 70 SoVD-Mitglieder über das jährliche Sandschollen-Essen freuen.

### Ortsverband Kiel-Elmschenhagen

Im September lud der Ortsverband Kiel-Elmschenhagen zu zwei Grillfesten ein. Die großzügigen Räumlichkeiten in der AOK-Kantine in Kiel-Wellsee ließen es zu, das Hygienekonzept einzuhalten und gleichzeitig entspannt die gemeinsamen Stunden bei sonnigem Wetter, frischer Luft und guter Musik zu genießen. Als Gäste nahmen der neu gewählte Landesvorsitzende Alfred Bornhalm sowie der Ehrevorsitzende des Ortsverbandes Horst Burmester teil (auf dem Foto, v. li.: Kassenwart Rudi Bock, Vorsitzender Ekkehard Zimmermann, 2. Vorsitzende Ingrid Perro und Ehrevorsitzender Horst Burmester).

### Ortsverband Mollhagen

Tolle Idee im Ortsverband Mollhagen: Weil sämtliche persönliche Zusammenkünfte in diesem Jahr der Corona-Pandemie zum Opfer gefallen sind, hat der Ortsverband allen 230 Mitgliedern eine Weihnachtstüte mit Überraschungen geschenkt.



**Ortsverband Kisdorf**



**Kreisverband Steinburg**



## Wichtige Rufnummern

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117:** Die Nummer gilt bundesweit, funktioniert ohne Vorwahl und ist für Patienten kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte direkt die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Rat und Hilfe für Patient\*innen. Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lau-
- **enburger Kreisverband:** enburg 04331/7 08 48 82. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 046 31/44 13 447. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.
- **Kindernottelefon:** anonym und gebührenfrei, Mo bis Sa, 14–20 Uhr: 0800/1 11 03 33.
- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** 0431/59 09 960, zusätzlich Mo–Fr 8–20 Uhr,

- Sa 8–16 Uhr die gebührenfreie, bundesweite Hotline: 0800/011 77 22.
- **Pflegenottelefon:** Unter 01802/49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431/9 88 12 40.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431/9 88 16 20.

## Förderanträge online

Ab dem 1. Januar 2021 können beim Land online wieder Anträge auf Förderung aus dem Fonds für Barrierefreiheit gestellt werden. Gefördert werden modellhafte inklusive Projekte, mit denen beispielsweise Gebäude barrierefrei umgerüstet werden. Finanzielle Unterstützung ist laut Staatssekretär Dirk Schrödter auch möglich für Veranstaltungen, Projekte oder Fortbildungen zu den Themen Inklusion und Barrierefreiheit, um Barrieren in den Köpfen der Menschen abzubauen.

Seit 2019 sind aus dem Fonds für Barrierefreiheit landesweit 101 Projekte unterstützt und teilweise umgesetzt worden. Bis 2022 stehen für die Inklusion und Teilhabe Mittel von zehn Millionen Euro bereit. Ab 2021 wird der Fonds um weitere fünf Millionen Euro aufgestockt, die bis Ende 2024 abgerufen werden können.

Der Link zum Antragsverfahren findet sich im Internet unter: <https://schleswig-holstein.de/unbrk>.

## Mitglieder werben Mitglieder

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir ständig neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland e. V. hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 Mitstreiter\*innen. Für das Jahr 2021 lautet unser Wahlspruch:

**Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft. Werden Sie Mitglied!**

Unser Ziel ist es, eine noch stärkere Gemeinschaft von sozialpolitisch interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu werden. Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot und die persönliche Arbeit seiner ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen und sein unermüdeliches Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Werben Sie mit dem Scheckheft fünf neue Mitglieder und gewinnen Sie eine Woche Urlaub in Büsum!

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber\*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

**Die Gewinner\*innen im Monat Dezember sind:**

- Christel Pfennig (Kreisverband Stormarn),
- Dieter Tange (Kreisverband Dithmarschen),
- Thomas Benecke (Kreisverband Herzogtum Lauenburg),
- Dieter Sievers (Kreisverband Kiel),
- Andrea Haferbecker (Kreisverband Lübeck),
- Gottfried Risto (Kreisverband Neumünster),
- Gisela Martin (Kreisverband Nordfriesland).

Werben Sie mit unserem Scheckheft fünf neue Mitglieder und Sie erhalten von Ihrem Landesverband ein Präsent nach eigener Wahl.

**Volle Scheckhefte eingereicht haben in diesem Monat:**

Elke Hahn, Hans-Werner Mußfeldt, Gisela Thomsen, Gudrun Geppert, Christa Möller, Dieter Schilling, Astrid Kosiolek, Walter Kollhorst, Gerda Grahn, Bernd Giebner, Heinz Martin Bock, Helga Neustadt, Bruno Kohlmorgen.

Der Landesvorstand dankt allen Werbern\*innen herzlich für ihren Einsatz und bittet Sie auch in den kommenden Monaten darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen. Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken. Nur dann können Sie zu den Gewinnern des einwöchigen kostenlosen Aufenthaltes in unserem Nordsee-Erholungszentrum in Büsum gehören.

## Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

**Uwe Voß,**

Revisor und ehemaliger Vorsitzender Ortsverband Elmsborn / Kreisverband Pinneberg,

**Helmut Garmatz,**

Vorsitzender Ortsverband Lütjensee / Kreisverband Stormarn,

**Herbert Großkreutz,**

Beisitzer Ortsverband Drelsdorf / Kreisverband Nordfriesland,

**Marten Lorenzen,**

stellvertretender Schatzmeister, Ortsverband Drelsdorf / Kreisverband Nordfriesland,

**Axel Lange,**

Beisitzer Ortsverband Tornesch / Kreisverband Pinneberg,

**Olav Rieck,**

ehemaliger stellvertretender Vorsitzender und ehemaliger Vorsitzender Ortsverband Zarpfen / Kreisverband Stormarn.

Wir werden den Verstorbenen immer ein ehrendes Gedenken bewahren.



## Interview

# „Bei Ihnen ist es aber schön!“

**Rund 350 Ortsverbände des SoVD gibt es in Schleswig-Holstein – von Flensburg bis Norderstedt, von Sankt Peter-Ording bis Lübeck. Jeder Ortsverband wird ausschließlich durch das Ehrenamt getragen. Ohne Ehrenamt keine Aktivitäten, ohne Aktivitäten keine Mitglieder. Vor diesem Hintergrund ist der Sozialverband Schleswig-Holstein sehr stolz auf jeden einzelnen seiner ehrenamtlichen Mitstreiter\*innen.**

Für diese Ausgabe hat sich Christian Schultz mit Renate Fröhlich aus Mölln unterhalten. Das Gespräch fiel mitten in den zweiten Corona-„Lockdown“ im November. Warum Renate Fröhlich schon so lange im SoVD ist und vor welchen Herausforderungen ihr Ortsverband steht – im Interview zeigt sie sich ganz offen.

**— Hallo Frau Fröhlich, Sie sind schon 30 Jahre Mitglied im Sozialverband. Warum nutzen Sie Ihre freie Zeit für dieses Ehrenamt?**

*Ich habe generell eine soziale Einstellung und bin sehr kontaktfreudig. Früher habe ich mich zum Beispiel bei den „Grünen Damen“ hier im Krankenhaus engagiert. Anderen Leuten zu helfen, das gehört für mich einfach zum Leben dazu.*

**— Und wie sind Sie zum SoVD gekommen?**

*Wissen Sie, mein Mann war deutlich älter als ich und ist mit schweren gesundheitlichen Problemen aus dem Krieg zurückgekehrt. Als sogenannter „Kriegsversehrter“ war er damals schon sehr früh Mitglied im Verband – damals hieß der SoVD ja noch „Reichsbund“. Ich selbst hatte mit dem Verband eigentlich nie etwas zu tun. Als mein Mann 1990 gestorben ist, hat mir ein Bekannter erzählt, was der Sozialverband alles macht. Und da habe ich gedacht: Das ist eigentlich eine gute Sache, dann trete ich da auch ein.*

*Bis zu meiner Rente habe ich als Bankkauffrau gearbeitet. 2003, also mehr als zehn Jahre nachdem ich Mitglied geworden bin, ist der damalige Vorsitzende auf mich zugekommen, weil ein neuer Schatzmeister gesucht wurde. Und so bin ich in den Vorstand gekommen. Als dann 2012 ein neuer Vorsitzender gewählt werden musste, hat man mich wieder gefragt. Erst wollte ich nicht, aber dann habe ich doch „ja“ gesagt. Daraus sind nun auch schon wieder acht Jahre geworden.*

**— Beim Sozialverband sind Sie dann ja eher zufällig gelandet. Warum sind Sie so lange dabei geblieben?**

*Wie schon gesagt: Ich arbeite gern mit Menschen. Beim SoVD im Ortsverband gibt es viele Mög-*

*lichkeiten, sich einzubringen. Als Schatzmeisterin habe ich mich um die Zahlen gekümmert. Jetzt als Vorsitzende haben sich meine Aufgaben natürlich verändert. Ich habe ein tolles Team um mich herum – wir haben zum Beispiel eine „Reiseleiterin“, die sich um die Organisation unserer Ausflüge kümmert. Dann gibt es zwei Frauensprecherinnen, die zurzeit für die monatlichen Kaffeemittage zuständig sind. Es ist einfach sehr vielseitig bei uns – und das gefällt mir sehr.*

*Darüber hinaus habe ich bei der ehrenamtlichen Arbeit im SoVD immer das Gefühl, dass wir anderen Menschen wirklich helfen. Wenn jemand eine sozialrechtliche Frage hat, verweisen wir natürlich an unsere Geschäftsstelle. Aber durch unsere Angebote vor Ort – die Reisen, die Zusammenkünfte und Feste – tun wir viel gegen die Einsamkeit. Mittlerweile haben wir 1.750 Mitglieder hier in Mölln. Etwa die Hälfte davon kommt zu uns, weil sie von Bekannten und Freunden von unseren Aktivitäten erfahren haben. Da heißt es dann nicht selten: „Bei Ihnen ist es aber schön, da trete ich auch ein!“*

**— Was sind denn die größten Herausforderungen bei so einem Ehrenamt?**

*Natürlich ist auch die ehrenamtliche Arbeit nicht nur durch Sonnenschein bestimmt. Überall wo Menschen zusammenkommen, gibt es hin und wieder Ärger. Aber das ist völlig normal, und ohne Reibungen wäre das Leben wohl auch langweilig. Und natürlich mache ich mir Gedanken darüber, wie es hier im Ortsverband in einigen Jahren aussieht. Ich persönlich wäre bereit, den Vorsitz bald abzugeben. Aber es ist schwierig, jemanden zu finden, der ein Ehrenamt mit viel Verantwortung übernehmen will.*

**— Und was sind Ihre persönlichen Highlights?**

*Das hat auch wieder mit den Menschen zu tun. Manchmal ist es anstrengend, sehr häufig aber auch wunderschön. Wenn ich allein an unsere Feiern denke. Sowohl die Organisation mit dem Vorstand als auch die Feste selbst bereiten mir enorm viel Freude. Vor einiger Zeit haben wir in Mölln zum Beispiel das 70-jährige Bestehen des Ortsverbandes gefeiert. Mit Theaterstück, Brunch*



**Renate Fröhlich**

*und vielem mehr. Als sich dann viele der Mitglieder persönlich bei uns bedankt haben, hat mich das sehr gefreut.*

**— Nun sind wir ja leider wieder in einer Situation wie im Frühjahr: Soziale Kontakte wurden wegen Corona auf ein Minimum reduziert. Was bedeutet das für Ihre Arbeit im Ortsverband?**

*Für viele unserer Mitglieder ist das natürlich sehr schwierig. Wenn man allein lebt, freut man sich besonders auf die regelmäßigen Treffen, die wir normalerweise hier anbieten. Bevor der erneute „Lockdown“ kam, konnten wir hier in Mölln wieder einen Kaffeemittag organisieren. Sie glauben gar nicht, wie froh die Leute waren, dass sie sich endlich wieder treffen konnten. Ja, und jetzt dürfen wir das leider wieder nicht machen.*

**— Haben Sie denn eine Möglichkeit, zumindest zum Teil mit den Menschen in Kontakt zu bleiben?**

*Wir machen alles, was möglich ist. Wie in jedem Jahr gab es für alle Mitglieder, die in einem Pflegeheim leben, ein Weihnachtspaket. Und da ein Großteil unserer Mitglieder die SoVD-Zeitung persönlich zugestellt bekommt, können wir auch viele Geburtstagsgutscheine weiterhin persönlich überreichen. Natürlich immer mit dem gebotenen Abstand. Ich persönlich habe auch während des Frühjahrs immer wieder Mitgliedern, die lange krank waren, Blumen gebracht. Ins Haus selbst bin ich zwar nicht rein, aber man konnte die Blumen ja auch draußen abgeben.*

*Also, wir versuchen schon, so viel wie möglich aufrechtzuerhalten. Das soziale Miteinander ist doch sehr wichtig.*